



Plenarprotokoll

9. Sitzung

Freitag, 28. September 2012

Verbesserung der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg.....	571
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/178	
Johannes Callsen [CDU].....	571, 577
Martin Habersaat [SPD].....	572
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	573
Wolfgang Kubicki [FDP].....	575
Lars Harms [SSW].....	576
Torsten Albig, Ministerpräsident...	578
Beschluss: Überweisung an den Europaausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	579

Haushaltswahrheit und -klarheit müssen erfüllt sein.....	579
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/223	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	579, 586
Tobias Koch [CDU].....	580, 587
Lars Winter [SPD].....	582
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	583
Torge Schmidt [PIRATEN].....	584
Lars Harms [SSW].....	585, 589
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	588
Monika Heinold, Finanzministerin	590
Beschluss: Überweisung an den Fi- nanzausschuss.....	592

Zusätzliche Stelleneinsparungen.....	592	Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/159 und des Antrags Drucksache 18/164 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss.....	614
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/204 (neu)			
Monika Heinold, Finanzministerin	592		
Tobias Koch [CDU].....	594, 600		
Lars Winter [SPD].....	595	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes.....	614
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	596, 601		
Dr. Heiner Garg [FDP].....	598, 602	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	599	Drucksache 18/200	
Lars Harms [SSW].....	599		
Beschluss: Antrag Drucksache 18/204 (neu) mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.	603	Martin Habersaat [SPD].....	614
		Heike Franzen [CDU].....	615, 624
Gemeinsame Beratung		Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	616, 617, 623
a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (SchulG) vom 24. Januar 2007.....	603	Anita Klahn [FDP].....	618, 620
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP		Sven Krumbeck [PIRATEN].....	621
Drucksache 18/159		Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	622
		Daniel Günther [CDU].....	623
		Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	625
		Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss.....	627
b) Entschließungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (SchulG) vom 24. Januar 2007 - Finanzierung sichern - Kommunen besserstellen - Verwaltung einsparen.....	603	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein und Änderung der Kreisordnung für Schleswig-Holstein	627
Antrag der Fraktion der FDP		Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW	
Drucksache 18/164		Drucksache 18/201 (neu)	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	603	Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/201 an den Innen- und Rechtsausschuss...	627
Tobias Koch [CDU].....	605		
Kai Vogel [SPD].....	606	Gemeinsame Vorschlagsliste der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW für die Wahl der Mitglieder des Richterswahlausschusses	627
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	607		
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	608		
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	609		
Heike Franzen [CDU].....	610		
Martin Habersaat [SPD].....	611		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	611		
Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	612		

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordne- ten des SSW Drucksache 18/226		Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen.	628
Beschluss: Annahme.....	627	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP und der Ab- geordneten des SSW Drucksache 18/231	
Bestellung der Mitglieder der G- 10-Kommission gemäß § 26 Abs. 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Hol- stein (Landesverfassungsschutzge- setz - LverfGG).....	627	Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 18/87 und 18/189 sowie der Änderungsanträge Drucksachen 18/130, 18/224 und 18/231 als selbstständige Anträge an den Innen- und Rechtsaus- schuss, den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss.....	628
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordne- ten des SSW Drucksache 18/227 (neu)		Aufteilung der GVFG-Mittel.....	628
Beschluss: Annahme.....	628	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/144	
Gemeinsame Beratung		Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss.....	628
a) Rechtssicherheit für Künstler und Veranstalter herstellen.....	628	Bestehendes Modell zum Erhalt der Beratungsstellen „Frau & Be- ruf“ umsetzen.....	628
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/87		Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 18/156 (neu)	
Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen.	628	Erhalt und Entwicklung der Bera- tungsstellen „Frau & Beruf“.....	628
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/130		Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/230	
Demokratische Grundstruktu- ren bei Verwertungsgesellschaf- ten.....	628	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/156 (neu) und des Änderungsantrags Drucksache 18/230 als selbstständigen Antrag an den Sozialausschuss.....	628
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/224			
b) GEMA-Reform muss einen In- teressenausgleich zwischen Künstlern und Gewerbetreibenden finden.....	628	Gemeinsame Beratung	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/189		a) Drogenpolitik muss Präventions- politik bleiben.....	629

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/157		Bericht der Landesregierung Drucksache 18/155	
Drogenpolitik braucht Prävention und Innovation	629	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....	629
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/216 (neu)			
b) Konsequente Anti-Drogenpolitik und Suchtprävention fortsetzen.	629		
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/179			
Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 18/157 und 18/179 sowie des Änderungsantrags Drucksache 18/216 (neu) als selbstständigen Antrag an den Sozialausschuss.....	629	* * * *	
Feldversuch von Lang-Lkw in Schleswig-Holstein	629	Regierungsbank:	
Antrag der Fraktionen von FDP und CDU Drucksache 18/160 (neu)		Torsten Albig, Ministerpräsident	
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.....	629	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten	
Bundratsinitiative zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG)	629	Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/193		Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft	
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	629	Andreas Breitner, Innenminister	
Einrichtung eines Landesspendenkontos	629	Monika Heinold, Finanzministerin	
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/194		Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie	
Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss.....	629	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung	
Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen	629	* * * *	

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen einen guten Morgen, bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen und eröffne die Sitzung am heutigen Tag.

Ich teile Ihnen mit, dass die Kollegin Angelika Beer erkrankt ist, und bitte Sie, ihr von dieser Stelle aus mit mir zusammen eine gute Besserung zu wünschen.

(Beifall)

Begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Probstei, Schönberg. - Herzlich willkommen euch hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 31 auf:

Verbesserung der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/178

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Johannes Callsen von der CDU-Fraktion das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor mehr als 20 Jahren haben **Schleswig-Holstein und Hamburg** ein gemeinsames **Regierungsabkommen** geschlossen. Dies war ein wichtiger Schritt, um die Zusammenarbeit beider Länder auf eine vertragliche Grundlage zu stellen. 20 Jahre sind eine lange Zeit in einer Partnerschaft. Aber auch eine Partnerschaft zwischen zwei Ländern bleibt nicht stehen, sondern sie verändert und entwickelt sich weiter.

Vor einem halben Jahr hat die **Enquetekommission** ihre Bestandsaufnahme zur **norddeutschen Kooperation** vorgelegt und Empfehlungen gegeben, wie beide Länder ihre Zusammenarbeit noch besser gestalten können. Aus dem Abschlussbericht geht ganz klar hervor: Die Potenziale sind auf beiden Seiten noch nicht voll ausgeschöpft. Schleswig-Holstein und Hamburg können gemeinsam mehr erreichen.

(Beifall CDU und Abgeordneter Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir brauchen ein Mehr an Zusammenarbeit, wir brauchen ein Mehr an Gemeinsamkeiten und ein Mehr an gemeinsamen Projekten.

Es war gerade die SPD-Fraktion in diesem Haus, die in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder dazu aufgefordert hat, die Zusammenarbeit beider Länder auszubauen. Wir erinnern uns alle an eine Vielzahl von Anträgen zu diesem Thema. Seit Sie in Regierungsverantwortung sind, scheint diese Forderung aber von Ihnen nicht mehr mit dem notwendigen Nachdruck vertreten zu werden, den Sie noch im Wahlkampf an den Tag gelegt haben. Ich sage daher ganz klar: Die Arbeit der Enquetekommission zur norddeutschen Kooperation darf nicht für die Katz gewesen sein. Wir müssen jetzt die Weichen für eine bessere und weitere Zusammenarbeit stellen.

(Beifall Abgeordneter Hans-Jörn Arp [CDU])

Hamburg und Schleswig-Holstein brauchen eine bessere Koordination ihrer Vorhaben. Es ist an der Zeit, ein neues Kapitel in der norddeutschen Zusammenarbeit aufzuschlagen und dafür auch die rechtlichen Grundlagen zu legen.

(Beifall CDU)

Es hilft Schleswig-Holstein nicht, dass die Grünen ihre Basis jetzt über den Nordstaat abstimmen lassen, während der SSW nichts mehr scheut als eine engere Anbindung an die Hansestadt Hamburg.

Auch der Bund der Steuerzahler hat jüngst beklagt, dass eine bessere Zusammenarbeit mit Hamburg aus dem Blickfeld der schleswig-holsteinischen Landesregierung verschwunden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei einem **Grundlagenstaatsvertrag** steht das Wohl beider Länder im Mittelpunkt. Ein solcher Vertrag sorgt für ein Mehr an **gemeinsamer Koordinierung**, zum Beispiel bei der Landesplanung und der Infrastrukturplanung. Aber auch beim Straßenbau, beim Stromleitungsbau, bei der Luftfahrt und bei den Wasserwegen sind gemeinsame Wege möglich. Hier ist es wichtig, dass beide Länder gemeinsam für die wichtigen Verkehrsprojekte im Norden eintreten. Ebenso bringt eine Zusammenarbeit in der Verwaltung für beide Seiten enorme Einsparpotenziale mit sich.

Das Gleiche gilt - auch das hat die Enquetekommission herausgearbeitet - bei der Wirtschaftsförde-

(Johannes Callsen)

nung, wo ein Staatsvertrag verlässliche Rahmenbedingungen schaffen kann, die das Wohl beider Länder berücksichtigen.

Statt gegeneinander zu arbeiten, sollten Hamburg und Schleswig-Holstein besser ihre Stärken bündeln. Sie könnten so ihre Energie dafür aufwenden, wirkungsvoll ihre Interessen in Norddeutschland gemeinsam durchzusetzen. Ich plädiere deshalb dafür, nicht noch mehr Zeit verstreichen zu lassen, und bitte Sie über alle Fraktionsgrenzen hinweg, mit uns gemeinsam heute die Landesregierung aufzufordern, einen neuen Grundlagenstaatsvertrag mit Hamburg auszuhandeln, in dem die Rahmenbedingungen der zukünftigen Zusammenarbeit normiert werden.

Unsere **Landesparlamente** aber - das ist ein ganz wichtiger Punkt - müssen in diese Beratungen und Verhandlungen einbezogen werden; denn das alte Regierungsabkommen lässt die Landesparlamente außen vor. Auch das muss für die Zukunft ein neuer Grundlagenstaatsvertrag ändern.

(Beifall CDU)

Die Kollegin Gitta Trauernicht hat es bereits in der letzten Legislaturperiode passend beschrieben. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Wir brauchen eine kluge Politik für eine starke Allianz im Norden. Selbstbewusst und auf Augenhöhe mit Hamburg werden wir neue Wege gehen.“

(Beifall Abgeordneter Martin Habersaat [SPD])

Ich hoffe, dass diese Worte jetzt kein bloßes Wahlkampfgetöse waren, sondern auch heute noch in dieser Legislaturperiode Bestand haben. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein zum Motor der norddeutschen Zusammenarbeit wird.

(Beifall CDU und Abgeordneter Oliver Kumbartzky [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege.

Bevor wir fortfahren, möchte ich Ihnen mitteilen, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführer darauf verständigt haben, dass wir heute ohne Mittagspause tagen.

Damit Sie sich vorbereiten können und wir alle den gleichen Stand haben, fasse ich den gegenwärtigen Stand wie folgt zusammen: Wir haben jetzt den Ta-

gesordnungspunkt 31 in der Beratung. Folgend wird der Tagesordnungspunkt 46 A. Danach werden wir den Punkt 43 beraten und im Anschluss daran die Punkte 6 und 27 in gemeinsamer Beratung. Als Letztes haben wir dann heute noch den Tagesordnungspunkt 13 auf der Tagesordnung. Alle diese Punkte sollen also ohne Mittagspause bis heute Mittag abgehandelt werden.

Wir fahren fort. Der Redner der SPD-Fraktion ist Martin Habersaat. Ich erteile ihm das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Problem bei dem Wort „zuerst“ ist, dass man nicht immer alles zuerst machen kann. Es gibt bei Abstreichen das beliebte Spiel, dass im Lehrerzimmer Plastikbecher mit Wasser aufgestellt werden. Wenn das Lehrerzimmer wieder benutzt werden können soll, dann müssen diese Becher natürlich raus. Die Becher können aber nicht alle zuerst entfernt werden, sondern man muss mit einem Becher anfangen. Nun stellen wir uns einmal bildlich Torsten Albig vor, der die Staatskanzlei betritt, und diese ist voll mit Wasserbechern. Die können natürlich nicht alle zuerst entfernt werden.

Ich habe jetzt bewusst das Bild mit den Wasserbechern benutzt, statt den auf dem Land beliebten Spaß mit Papiertüten und Pferdemit zu nehmen, weil das dann vielleicht unparlamentarisch geworden wäre.

(Heiterkeit)

Das Interessante, Herr Callsen, ist ja, dass Sie in der letzten Legislaturperiode alle Möglichkeiten gehabt hätten, aber keinen einzigen Beschluss gefasst haben, der in diese Richtung geht, die Sie nun „zuerst“ umgesetzt haben möchten.

(Beifall SPD)

Sie haben einige Beispiele genannt. Ich hätte noch den UV Nord anzubieten, der uns seit Langem auffordert, auf allen politischen Themenfelder so eng wie möglich zusammenzuarbeiten.

Nun bitten Sie uns, heute zu beschließen - und dem Teil können wir alle sofort zustimmen -:

„Die Kooperation der norddeutschen Bundesländer hat für Schleswig-Holstein einen hohen Stellenwert. Dabei kommt der besonderen Kooperation mit Hamburg für Schleswig-Holstein eine besondere Bedeutung zu.“

Jawohl, so ist es. Wir freuen uns, dass Sie die Arbeit in diese Richtung aufgenommen haben und

(Martin Habersaat)

dies sinnvollerweise mit einem **Parallelantrag** in der **Hamburger Bürgerschaft** begleiten, weil wir natürlich in beiden Parlamenten in die richtige Richtung arbeiten müssen. Sie fordern auch die Beteiligung der Parlamente zu Recht.

Die Beteiligung kann - diesem Vorschlag haben Sie sich bisher verweigert - über einen **gemeinsamen Ausschuss** beider Länder passieren, der formal - das haben wir alle gelernt - aus zwei Ausschüssen bestünde, die immer gemeinsam tagen. Überhaupt sollten wir uns überlegen, wie wir es schaffen, häufiger mit den Hamburgern zu sprechen. Noch vor der Landtagswahl wurde ein informelles Zusammentreffen von Parlaments- und Fraktionsspitzen vonseiten der CDU abgelehnt, weil es offenbar nicht in die Wahlkampfdrematik passte, weil man gerade auf eine andere Rhetorik umgeschwungen war und mit wilden Angriffen hantierte.

Bis vor Kurzem haben Sie immer negativ kommentiert, wenn sich Torsten Albig und Olaf Scholz für eine gute Nachbarschaft eingesetzt haben. Jetzt soll es losgehen. Gut so!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Konkretes Beispiel!)

Der letzte **Wirtschaftsminister** hat prüfen lassen, ob er mit seinem Haus Vereinbarungen mit **Hamburger Behörden** schließen sollte. Man fragt sich daher, ob es nicht möglich war, mit dem gesamten Kabinett vorzugehen und der Wirtschaftsminister deswegen einen separaten Weg einschlagen musste. Aber okay.

Heute greifen Sie dieses Gutachten auf, das zu dem Schluss kommt: Am besten sollte es mit Hamburg unter dem Rahmenstaatsvertrag ein gemischtes Abkommen geben, und die Ebenen Regierung, Verwaltung und Parlament sollten zusammenarbeiten. Das finde ich alles nachvollziehbar und in Ordnung.

Zu klären wäre aus meiner Sicht, ob ein solcher Grundlagenstaatsvertrag zuerst auf **Regierungsseite** ausgehandelt werden oder nicht zuerst einmal der Dialog zwischen den **Parlamenten** gesucht werden sollte.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fände es gut, wenn wir auf parlamentarischer Ebene zu Kooperationen kämen, vielleicht sogar zu einer Vision, die längerfristig funktioniert, und - nicht, dass ich das wollte - falls es wieder einmal einen Regierungswechsel gibt, sollte die Kooperation diesen auch überdauern.

Ich kann auch Menschen verstehen - ich ahne, dass der Kollege Harms möglicherweise in diese Richtung argumentiert -, die sagen: Wir wollen erst einmal **konkrete Vorhaben** und Dinge vor Ort, die funktionieren, und dann soll das von unten wachsen, und man soll auf **mehrere kleine Staatsverträge** setzen statt auf einen großen Staatsvertrag.

Zusammenarbeit, die von unten wächst, haben wir in der **Metropolregion** schon. Da gibt es Zusammenarbeit der unterschiedlichen politischen Ebenen, Zusammenarbeit von Stadt und Land, Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg. All das funktioniert in der Metropolregion heute schon, und das sollten wir sicherlich auf Landesebene mit den Hamburgern fortführen. Wir halten es immer noch für eine gute Idee, bisher unregelmäßig stattfindende parlamentarische Beratungen zu institutionalisieren, und wir halten es für eine gute Idee, nach dauerhaften Wegen zu suchen. Wir sollten uns darüber verständigen, auf welche Regelungen, die wir haben, wir aufbauen können. Im Parlamentsinformationsgesetz gibt es Paragraphen, die vorsehen, dass die Regierung zur Zusammenarbeit mit anderen Ländern berichtet. Dieser Bericht könnte in einem gemeinsamen Ausschuss gehalten werden, und prompt hätte man die Diskussionen von Abgeordneten zweier Länder zu diesem Thema. Da ist viel möglich. Eine Verbesserung der Kooperation mit Hamburg sollte unser Ziel sein. Wie genau wir das machen, sollten wir noch klären.

Deswegen beantrage ich zunächst die Überweisung in den Innen- und Rechtsausschuss. Dass Hamburg eine bedeutsame Stadt ist und bleiben wird, wissen wir spätestens seit heute, seitdem uns klar ist, dass der nächste Kanzler auf jeden Fall in Hamburg geboren ist. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Rosenkrieg im Norden“, so beschreibt ein Journalist im „Hamburger Abendblatt“ das momentane Verhältnis zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg. Um die Kooperation zwischen unserem südlichen Nachbarn und uns ist es im Moment wirklich nicht gut bestellt. Bereits seit dem Jahr 2009 gibt es

(Ines Strehlau)

immer wieder offene **Auseinandersetzungen** mit Hamburg über verschiedene Themen.

Politische Interessen und Wirtschaftsinteressen sind in vielen Fällen nicht wirklich zu trennen. Deshalb ist es auch Aufgabe der Politik - und damit meine ich ausdrücklich die parlamentarische Ebene, nicht nur die Landesregierungen -, einen Weg aus dieser verfahrenen Situation zu finden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es bringt nichts, mit der verbalen Keule auf Hamburg einzuschlagen und zu hoffen, dass sich etwas bewegt. Schläge sind weder in der Kindererziehung noch in der Politik ein probates Mittel.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja, Herr Matthiesen!)

Die Sackgasse, in der die **Verhandlungen** über die **HUSUM Wind** zu stecken scheinen, zeigt, dass es an einem Instrumentarium fehlt, politisch mit Konfliktsituationen umzugehen.

In der vergangenen Wahlperiode hat eine **Enquete-kommission** die Chance einer vertieften norddeutschen Kooperation von vielen Seiten beleuchtet. Die Bewertungen der Fraktionen waren durchaus unterschiedlich. Einig war man sich jedoch in dem Punkt, Kooperationen in vielen Themenfeldern zu vertiefen, zum Beispiel bei Verkehr, Wirtschaft, Schule, Hochschule und Gesundheitswirtschaft. Es gab diverse Anträge aller Fraktionen zur norddeutschen Zusammenarbeit, von der Einrichtung einer Parlamentarierkonferenz bis hin zu der Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags und der Hamburgischen Bürgerschaft.

Nun der Antrag der CDU, einen **Grundlagenstaatsvertrag** mit Hamburg auszuhandeln. Für uns Grüne ist klar: Wir müssen endlich ernst machen mit der Entwicklung einer Kooperationsstrategie zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt viele enge Vernetzungen im norddeutschen Raum, sowohl in der Gesellschaft als auch in der Wirtschaft. Die Politik muss dieser Entwicklung endlich Rechnung tragen, Kooperationen weiter voranbringen und institutionalisieren. Wir brauchen eine **Strategie**, die festlegt, bei welchen Themen wir wie kooperieren und wie in Konfliktsituationen ein fairer Interessenausgleich zwischen beiden Ländern gefunden werden kann. Dabei wäre es ein guter Weg, mehrere Projekte zu bündeln, um so ein

Geben und ein Nehmen zu ermöglichen, sodass kein Land das Gefühl hat, über den Tisch gezogen zu werden.

Wir müssen entscheiden, welche **Gremien** oder **Vertragskonstruktionen** wir dazu brauchen. Wir Grüne sind offen für gute Lösungen. Voraussetzung ist für uns nur, dass die **Parlamente beteiligt** werden und eine kontinuierliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe verankert wird.

Für einen **gemeinsamen Ausschuss** mit Hamburg, den wir bereits in der vergangenen Legislaturperiode unterstützt hatten, haben wir weiterhin Sympathie. Es wären formal zwei Ausschüsse, die gemeinsam tagen, einer besetzt mit Hamburger Parlamentariern, der andere mit schleswig-holsteinischen Abgeordneten. Die Einsetzung eines solchen Ausschusses wäre - so haben wir gelernt - problemlos möglich.

Ein gemeinsamer Ausschuss würde nicht die Aufgabe der Parlamente übernehmen. Wir würden damit lediglich ein parlamentarisches Arbeitsgremium schaffen, das legitimiert ist, länderübergreifend konkrete Maßnahmen und Schritte für eine verstärkte Kooperation zu entwickeln. Diese würden die Grundlage für die Entscheidungen bilden, die nach wie vor im Parlament zu treffen sind.

Der gemeinsame Ausschuss macht gemeinsame Sitzungen verbindlich und zeigt, dass es uns ernst ist mit dem Kooperationsgedanken. Er überlässt Entscheidungen über Länderkooperationen nicht Verwaltungen und Regierungen, sondern unterstellt sie der parlamentarischen Kontrolle. Das finden wir gut und richtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Auch einen **Grundlagenstaatsvertrag**, in dem Rahmenbedingungen für künftige Kooperationen festgeschrieben werden, sind wir bereit zu diskutieren, auch eine Kombination aus beidem.

Der **Zeitpunkt** für eine Intensivierung der Kooperation ist gut. Gerade jetzt, wo die Kooperation überhaupt nicht läuft, ist es richtig und wichtig, eine Strategie zu entwickeln, wie wir die Kooperation auf solide Füße stellen. Gerade jetzt ist es richtig und wichtig, dass die Parlamente enger zusammenschließen, ihre Vorstellungen einbringen und wir unsere Landesregierung bei der Zusammenarbeit unterstützen. Dabei müssen wir weg von Schaufensteranträgen und auch von Schaufensterreden. Die Opposition stellt immer Anträge, um die Regierung

(Ines Strehlau)

zu treiben, aber wirklich ernst meint sie es selber nicht. Das müssen wir ändern!

Im Moment, so habe ich das Gefühl, sind wir diesbezüglich auf einem guten Weg. Denn wir wissen doch: In Schleswig-Holstein wie in Hamburg kann nur durch die Bündelung der Kräfte der Norden gestärkt werden, um im globalen Wettbewerb seine Potenziale voll auszuschöpfen.

Lassen Sie uns im Ausschuss gründlich beraten, gern auch mit den Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Ergebnis der teuren, personal- und zeitintensiven Enquetekommission zur norddeutschen Zusammenarbeit aus der 17. Wahlperiode liegt diesem Antrag zugrunde.

Die Entwicklung eines **Grundlagenstaatsvertrages** war ein gemeinsames, von FDP und CDU gefordertes Ziel zur Verbesserung der norddeutschen Kooperation. Allerdings forderten beide Fraktionen in dem Abschlussbericht, einen solchen Vertrag zwischen allen norddeutschen Bundesländern und nicht nur zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Dennoch, lieber Kollege Callsen, sind wir der Auffassung, dass zumindest mit Hamburg ein Anfang gemacht werden könnte. Deshalb - kann ich vorwegnehmen - beantragen wir für diesen Punkt, wie auch die anderen Kollegen, Ausschussüberweisung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele dachten sicherlich, mit einer sozialdemokratischen Führung in beiden Bundesländern wäre ein gemeinsames politisches Vorgehen ein Selbstläufer - so auch der heutige Ministerpräsident. Auf Ihrer **Homepage**, Herr **Ministerpräsident**, können wir nämlich einen Beitrag - der wohl noch aus der Zeit des Wahlkampfes stammt - lesen, in dem Sie sich als Garant für eine neue Stufe der Zusammenarbeit neben Olaf Scholz zeigen. Dort heißt es selbstbewusst, ich zitiere:

„2012 wird ein Jahr des Aufbruchs im Norden mit einem überzeugenden sozialdemo-

kratischen Senat in Hamburg und einer neuen sozialdemokratisch geführten Landesregierung in Schleswig-Holstein.“

(Beifall SPD)

Ein Jahr des Aufbruchs. - Ich höre schon das leise Klatschen von einigen Sozialdemokraten.

Etwas später lesen wir, ich zitiere:

„Derzeit wird die Freie und Hansestadt Hamburg vielfach als Konkurrent der Interessen unseres Landes verstanden. Dies ist in der jüngsten Vergangenheit mehrmals deutlich geworden: politisch inszenierte Konflikte statt Verständigung prägten das Bild.“

Und dann formulieren Sie ein konkretes politisches Ziel für Ihre Amtszeit:

„Eine von mir geführte Landesregierung wird diese Konfrontation Schleswig-Holsteins mit Hamburg beenden. Wir werden uns nicht gegenseitig im Weg stehen. Wir werden Seite an Seite sein.“

(Beifall FDP)

- Ja, die Wirklichkeit, das haben wir jetzt erfahren müssen, ist nicht so, wie Sie sich das vorher erträumt haben. Es ist auch nicht so, dass Ihr großes Vorbild, Olaf Scholz, nur darauf gewartet hat, dass Sie zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Und zu glauben, dass Hamburg aufhört, eigene Interessen zu haben, und dass Hamburg darauf verzichtet, diese im Zweifel auch durchzusetzen, nur weil Parteifreunde auf der anderen Seite sitzen, scheint offenbar ein verschrobenes Verständnis von Politik zu sein.

(Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade von jemandem, den ich nicht als politischen Neuling bezeichnen möchte, hätte ich wirklich mehr Realismus und Ehrlichkeit erwartet. Das gilt im Übrigen auch für die Interessen Schleswig-Holsteins.

(Beifall FDP)

Sozialdemokratische Blümenträume einer heilen und konfliktfreien Welt helfen uns in dieser Frage genauso wenig weiter wie grüne „Pfeffersack“-Beschimpfungen, wie wir sie in der jüngsten Vergangenheit von den Kollegen Dr. Habeck - jetzt Mitglied der Landesregierung - und Detlef Matthiesen, immer noch Mitglied einer regierungstragenden Fraktion, vernehmen konnten. Es waren ja keine Erklärungen aus der heutigen Opposition der vormaligen Regierung, sondern es waren die Erklä-

(Wolfgang Kubicki)

rungen aus Reihen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich empfinde das nicht gerade als Einladung für eine harmonische gemeinsame Zusammenarbeit, wenn man das Gegenüber als „Hamburger Pfeffersack“ beschimpft.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich habe in diesem Zusammenhang auch noch die salbungsvollen Worte der grünen Kollegin Ines Strehlau aus dem Februar-Plenum im Ohr, die erklärte, ich zitiere:

„Wir Grüne wollen gern der Motor der Kooperation sein und hoffen, dass wir dabei in der nächsten Legislaturperiode auch Partnerinnen und Partner finden.“

- Das passt natürlich zur „Pfeffersack“-Argumentation.

Vielleicht sollten Sie, geschätzte Kollegin, zunächst einmal Ihre Freunde Dr. Habeck und Matthiessen fragen, ob sie in dieser Angelegenheit Ihre Partner sein wollen. Es wäre schön für Sie, wenn Sie es immerhin schaffen könnten, dass die **Grünen** hier **mit einer Stimme sprechen**, also zu der Frage, ob das nun Kooperationspartner oder „Pfeffersäcke“ sind, mit denen wir uns demnächst an einen Tisch setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder politisch Verantwortliche auf beiden Seiten muss sich im Klaren darüber sein, dass sowohl Hamburg als auch Schleswig-Holstein **eigene Interessen** haben, dass es aber darum geht, diese Interessen in einem **gesunden Verhältnis** wieder auszutarieren. Wer das leugnet, verkennt schlicht und ergreifend die Bedingungen von Politik und die Rahmen, in denen wir uns bewegen können.

Das, und nichts anderes, sollten wir als unsere Aufgaben der konkreten Frage verstehen. Die Bildung eines gemeinsamen Fundaments in Form eines Grundlagenstaatsvertrages kann hierbei hilfreich sein. Aber noch einmal, es geht darum zu erkennen, welche Interessen Hamburg hat, es geht darum zu definieren, welche Interessen wir haben. Es geht darum, in einem fairen Ausgleich diese Interessen miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Denn nur dann wird Kooperation funktionieren und nicht aufgrund von salbungsvollen Worten, wie wir sie gelegentlich hören. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Kollegen Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Skepsis des SSW gegenüber der Idee einer **Länderfusion** von **Schleswig-Holstein und Hamburg** ist hinlänglich bekannt. Doch klar dürfte auch sein, dass wir eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern begrüßen. Denn ganz ohne Zweifel liegt in dieser Kooperation neben jener auch mit den anderen norddeutschen Ländern oder mit Dänemark eine wesentliche strategische Perspektive für die Entwicklung unseres Landes.

Ich will in diesem Zusammenhang nur kurz an eine wichtige Tatsache erinnern: Schleswig-Holstein arbeitet bereits auf den unterschiedlichsten Gebieten eng mit Hamburg und anderen Ländern zusammen. Dies gilt, um nur einige Themen zu nennen, für den allgemeinen Verwaltungsbereich, für Dienstleistungen oder für IT- und e-Governmentfragen. Diese unterschiedlichen Kooperationen und Arbeitsteilungen sind und bleiben sinnvoll. Hier sehen wir noch weiteres Potenzial, um die Zusammenarbeit auszuweiten. Aus diesen Gründen können wir das in der Überschrift des **CDU-Antrags** formulierte **Ziel**, die Kooperation mit Hamburg zu verbessern, natürlich durchaus teilen.

Was aber den **Weg zu diesem Ziel** betrifft, sind wir völlig anderer Auffassung. Nach unserer Ansicht müssen wir keine Rahmenbedingungen für zukünftige Kooperationen in schwerfälligen Grundlagenstaatsverträgen festschreiben. Um die Zusammenarbeit zu intensivieren, ist es aus unserer Sicht völlig ausreichend und wesentlich ergebnisorientierter, wenn wir gemeinsam eine **Kooperationsstrategie** zu **konkreten Themen** entwickeln und in ihr transparente und vor allem erreichbare Ziele vorgeben.

(Beifall SSW)

Themenfelder für eine solche Strategie gibt es reichlich. So hat zum Beispiel der umfangreiche **Abschlussbericht** der **Enquetekommission** kaum an Aktualität eingebüßt. Hier finden sich eine ganze Reihe von **Ansatzpunkten** für eine sinnvolle Verbreiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit. Als Beispiele lassen sich die Verkehrspolitik, die Gesundheitswirtschaft oder umwelt- und energiepolitische Fragen nennen. Diesen konkreten Themen müssen wir uns zuwenden und klären, ob und wie wir zu einer verbesserten Zusammenarbeit kommen.

Dass sich dann auch noch die betroffenen Ausschüsse beider Länder zusammensetzen, ist ja heute schon gängige Praxis. Dagegen hat auch niemand etwas einzuwenden und ein solcher Ansatz kann

(Lars Harms)

uns wirklich weiterbringen, meine Damen und Herren. Durch Grundlagenstaatsverträge ist dagegen rein gar nichts gewonnen.

Für uns muss eine vertiefte Zusammenarbeit, auf welchem Feld auch immer, die **Verbesserung der Lebensqualität** zum Ziel haben. Sie muss sich also in erster Linie am Nutzen für die Menschen im Land orientieren. Das ist für uns die Richtschnur, an der künftige Kooperationen auszurichten sind, und im Übrigen nicht nur Kooperation mit Hamburg, sondern auch mit allen anderen norddeutschen Bundesländern.

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Aus Sicht des SSW ist es immer sinnvoll, danach zu fragen, wo im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in allen Ländern sowie der Unternehmer und Unternehmerinnen im Land noch besser zusammengearbeitet werden muss. Auch wir sehen die Möglichkeit, durch eine engere Zusammenarbeit zu einem finanzpolitischen, wirtschaftspolitischen oder auch verwaltungstechnischen Mehrwert zu kommen, meine Damen und Herren.

Doch wir sagen dabei ganz deutlich, dass allein die Frage nach möglichen **Einsparpotenzialen** zu kurz greift und an den konkreten Problemen der Menschen vorbeigeht. Anders als unsere Vorgänger sehen wir beim Thema norddeutsche Kooperation aber die zwingende Notwendigkeit, im Interesse der Schleswig-Holsteiner zu handeln. Aufwendige Verhandlungen über den Rahmen der zukünftigen Zusammenarbeit können wir uns daher getrost sparen. Dies mag vielleicht eine interessante Aufgabe für Berufspolitiker oder Juristen sein, aber mit den Bedürfnissen der Menschen im Land hat dieser Ansatz rein gar nichts zu tun. Wir brauchen mehr **gelebte Kooperation** und keine weiteren **vertraglichen Regelungen**. Wir wollen die pragmatische Zusammenarbeit entlang einzelner Themen und keinen Formalismus. Es liegt in der Natur der Sache, dass hier immer wieder Kompromisse gefordert werden. Voraussetzung ist und bleibt aber, dass man die Interessen des Landes nicht aus dem Blick verliert und sich in den Verhandlungsergebnissen auch wiederfinden kann.

Nicht zuletzt der Fall der **Husumer Windmesse** macht deutlich, dass man hin und wieder gut beraten ist, eigene Wege zu gehen. Eine Zusammenarbeit um jeden Preis ist aus unserer Sicht der absolut falsche Weg. Im Gegensatz zur Vorgängerregierung halten wir es für unsinnig, sich bei den Hamburgern anzubiedern und die Zusammenarbeit damit letztlich zum Selbstzweck werden zu lassen. Ein solches Verhalten verhindert nicht nur eine Ko-

operation auf Augenhöhe, sondern vernachlässigt auch die konkreten Interessen der Schleswig-Holsteiner.

Meine Damen und Herren, für die Wahrung dieser Interessen sind wir schließlich in allererster Linie gewählt worden. Wir wollen gern zusammenarbeiten. Wir wollen aber auch gern mit Mecklenburg-Vorpommern, mit Niedersachsen, mit Bremen zusammenarbeiten, nicht nur mit Hamburg, gern auch mit unseren dänischen Nachbarn.

Dafür brauchen wir aber keine **Grundlagenstaatsverträge**, sondern wir brauchen **konkrete Projekte**, die wir umsetzen. Diese mögen in einzelnen Fällen auch in Staatsverträgen münden, weil man manchmal eine gemeinsame rechtliche Grundlage schaffen muss. Wir brauchen aber keinen Deckel, der vorgibt, dass wir zwangsweise als Selbstzweck eine Zusammenarbeit mit den Hamburgern kodifizieren müssen. Schöner ist es, wenn wir eine echte Zusammenarbeit hinbekommen. Daran hat es in der Vergangenheit manchmal gehapert. Es wäre schön, wenn es in Zukunft wieder klappen würde. - Schönen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Herr Kollege Callsen von der CDU-Fraktion bittet um einen Dreiminutenbeitrag und hat nun das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An die Adresse des Kollegen Dr. Habersaat möchte ich sagen:

(Christopher Vogt [FDP]: Der ist kein Doktor! Der tut nur so schlau!)

Das Ergebnis der **Enquetekommission** zur norddeutschen Kooperation lag Ende der vergangenen Wahlperiode vor. Deswegen ist es richtig, dass wir zu Beginn dieser Wahlperiode das Thema wieder aufgreifen. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt.

Es geht uns um die Sache, um die Zusammenarbeit mit Hamburg und darum, diese Zusammenarbeit voranzubringen. Deswegen stimmen wir der Ausschussüberweisung zu. Meine Bitte ist allerdings, dieses Thema federführend dem Europaausschuss zu überweisen, der nach unserer Geschäftsordnung für die norddeutsche Zusammenarbeit zuständig ist.

(Johannes Callsen)

Mitberatend sein sollte der Innen- und Rechtsausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Nun erteile ich das Wort dem Ministerpräsidenten Torsten Albig, der für die Landesregierung spricht.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist absolut zutreffend: Schleswig-Holstein ist in seiner Entwicklung nur dann wirklich stark, wenn Schleswig-Holstein abgestimmt mit Hamburg arbeitet. Hamburg wird nur dann eine Zukunft haben, wenn Hamburg abgestimmt mit Schleswig-Holstein arbeitet.

Dies ist übrigens immer richtig, und zwar unabhängig davon, ob Sozialdemokraten regieren, ob Christdemokraten regieren oder ob sonst jemand regiert. Meine Damen und Herren, es ist immer richtig, wenn sich der **Norden** als ein **zusammenhängender Raum** versteht, wenn er über Bildung redet, wenn er über wirtschaftliche Raumplanung redet, wenn er über Sicherheit redet. Wir können zusammen mehr erreichen.

Der Umstand, dass wir die Debatte um **HUSUM Wind** noch nicht so abgestimmt führen, ist kein Zeichen dafür, dass der Grundsatz nicht richtig ist, sondern dass wir am Grundsatz arbeiten müssen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dies hat auch die Vorgängerregierung im Kern so gesehen. Sie hat das auch prüfen lassen. Wirtschaftsminister Jost de Jager hat vom Lorenz-von-Stein-Institut die Frage des **Grundlagenstaatsvertrags** analysieren lassen. Das Ergebnis kennen Sie. Das war eine eher skeptische Analyse, jedenfalls was einen großen Grundlagenstaatsvertrag angeht. Die Analyse war optimistischer, was eine Kaskade von Staatsverträgen angeht. Letztlich war dies ein Grund dafür, dass die vorherige Regierung die Idee des Grundlagenstaatsvertrags nicht weiter verfolgt hat. Am Ende ist das aber gar nicht so entscheidend.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir zusammenkommen, dass wir mit den Hamburgern - daher ist gut, dass in Hamburg parallel eine ähnliche Debatte geführt wird - **Verfahren vereinbaren**, wie wir uns

verbindlicher als bisher gemeinsam in Abstimmungssituationen begeben.

Hätten wir **verbindliche Abstimmungsebenen** beim Thema der Energieraumplanung, dann könnten in Zukunft solche Situationen möglicherweise vermieden werden. Dabei geht es um die Fragen, wie genau sich ein Messeraum um das Thema Wind im Norden aufbaut, wie genau wir Stärken verteilen und wie wir Schwächen verhindern. Das sollte man nicht mit Machtworten, sondern mit rationalen Prozessen abarbeiten. Das genau könnte man erreichen, und so verstehe ich diese Debatte.

Mit Ausnahme des sehr klugen Beitrags des SSW waren die Beiträge zu 95 % inhaltlich deckungsgleich, auch wenn man 95 % der Redezeit darauf verwendet hat, so zu tun, als wäre das nicht so.

(Beifall PIRATEN)

Eigentlich sagten aber alle: Ja, wir wollen zusammenarbeiten. - Die Landesregierung sieht das auch so. Wir haben natürlich **etablierte Verfahren**. Die Vereinbarung, die vor 20 Jahren getroffen wurde, ist eine ganz ordentliche Arbeitsgrundlage. Wir treffen uns regelmäßig im Kabinett. Die nächste Sitzung haben wir für das Frühjahr nächsten Jahres vereinbart. In diesem Jahr fand eine Kabinettsitzung in Kiel statt. Die nächste Sitzung wird in Hamburg stattfinden. Außerdem kommen die Parlamente zusammen. All das ist sinnvoll und klug.

Das reicht aber noch nicht aus. Wir merken, dass wir eher am Anfang der Zusammenarbeit als am Ende der Zusammenarbeit sind und dass wir eine Menge Potenzial haben. Die **Metropolregion** - das ist mein Eindruck - macht Mut, weil in der Metropolregion im Zusammenhang des Raums gedacht wird, und zwar in allen Bereichen. Das gilt übrigens auch für die Region bis nach Niedersachsen hinein. Von Herrn Harms wurde vorhin bereits das Argument vorgebracht, dass wir das **nicht begrenzen** sollten. Die Frage ist, was tatsächlich raumpolitisch zusammengehört. Es ist höchste Zeit, die Entwicklung der Metropolregion auch auf Schleswig-Holstein auszudehnen.

Ich freue mich, dass Sie in den Ausschussberatungen Zeit und Gelegenheit haben werden, nach dem richtigen Weg zu suchen. Ich kann das nur begrüßen. Die Landesregierung wird das an jeder Stelle unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/178, federführend dem Europaausschuss und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 46 A auf:

Haushaltswahrheit und -klarheit müssen erfüllt sein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/223

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache. Ich vermute, dass für die FDP-Fraktion Wolfgang Kubicki das Wort haben möchte, der es jetzt auch erteilt bekommt.

(Zuruf SPD)

- Für diesen Tagesordnungspunkt liegt mir keine Rednerliste vor. Ich glaube, es ist aber auch kein Problem, wenn wir das so klären.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich habe mich auch schon erhoben, Frau Präsidentin.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der FDP-Fraktion dient nicht dem Ziel, über Schuldvorwürfe und Verantwortlichkeiten der Vergangenheit zu streiten. Dazu hat es einen **Untersuchungsausschuss** gegeben, der festgestellt hat, dass die Ursache für die Schieflage der **HSH Nordbank**, die bis heute ununterbrochen andauert, in den Jahren 2005 bis 2008 zu suchen ist. Dass die Lage der Bank äußerst schwierig ist, wird derzeit von keinem Parlamentarier ernsthaft angezweifelt.

In einem Artikel des "Handelsblatts" vom 3. September 2012 mit dem Titel "Wie krank sind die deutschen Banken?", hat die Ratingagentur Moody's festgestellt, dass die HSH Nordbank die mit Abstand schwächste Finanzstärke aller großen deutschen Kreditinstitute hat. Zudem erklärte **Moody's** am Mittwochabend völlig überraschend, dass Moody's derzeit eine Senkung des langfristigen **Ratings** der **HSH Nordbank** prüfe. Eine Absenkung auf

den Subprime-Invest-Status würde die Lage der Bank zusätzlich verschärfen.

Wir müssen uns jetzt erneut mit der Situation der HSH Nordbank befassen, weil dies die Lage der Bank erfordert.

Herr Kollege Andresen, Sie haben in Ihrer Pressemitteilung vom vergangenen Freitag selbst die derzeit dramatische Lage der Bank offen bewertet und uns alle hier im Haus gemeinsam zu Handlungen aufgefordert.

Die in der Pressemitteilung erwähnten **Entscheidungen zur Zukunft der Bank** stehen jetzt an. Wir können nicht warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, bis die vorgegebene Eigenkapitalquote unterschritten ist oder die HSH Nordbank den Rechtsanspruch aus der Zweitverlustgarantie bei den Ländern geltend macht. Eine mögliche Unterschreitung dieser Mindesteigenkapitalquote muss rechtzeitig von uns analysiert und ihr möglicherweise begegnet werden. Ein Umgang wie bei der Kapitalerhöhung im Juli 2009 würde alle Beteiligten nur nachhaltig schädigen.

Am 30. Juni 2012 ist die **Eigenkapitalquote** von 10 % erstmals unterschritten worden. Somit hat der HSH Finanzfonds keinen Anspruch mehr auf eine zusätzliche Prämie. Die möglichen Hilfsinstrumente zur Rekapitalisierung von Banken durch den Bund, die uns über die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, den früheren SoFFin, angeboten werden, stehen nur noch bis zum 31. Dezember dieses Jahres zur Verfügung. Wenn dieser Termin verstrichen ist, haben wir die Chance vertan, den **Bund um Unterstützung** zu bitten.

Wir bitten die Landesregierung, sich das Urteil des **Bundesverfassungsgerichts** zum EFSF und zum ESM genauer anzuschauen. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Bundesregierung den Bundestag umfassend über alle haushaltswirksamen Ereignisse sorgfältig unterrichten muss. Eine Unterrichtung von kleinen Sondergremien, wie beispielsweise unseres Unterausschusses Beteiligungen, reicht nicht aus. Die **Mitwirkungsrechte** des **Parlaments** sind hier sehr weitreichend. Wir bitten darum, dass die Diskussionen über diese Frage im Finanzausschuss insgesamt geführt werden, möglicherweise auch vertraulich; denn die Beschränkung auf kleine **Sondergremien** ist nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts unzulässig und würde der Haushaltshoheit des Parlaments nicht gerecht.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

(Wolfgang Kubicki)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle sind in der Pflicht, aufkommende Risiken zu erkennen und Schäden zu begrenzen. Wir selbst haben **2009** erlebt, wie man es nicht hätte machen sollen. Damals waren die Grünen und die FDP gemeinsam in der Opposition. Statt den Prozess damals transparent und offen zu gestalten, wurde gemauert, verschleiert, gedroht und eingeschüchtert. Der Finanzausschuss wurde teilweise auch falsch unterrichtet; nicht von der Regierung, sondern von Repräsentanten der Bank. Das Ergebnis war ein Stückwerk, das damals das Vertrauen in die Landesregierung nachhaltig beschädigt hat. Der damaligen Opposition - in jedem Fall mir - ist das Schauspiel in grausamer Erinnerung geblieben. Ich wäre und war der festen Überzeugung: Wenn jemals wieder eine ähnliche Situation eintreten würde, dann würden diese Akteure vernünftiger agieren. Aus Fehlern anderer lernt man bekannterweise.

Leider deuten derzeit die Anzeichen nicht darauf hin, dass sich das Theater von damals nicht wiederholt, auch wenn wir jetzt andere Darsteller haben. Gegenüber der Deutschen Presseagentur haben Sie, Frau Finanzministerin, am Dienstag erklärt, dass Sie nur dann **Haushaltsmittel** veranschlagen dürften, wenn davon auszugehen sei, dass sie im betreffenden Haushaltsjahr ausgegeben werden müssten, und dies sei nicht der Fall, weil die **Ziehungswahrscheinlichkeit** zum 30. Juni 2012 41,4 % betragen habe.

Hier wird die Situation beschönigend dargestellt. Richtig ist: Die Ziehungswahrscheinlichkeit betrug zum 30. Juni 41,4 %. Richtig ist aber auch, dass die Ziehungswahrscheinlichkeit weiter ansteigen wird. In der **Pressemitteilung der HSH Nordbank** zur Vorstellung des **Halbjahresergebnisses** vom 31. August heißt es, ich zitiere:

„Für den weiteren Jahresverlauf 2012 rechnet die HSH Nordbank mit anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen für ihr Geschäft... Die HSH Nordbank rechnet entsprechend nicht mit einer raschen Verbesserung der Lage.“

- ich kann einfügen: Fast jeden Tag geht ein Schiffsfonds der HCI in Insolvenz -

„und erwartet den Tiefpunkt im Zyklus der Branche erst in den kommenden zwölf bis 18 Monaten. Mit dem Beginn einer langsamen Erholung bei Frachtraten, Zeitcharterraten und Schiffspreisen rechnet die Bank gegenwärtig nicht vor Ende 2013. Dementspre-

chend geht die Bank weiterhin von einem höheren Vorsorgebedarf für Kreditrisiken aus.“

Wer diese Zeilen liest, der stellt schlussfolgernd fest, dass die Ziehungswahrscheinlichkeit weiter ansteigen dürfte. Wenn sie 50 % überschreitet, dann sind Sie zum Handeln im Etat verpflichtet. Auch Ihre Erklärung, es würde zunächst nur den **öffentlich-rechtlichen Fonds** treffen, ist eine Verschleierung, denn das Eigenkapital dieses Fonds liegt bei 217 Millionen €. Ob das Eigenkapital, das zum 30. Juni 2012 ausgewiesen war, heute noch in dieser Größenordnung besteht, ist zweifelhaft.

All dies will ich nicht weiter vertiefen. Ich bitte darum, dass unser Antrag an den Finanzausschuss überwiesen wird, denn ich vermute, dass wir uns wirklich intensiver mit der Situation der Bank beschäftigen müssen. Herr Kollege Andresen, uns läuft die Zeit davon. Das Schlimmste, das dem Land Schleswig-Holstein passieren kann, ist, dass wir anschließend in eine Haftung genommen werden, die wir uns zu dem Zeitpunkt, als wir die Garantien ausgegeben haben, in dieser Größenordnung nicht vorgestellt haben, die sich gegenwärtig aber möglicherweise zu realisieren scheint. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte darum, den Antrag an den Ausschuss zu überweisen.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Arbeit des **Untersuchungsausschusses** in der vergangenen Legislaturperiode standen zwei Fragen im Mittelpunkt der Aufklärungsarbeit. Das war zum einen die Frage nach dem Zeitpunkt, zu dem die Risiken damals frühestens erkennbar gewesen wären. Daran schloss sich die Frage an, ob die Landesregierung damals rechtzeitig gehandelt hat.

Genau diese beiden Frage stellen sich auch in der aktuellen Situation wieder. Die Frage nach dem **Zeitpunkt** ist allerdings mit der Veröffentlichung des Halbjahresberichts der HSH Nordbank am 31. August dieses Jahres eindeutig beantwortet. Seit diesem Datum sind nicht nur der Landesregierung und dem Beteiligungsausschuss, sondern auch der gesamten Öffentlichkeit all diejenigen Risiken be-

(Tobias Koch)

kannt, die heute den Anlass für diese Debatte geben.

Die **Garantie** der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein wird mittlerweile von der HSH Nordbank mit nahezu 2 Milliarden € in Anspruch genommen. Die **Wahrscheinlichkeit für das Eintreten** dieser Garantie erreicht mit 41,4 % den höchsten Wert seit Übernahme der Garantie. Der Kollege Kubicki sagte es bereits. Wenn sich die Wahrscheinlichkeit in dem gleichen Tempo weiterentwickelt wie im ersten Halbjahr 2012, dann werden wir die 50-%-Marke zum Ende des Jahres überschritten haben.

(Beifall Abgeordneter Christopher Vogt [FDP])

Gleichzeitig ist die **Kernkapitalquote** der Bank zum 30. Juni 2012 unter die Marke von 10 % gefallen. Deshalb mussten die Garantiegeber, also wir, Hamburg und Schleswig-Holstein, bereits auf die Zusatzprämie verzichten, die uns für den Fall der Inanspruchnahme der Garantie zusteht. Wer in der Lage ist, eine Bilanz oder eine Gewinn- und Verlustrechnung zu lesen, der kann daraus ablesen, dass der Halbjahresüberschuss von 70 Millionen € nicht aus dem operativen Geschäft erwirtschaftet wurde, sondern einzig und allein aus einmaligen Sondereffekten resultiert.

Zur **Schiffsfinanzierung** sagt die HSH in ihrer Halbjahrespressekonferenz: Die Krise der Branche habe sich in den vergangenen Monaten weiter verschärft. Das dicke Ende kommt noch, denn die Bank sagt auch, der Tiefstpunkt wird erst in den kommenden zwölf bis 18 Monaten erwartet, und wir alle wissen, was das für die HSH Nordbank bedeutet. Seit gestern ist zudem bekannt, dass Moody's eine **Herabstufung des Ratings der HSH Nordbank** prüft. Nun kann man von Ratingagenturen halten, was man will, aber ich denke, uns allen ist klar: Eine Herabstufung dieser Art würde die Liquiditätsbeschaffung der HSH Nordbank gravierend beeinträchtigen.

Nun stellt sich die Frage: Wie **reagiert die Landesregierung** auf diese erkennbaren Risiken? - Die Finanzministerin hat dies mittlerweile öffentlich deutlich gemacht und sagte in den „Kieler Nachrichten“ vom 21. September 2012, das seien alles „rein spekulative Risiken“. Sie sehe deshalb keinen Handlungsbedarf. So lautete das wörtliche Zitat. Ich hoffe, Sie sind hier richtig zitiert worden. Nein, ich hoffe es nicht, aber so wurden Sie wiedergegeben, Frau Ministerin. Damit ist die Frage, ob die Landesregierung rechtzeitig auf erkennbare Risiken

reagiert, auch beantwortet. Die Antwort lautet erschreckenderweise: Nein.

Die Ministerin hat es noch nicht einmal für nötig erachtet, im August und im September an den Sitzungen des Beteiligungsausschusses teilzunehmen. Stattdessen argumentiert sie rein rückwärtsgerichtet damit, dass auch die **Vorgängerregierung** keine **Risikorücklage** eingestellt hätte. Das ist eine wirklich haarsträubende Argumentation.

(Beifall CDU und FDP)

Sie wird der aktuellen Situation nicht gerecht, und das ist auch in Bezug auf die Vergangenheit nicht angemessen, denn der **Unterschied** ist, dass die Garantie bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2011/2012 im Dezember 2010 mit keinem einzigen Euro in Anspruch genommen war. Heute sind wir bei 2 Milliarden €.

(Beifall CDU und FDP)

Die Ziehungswahrscheinlichkeit war damals geringer, die Kernkapitalquote der Bank war höher und die Charraten im Schiffahrtsgeschäft waren damals im Steigen begriffen und nicht im Niedergang wie jetzt. Jetzt, im September 2012, sind aber erhebliche Risiken erkennbar. Wir sind jetzt dabei, den Haushalt für 2013 und die Finanzplanung für die Folgejahre aufzustellen. Herr Kollege Andresen, der richtige Zeitpunkt, um nach Lösungsansätzen zu suchen, ist genau jetzt. Wir müssen jetzt Entscheidungen treffen.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, das gilt erst recht, wenn man - wie die Landesregierung - einen Haushaltsentwurf einbringen will, der die **gesetzlich zulässige Defizitgrenze** bis an die Oberkante ausreizen will. Ein solcher Haushaltsentwurf ohne jeglichen Risikopuffer besitzt keinerlei Risikotragfähigkeit. Schon das kleinste unerwartete Ereignis würde einen solchen Haushalt zur Makulatur werden lassen, und wir sprechen hier nicht von den kleinsten anzunehmenden Ereignissen.

Wer jetzt, wie die Regierungsfraktionen, schnell einen Haushalt durchbringen will, um die eigenen Wahlversprechen zu erfüllen, und dabei einen Anstieg des Defizits und einen Anstieg der Neuverschuldung in Kauf nimmt, gleichzeitig aber die Augen vor den erkennbaren Risiken bei der HSH Nordbank verschließt und nach einer Vogel-Strauß-Strategie den Kopf lieber in den Sand steckt, der handelt nicht nur fahrlässig, sondern das ist Verantwortunglosigkeit mit Vorsatz. Daher sage ich Ihnen: Gutes Regieren geht anders.

(Tobias Koch)

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lars Winter von der SPD-Fraktion.

Lars Winter [SPD]:

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Als Landtagsneuling, der die Debatten um die HSH Nordbank bisher eher aus der Ferne verfolgen konnte, habe ich mich ein bisschen über den Antrag der FDP gewundert. Sie können sicher sein, dass Transparenz unter SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW mehr denn je zur politischen Kultur unseres Landes gehört. Ende 2008 und **Anfang 2009** gab es keine erkennbaren realistischen Alternativen zu der **Kapitalerhöhung** und den Garantien.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt ja nicht!)

Eine sofortige Abwicklung der Bank hätte alle Arbeitsplätze gekostet, und das Land hätte sofort im Rahmen der alten Gewährträgerhaftung einstehen müssen. 2008 betrug diese Verpflichtungen rund 64 Milliarden € und 2009 immerhin noch 56 Milliarden €.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Winter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Lars Winter [SPD]:

Da Herr Kubicki aus der Vergangenheit mehr Erfahrung hat als ich, werde ich diese Frage nicht zu lassen. Ich bitte dafür um Verständnis.

(Zurufe)

Wenn der Kollege Koch im Zusammenhang mit seiner Forderung nach Vorsorge im Haushalt ausführte: „Finanzminister Rainer Wiegand hat immer für ausreichende Sicherheitspuffer im Haushalt gesorgt“, bezieht er sich sicher nicht auf die von mir zuvor genannten Summen.

Allen hier im Haus war klar, dass man in diesem Umfang keine Vorsorge und keine Sicherheit einstellen kann. Eine mittelfristige **Abwicklung der Bank** hätte nach dem damaligen Stand der Informationen ebenso viel gekostet wie die Beibehaltung. Allerdings hätte es keine Chance gegeben, nach Abwicklung das eingesetzte Geld wieder herauszubekommen. Daher hat sich der Landtag - begleitet

durch drei Resolutionen mit Bedingungen für Kapitalerhöhung und Garantien - im Februar, März und April 2009 entschieden, gemeinsam mit dem zweiten Haupteigentümer, der Freien und Hansestadt Hamburg, 3 Milliarden € Kapitalerhöhung und 10 Milliarden € Garantien in die Bank zu geben. Niemand hat diesem Haus versprochen, dass danach alles gut wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, in Sachen HSH Nordbank die richtigen Entscheidungen zu treffen, ist niemandem in diesem Haus leichtgefallen. Ich zitiere den damaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU, Dr. Johann Wadehul:

„Nach sorgfältigen Beratungen und intensiver Abwägung der Risiken und Folgen stehen wir als CDU-Fraktion zu unserer politischen Verantwortung für unser Land Schleswig-Holstein und stimmen dem vorgelegten Vertragswerk schweren Herzens zu.“

Mein Fraktionsvorsitzender, Dr. Ralf Stegner, führte aus:

„Die SPD-Fraktion in diesem Parlament orientiert sich dabei an unserem Verständnis von Verantwortung, wie es Yehudi Menuhin formuliert hat: ‚Freiheit ist nicht die Freiheit zu tun, was man will, sie ist die Verantwortung, das zu tun, was man tun muss.‘“

Ich gehe auf diese Punkte so ausführlich ein, weil ich nochmals die **historischen Dimensionen** dieser Entscheidung deutlich machen möchte, die von den Abgeordneten von CDU und SPD gegen die Stimmen der Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW getroffen wurden.

Wenn wir jetzt über den Antrag der FDP sprechen, mögliche **Zahlungsverpflichtungen** und **Lösungsmöglichkeiten** für niedrige Eigenkapitalquoten darzustellen, handelt es sich um weitaus niedrigere Summen als die damals im Raum stehenden, als die Hamburgische Bürgerschaft und der Landtag Schleswig-Holstein die Pakete für die Bank verabschiedet haben. Es ist jedoch beileibe kein Grund, die heute vorhandenen Risiken zu verharmlosen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich müssen Lösungen gefunden werden, falls und wenn die Szenarien eintreten, über die die FDP schreibt. Ich kann Ihnen aber ganz sicher sagen, dass diese Lösungen weitaus mehr von den Entscheidungen auf EU-Ebene abhängen werden als von jenen, die wir hier in Schleswig-Holstein überhaupt treffen dürften - vorausgesetzt, wir können das Kapital dafür aufbringen.

(Lars Winter)

Auch ich meine, wir sollten dieses Thema im Fachausschuss vertiefen, im Finanzausschuss, mitunter in nicht öffentlicher Sitzung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut und richtig, dass wir hier eine Debatte zur HSH Nordbank führen, denn die Lage ist in der Tat beunruhigend, Herr Kollege Kubicki. In der letzten Legislaturperiode haben alle Fraktionen konstruktiv an der Aufarbeitung der Gründe der **HSH-Nordbank-Krise** mitgewirkt. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss hat deutlich gemacht, dass diese Krise eine Folge zahlreicher Fehlentscheidungen, mangelnder Aufsicht und Intransparenz war.

Ja, auch schon die erste rot-grüne Landesregierung - Demut steht uns in dieser Debatte allen gut zu Gesicht - hat dazu beigetragen, indem sie viel **zu hohe Gewährträgerhaftung** für die HSH Nordbank übernommen hat.

(Beifall PIRATEN und Abgeordneter Lars Harms [SSW])

Dass diese Haftung dann aber überhaupt zum Tragen kommen würde, lag aber vor allem am **Missmanagement** innerhalb der **Bank** und an der **katastrophalen Überwachung**, die die folgenden Landesregierungen im Aufsichtsrat ausübten. Nur so konnte die HSH immer riskantere Kreditsatzgeschäfte eingehen, die dann mit Ausbruch der globalen Finanzkrise zu massiven Verlusten geführt haben.

Um die Bank heute zu bewerten, gibt es drei entscheidende Kriterien: zum einen die Eigenkapitalquote, zum anderen die Ziehungswahrscheinlichkeit für die Garantie der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein und schließlich die sogenannten Risk Weighted Assets. Wie sieht es also im Einzelnen aus? - Die **Kernkapitalquote** ist dramatisch auf 10 % gesunken, die **Ziehungswahrscheinlichkeit** liegt inzwischen bei über 41 %. Spätestens seit den letzten Gutachten der Ratingagenturen Fitch Ratings und Moody's - andere Kollegen sind darauf

schon eingegangen - wird deutlich, dass die Anzahl an risikogewichteten Aktiva gestiegen ist.

Durch Auflagen der Europäischen Union musste sich die HSH in den letzten Jahren immer weiter auf ihr **Kerngeschäft**, die marode Schifffahrt, konzentrieren. Die Lage auf dem **Schifffahrtsmarkt** ist alles andere als einfach. Ein gegenüber dem US-Dollar schwacher Euro verschärft die Lage zusätzlich.

Nun aber konkret zum Antrag der FDP-Fraktion! Wir sind gern bereit, Ihren Antrag beziehungsweise die dort formulierten offenen Fragen im Ausschuss zu behandeln. Ich nehme es als Entgegenkommen, dass Sie das selbst beantragt haben und hier nicht Abstimmung in der Sache wollen. Wir glauben, dass es schwer darstellbar wäre, den Antrag heute zu beschließen, so richtig die Fragen, die darin aufgegriffen werden, auch sind.

Die **Landeshaushaltsordnung** beispielsweise schreibt fest, dass **Risiken** nur **abgebildet** werden können, wenn sie sicher eintreffen. Man spricht in diesem Zusammenhang von der sogenannten **Etatreife**, und die ist bei der HSH Nordbank nicht erreicht. Man weiß eben nicht genau - ich habe gerade geschildert, wie unsere Fraktion die Lage der Bank einschätzt -, wie die Lage in sechs, neun oder zwölf Monaten ist. Man kann nicht genau sagen, welche Maßnahmen wann zu welcher Zeit ergriffen werden müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Breyer?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Breyer, Sie haben das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Lieber Herr Kollege, stimmen Sie mir zu, dass man dann vielleicht einmal über die Landeshaushaltsordnung nachdenken muss, wenn die keine Möglichkeit einer Risikovorsorge in einem solchen Fall vorsieht?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Stimmt ja auch gar nicht!)

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist eine andere Debatte. Wir können im Rahmen der Haushaltsdebatte gern über solche Fragen diskutieren. Wie wir uns entscheiden werden, wird man sehen. Diese Debatte im Rahmen der Haushaltsberatungen zu führen, damit habe ich kein Problem.

Es geht um die Frage, wie wir mit der Bank umgehen und ob wir es schaffen, einen gemeinsamen Weg zu beschreiten, der sehr wichtig ist. Oder wird die HSH Nordbank, wie es in der Vergangenheit manchmal der Fall war, für politische Muskelspiele von unterschiedlichen Fraktionen missbraucht?

(Beifall Abgeordnete Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Koch, das geht vor allem an Ihre Adresse. Ich glaube, dass das der falsche Weg ist. Ich sage da: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Ich finde es schon auffällig, dass sich das Verhalten von einigen im Saal gegenüber der Bank sehr stark danach richtet, ob man Regierungsverantwortung trägt oder in der Opposition ist. Ich finde es absolut richtig, hier **Debatten über die Bank** zu führen, aber man muss immer genau gucken, wie und ob man durch plumpe Attacken gegenüber der Landesregierung der Bank hilft oder an der Sache interessiert ist. Das wage ich einmal zu bezweifeln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU und FDP)

- Ich habe gerade eben Fehler in der Regierungszeit eingestanden. Wir haben als Grüne gerade in den Oppositionsjahren, gerade Monika Heinold als finanzpolitische Sprecherin unserer Fraktion, ein sehr starkes Interesse an **Aufklärungsarbeit** und ein **kritisch-konstruktives Verhältnis** gegenüber der Bank gehabt. Ich glaube - das ist mein Eindruck der letzten Monate -, dass die Lage vom Finanzministerium sehr gut und ernsthaft eingeschätzt und das Parlament umfassend beteiligt wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abgeordneter Lars Winter [SPD])

Ich habe nicht das Gefühl, dass hier die Fehler der Vergangenheit wiederholt werden.

Der Aspekt, wer von der **Hausspitze** an Sitzungen des **Beteiligungsausschusses** teilnimmt, ist ein bisschen eine vorgeschobene Debatte, Herr Koch, weil wir mit Thomas Losse-Müller als Staatssekretär jemanden haben, der sich im Bankenbereich

ausgezeichnet auskennt und uns diesen Eindruck in den letzten Monaten vermittelt hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nicht im Widerspruch zur Landesregierung, aber im Interesse einer guten parlamentarischen Beteiligung erkläre ich hier für die grüne Fraktion, dass wir erwarten, dass das so weitergeht und das Parlament umfangreich informiert wird, dass gemeinsam mit dem Parlament an Lösungen gearbeitet wird, natürlich - da haben Sie vollkommen recht, Herr Kubicki - nicht nur im Beteiligungsausschuss, sondern gern auch im Finanzausschuss. Ich hoffe, dass wir konstruktiv in den zuständigen Gremien beraten werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Herrn Abgeordneten Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Als Neuling verwundert es mich nicht, dass dieser Antrag gestellt wurde, auch im entsprechenden Ausschuss. Herr Kubicki hat in seiner Rede viele wichtige Punkte angesprochen; ich kann ihm in vielem zustimmen, was er gesagt hat.

Zur **Problemanalyse** muss ich nicht mehr viel sagen, das haben alle Leute schon getan, daher kann ich diesen Teil meiner Rede wunderbar überspringen.

Wir sind uns hier alle ziemlich einig, wo die Probleme der Bank liegen. Unser aller Ziel sollte definitiv sein, Schaden vom Land abzuwenden. Das ist ein Riesenproblem, das wir gerade haben. Das Problem mit der **Eigenkapitalquote** ist für Schleswig-Holstein eine große Herausforderung. Es darf nicht sein, dass die Zweitverlustgarantie in Anspruch genommen wird. Wir müssen diese Probleme in den Griff bekommen. Die Probleme der Bank können wir nicht leugnen, auch nicht lösen, aber wir müssen **vorsorgen**. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Punkt.

(Beifall PIRATEN)

Vor diesem Hintergrund muss ich den Herren Kollegen Koch und Kubicki natürlich recht geben. Wir müssen in einem transparenten Haushalt dafür sorgen, dass wir auch **für den Worst Case gewappnet**

(Torge Schmidt)

sind. Das heißt nicht, dass wir der Bank nicht grundsätzlich zutrauen, ihre Probleme alleine ohne staatliche Hilfe in den Griff zu bekommen, aber es ist schlicht und ergreifend verantwortungsbewusst, trotzdem Vorsorge zu treffen.

(Beifall PIRATEN)

Ich glaube, wir sind alle froh, wenn die Vorsorge, die wir jetzt treffen nicht genutzt werden muss. Wir werden dann sehr froh sein.

Abschließend möchte ich meinen Kollegen Herrn Andresen aus einer Pressemitteilung zitieren. Das trifft sich ganz gut.

„Es ist die gemeinsame Aufgabe von Koalition und Opposition, an Lösungen zu arbeiten und zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Entscheidungen zu treffen.“

Ich glaube, die richtige Entscheidung sollte auch da sein, Vorsorge zu treffen.

Wir müssen hier eine gemeinsame Lösung finden, und ich denke, das ist zum Wohle unseres Lieblingslandes.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Kollegen Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist keineswegs so, dass man die Gefahren, die im Laufe der Zeit auf uns zukamen, am Anfang der Entwicklung nicht kennen konnte oder nicht gekannt hat. Wir haben hier sehr intensive Debatten darüber geführt, wie die Zukunft der HSH Nordbank aussehen soll, wer möglicherweise mit ins Boot genommen werden soll, um die Risiken abzufedern. Ich glaube, wir befinden uns gerade in einer Entwicklung, bei der man sagen muss, dass man natürlich am Anfang viele der Probleme hat gut abbauen können, oft auch besser hat abbauen können, als man es erwartet hat, aber wir natürlich nun in eine Phase kommen, wo wir - um es einmal platt zu sagen - auf den Dingen sitzen bleiben, die uns einfach keiner abnimmt. Das sind die **Altprobleme**, wenn man so will, die wir jetzt haben.

Ich nenne das Stichwort **Schiffsfinanzierung**: Einige von diesen alten Engagements konnte man natürlich entsprechend verkaufen. Man ist aber nicht

in der Lage, jedes so schnell, wie man es sich natürlich wünschen würde, wieder an den Mann zu bringen. Das ist auch logisch. Je schlechter das Engagement ist, desto schwieriger wird es, das am Markt zu platzieren. Vor dieser Problematik stehen wir gerade. Wir stehen darüber hinaus auch vor der Problematik, dass wir einen **steigenden Dollarkurs** haben. Das führt automatisch rechentechnisch dazu, dass man eine höhere Ziehungswahrscheinlichkeit hat. Ich muss sogar sagen: Wenn sie in der letzten Zeit von 38 % auf 41,4 % gestiegen ist, dann ist das etwas, was mich zwar beunruhigt, wo ich aber sage, dass ich mir die Steigerungsrate noch schlimmer hätte vorstellen können, um es einmal so zu formulieren.

(Zurufe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist einfach wichtig, dieses ganz in Ruhe zu bewerten, weil wir dieses auch im Sinne der Bank zu tun haben.

(Wortmeldung Abgeordneter Tobias Koch [CDU])

- Ich lasse keine Zwischenfragen zu.

Die **Zweitverlustgarantie** beträgt 3,2 Milliarden €. Derzeit sind 235 Millionen € - wenn man so will - in diesem Bereich schon verplant. Das wäre ein Topf, aus dem man zahlen müsste, wo man aber jetzt sieht, dass man noch nicht zahlen muss, weil es eben die Zahlen noch nicht hergeben.

Das Zweite ist: Wenn man Geldzahlungen in einen Haushalt einstellen wollte, könnte man das machen, indem man sagt: Wir planen, die Bank mit einer **Eigenkapitalspritze** zu unterstützen. Das geht aber auch nicht, weil das eine unerlaubte Beihilfe wäre. Konkrete Zahlungen, die man in den Haushalt einstellt, sind derzeit gar nicht leistbar und auch nicht zwingend notwendig. Insofern hat natürlich auch die Finanzministerin damit recht, dass sie keine Handhabe hätte, irgendwelches Geld in den Haushalt einzustellen. Das ist einfach so.

Welche Maßnahmen gibt es, die man jetzt ergreifen muss? - Das eine ist, dass die **Bank** natürlich in einer schwierigen Situation **selbst Maßnahmen ergreifen** muss. Sie muss sich alle Engagements angucken, muss gucken, ob die Bewertungen, die sie jetzt vorgenommen hat, so auch stimmen oder ob man nicht noch umbewerten muss. Es geht aber auch darum, dass man natürlich weiter versuchen muss, die schwierigen Geschäfte entsprechend zu veräußern. Das ist etwas, was die Bank sicherlich auch ständig macht und was sie ständig verfolgt.

(Lars Harms)

Wir müssen uns - das ist so -, wenn die Bewertungen schwieriger werden, ernsthaft darüber Gedanken machen, ob wir den **Garantierahmen erhöhen**, um damit die Eigenkapitalquote zu stärken. Wir wissen: 10 Milliarden € Garantien waren es am Anfang. Jetzt sind es noch 7 Milliarden €, die wir gemeinsam mit den Hamburgern gewähren. Es könnte möglicherweise sein, dass wir in diesem Gap zwischen 7 und 10 Milliarden € tatsächlich wieder aufstocken müssen. Das ist eine politische Entscheidung, vor der wir möglicherweise stehen. Da empfehle ich Ihnen natürlich, dass wir uns jetzt darüber Gedanken machen.

Aber auch diese beiden Maßnahmen - sowohl dass die Bank selbst tätig wird, als auch die Garantiegewährung - haben ebenfalls keine Haushaltsrelevanz. Das sind keine Zahlungen, die wir im Haushalt rückstellen müssen, sondern das sind andere Maßnahmen, die sich auf unseren Haushalt erst einmal noch nicht auswirken. Das heißt, Zahlungen - wenn überhaupt - sind die Ultima Ratio. Das wären dann Zahlungen sowohl an die Bank als auch an den Finanzfonds. Soweit sind wir noch nicht. Deshalb sind wir auch nicht in der Lage - weder technisch noch inhaltlich -, diese Zahlungen irgendwo einzustellen.

Worum geht es eigentlich? - Wir haben möglicherweise von einer **Ratingagentur**, nämlich Moody's, eine schlechtere Bewertung zu erwarten. Fitch beispielsweise hat bisher nichts angekündigt und sagt, dass wir irgendwo im Mittelfeld liegen, so wie es auch Moody's bisher noch bewertet hat.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Das heißt, unsere Aufgabe, wenn es darum geht, dass eine Ratingagentur tatsächlich darüber diskutiert, unsere Bank schlechter zu bewerten, ist, dass wir diese Bank nicht noch schlechterreden, als sie ist. Die Bank hat ihre Aufgaben, die hat sie zu erfüllen. Ich glaube auch, dass man das dort vernünftig verfolgt. Ich würde uns wünschen - obwohl die Debatte, in der wir uns darüber austauschen, sehr wichtig und richtig ist -, dass wir sehr vorsichtig sind mit endgültigen Bewertungen, was den Stand der Bank angeht, damit wir hier nicht in eine Spirale kommen, die wir alle nicht haben wollen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Kollege Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, ob es Naivität oder Unwissenheit ist, was sich hier teilweise verbreitet. Wenn ich die regierungstragenden Fraktionen höre, erinnert mich das fatal an das, was ich auch schon in den Jahren 2006, 2007, 2008 und 2009 gehört habe. Kollege Harms, ich will sagen: Wir haben keine Bank. Die **HSH Nordbank ist nicht unsere Bank**. Das Land Schleswig-Holstein ist kapitalmäßig an einer Bank beteiligt, die im operativen Geschäft weltweit agiert. Die spannende Frage ist überhaupt, ob wir uns von Verfassungen wegen nicht bereits in der Vergangenheit übernommen haben, eine solche Bank zu finanzieren, ob es nicht notwendig gewesen wäre, da rechtzeitig auszustiegen.

(Beifall FDP, PIRATEN und vereinzelt CDU)

Wir haben die Interessen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler hier zu vertreten. Wir sind nicht das Land der HSH Nordbank, sondern wir sind das Land Schleswig-Holstein, das sehr sorgfältig darauf achten muss, dass die Kapitalbeteiligung, die wir unternommen haben, ihren Wert behält. Mittlerweile stellen wir fest: Wir sind schon dramatisch abgewertet.

Die Frage ist, was passiert, wenn eine Bank im operativen Geschäft nicht mehr in der Lage ist, so viel zu erwirtschaften, dass sie ihre eigenen Kosten decken kann. Dann kann man sagen: Ihr **Geschäftsmodell** funktioniert nicht.

(Beifall FDP, PIRATEN und vereinzelt CDU)

Ich sage Ihnen einmal, was uns passieren wird. Wenn die HSH Nordbank bis 2014 nicht nachweist, dass ihr Geschäftsmodell funktioniert, dass sie tatsächlich Neukundengeschäft in Schleswig-Holstein und Hamburg attrahiert, dann wird die **Sanierungsbeihilfe**, die die **EU-Kommission** genehmigt hat, schlicht und ergreifend dazu führen, dass sie uns die Auflage erteilen wird - wie dem Land Nordrhein-Westfalen -, die HSH Nordbank abzuwickeln, weil die Sanierungsbeihilfe nach Europarecht nur zulässig ist, wenn sichergestellt ist, dass die Bank irgendwann auf eigenen Füßen stehen kann.

Wenn ich jetzt höre und lese, dass die Bank in dem **Kerngeschäft** - da, wo sie glaubt, dass sie besonde-

(Wolfgang Kubicki)

re Kompetenz besitzt und Weltmarktführer ist - die nächsten 14, 18 oder 20 Monate mit keinen Erträgen sondern **weiteren Verlusten** rechnet, wenn ich jetzt lese, dass die Bank selbst davon ausgeht, dass über die Garantie, die sie belegt hat, hinaus unter Umständen von den Anteilseignern Zahlungen fällig werden, dann müssen wir das doch jetzt diskutieren, und zwar nicht politisch, Kollege Harms. Wir reden nicht über 100 Millionen €, um die es nachher geht, sondern wir reden über zehnstellige Beträge, über Milliardenbeträge, die auf das Land Schleswig-Holstein zulaufen können. Die spannende Frage ist doch, was wir jetzt gemeinsam unternehmen können, um dieses Risiko für das Land Schleswig-Holstein zu minimieren.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Wenn ich dann einen Sozialdemokraten höre, der sich hinstellt und sagt: Ich bin hier völlig neu, und weil ich neu bin, interessiert mich nicht, was früher war, ich muss auch keine Lernkonsequenzen ziehen! Die Aussage, dass es **alternativlos** gewesen ist, was **2009** entschieden worden ist, stimmt schlicht und ergreifend nicht.

(Beifall FDP)

Wir haben lange darüber diskutiert, ob der SoFFin nicht einsteigen soll. Selbst Sozialdemokraten dieses Hauses haben diese Überlegung angestellt. Der künftige Kanzlerkandidat der SPD, Peer Steinbrück, weiß bis heute nicht, warum die HSH Nordbank nicht unter den **SoFFin** geschlüpft ist und damit die Eigenkapitalprobleme gelöst hätte, vor denen wir stehen. Das weiß er nicht.

(Beifall FDP)

Noch einmal: Es geht hier nicht darum, dass wir uns wechselseitig Schuld zuweisen, sondern es geht darum, dass wir ein Risiko analysieren und uns die Frage stellen: Wie können wir dem wirksam begegnen.

Die Behauptung, man könne im **Haushalt** keine **Vorsorge** treffen, ist schlicht und ergreifend Unsinn. Ich will das kurz erklären. Wenn die Finanzministerin so etwas sagt, dann - es tut mir leid - weiß sie nicht, wovon sie redet. Wir haben im jetzigen Haushalt unter dem Beteiligungsfonds für Seed-and-Start-up-Finanzierungen 570.000 € für mögliche Ausfallrisiken eingestellt, die die IB-Bank bei der Analysierung der Garantien, die sie herausgegeben hat, berechnet hat. Selbstverständlich kann man Vorsorge treffen. Wir erwarten ja nicht, dass 853 Millionen € eingestellt werden.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie viel denn?)

- Frau von Kalben, ich kann ganz ruhig bleiben, weil wir den Haushalt erst im Januar 2013 verabschieden. - Ich kann Ihnen sagen, die Geschwindigkeit, mit der die **Risiken** bei der HSH Nordbank **wachsen**, ist **exponentiell**. Wir werden uns im Januar 2013 mit einer Situation beschäftigen müssen, die Sie momentan noch gar nicht ahnen. Die Bitte, nicht komplett die Schuldengrenze auszureizen, die besteht. Darauf kann man eingehen oder nicht eingehen. Noch einmal: Wir warten die weiteren Beratungen ab. Ich kann nur sagen, die regierungstragenden Fraktionen - zumindest nach einigen der Beiträge, die ich heute gehört habe - verhalten sich nicht so, wie ich das vermutet hätte, nämlich verantwortungsbewusst. Das können wir im Ausschuss noch weiter erörtern.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Tobias Koch von der CDU-Fraktion das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Äußerungen des Kollegen Harms sind der beste Beleg dafür, dass mangelhafte Kontrolle eine Ursache für die Probleme der HSH Nordbank ist. Sie sagten, den **Anstieg** der **Wahrscheinlichkeit** von 38,6 % auf 41,4 % fänden Sie gar nicht so dramatisch.

(Lars Harms [SSW]: Das habe ich nicht gesagt!)

Nun gehören Sie doch selber - -

(Lars Harms [SSW]: Das kotzt mich an, so was!)

- Ich bin gern bereit, das Zitat zu korrigieren. Ich habe vernommen, den Anstieg von 38,6 % auf 41,4 % fänden Sie nicht dramatisch.

(Lars Harms [SSW]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Was haben Sie denn gesagt?

(Lars Harms [SSW]: Ich hab gesagt, ich hätte es mir noch dramatischer vorstellen können!)

- Sie hätten es sich noch dramatischer vorstellen können. Einigen wir uns auf diese Formulierung:

(Tobias Koch)

Sie hätten es sich noch dramatischer vorstellen können.

(Zurufe SPD: Zuhören!)

Sie gehören dem Beteiligungsausschuss an, Kollege Harms, und wissen dann auch, wie hoch diese Wahrscheinlichkeit zum 31. Dezember 2011 war. Ich sagte Ihnen vorher schon: Wenn sich das mit dem gleichen Tempo weiterentwickelt, werden wir Ende dieses Jahres die 50-%-Marke überschritten haben. Nun können Sie sich mit einem Dreisatz leicht ausrechnen, wo wir noch vor sechs Monaten gewesen sind. Der Anstieg in den letzten sechs Monaten ist dramatisch.

Herr Kollege Andresen, Sie gehen teilweise etwas leichtfertig mit Begriffen wie „Polemik“ und „plumper Angriff“ um. Wenn wir uns anscheinend in der Analyse einig sind, was die dramatische Situation anbelangt, dann erstaunt das umso mehr. Wir haben im **Beteiligungsausschuss** die Debatten geführt. Die Regierung hatte die Chance, im Beteiligungsausschuss mit uns über Lösungen zu diskutieren. Alles, was wir bisher vernommen haben, ist ein Abblocken, ein Beschönigen, ein Nichthandeln. „Handlungsbedarf besteht nicht“, sagt die Regierung: „Es gibt keine Auswirkungen auf den Haushalt, es wird nichts an den Planungen für den Haushalt 2013 geändert.“

Wenn die heutige Debatte dazu führt, dass wir zu einer konstruktiven Diskussion im Finanzausschuss kommen, dann hat diese Debatte schon viel erreicht. Denn bislang war die Regierung hierzu nicht bereit. Dann von Polemik und plumpen Angriffen zu sprechen - Sie sollten etwas an Ihrer Wortwahl feilen.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bei allem Verständnis für sehr erregte Debatten, Herr Kollege Harms - Sie haben es selber gemerkt -, haben Sie gerade Worte gewählt, die etwas über das Ziel hinausschießen und auf jeden Fall unparlamentarisch sind.

Wir setzen die Debatte fort. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Stegner zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die **Lage der HSH Nordbank** ist nicht etwas, was uns erst kurzfristig beschäftigt. Wir standen schon

häufiger in äußerst schwierigen Situationen, was die Fragen von Debatten hier im Parlament angeht. Das eine ist, konstruktiv miteinander umzugehen, wenn die Situation es erfordert, diese schwierige Verantwortung wahrzunehmen. Das haben wir in der Vergangenheit meistens geschafft.

Das andere ist, darauf zu achten, dass die **Debatte im Parlament** selbst nicht dazu beiträgt, die Situation noch schwieriger zu machen, als sie ist. Damit meine ich, um das klar zu sagen: Es verbietet sich sowohl der Blick durch die rosarote Brille - die übrigens auch keiner aufhat, wenn ich das richtig sehe, und die Finanzministerin schon gar nicht -, es verbietet sich aber auch, eine Rhetorik anzuwenden, die den Eindruck erweckt, als könnten Kassandrurufe hier im Parlament irgendeinen nützlichen Beitrag leisten.

Im Laufe vieler Jahre habe ich gelernt, dass sehr wohl - die Rolle von **Ratingagenturen** ist mir weiß Gott unsympathisch - die Art und Weise, wie sich **Anteilseigner** in öffentlicher Debatte **selbst einlassen**, gehört und gewogen wird. Alles, was dazu beiträgt, besonders kräftige Worte zu wählen und besonders düstere Szenarien zu zeichnen, enthält das kleine Problem in sich, dass es die Wahrscheinlichkeit, dass die Szenarien Wirklichkeit werden, vergrößert.

(Beifall SPD)

Weil das so ist - missverstehen Sie das nicht, ich bin nicht hier, um etwas zu beschönigen; die Sorgen, das ist gar keine Frage, haben wir alle, was übrigens auch geboten ist - -

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordnetenkollegen Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege, glauben Sie ernsthaft, dass die Kenntnislage der **Ratingagenturen** durch Debattenbeiträge im Schleswig-Holsteinischen Landtag verbessert wird? Ich will damit nur sagen: Die Ratingagenturen wissen selbst, wie die Situation der HSH Nordbank aussieht - vermutlich besser als wir hier.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Kollege Kubicki, was ich eben gesagt habe, und zwar sehr präzise ausgeführt, ist, dass Ratingagenturen darauf achten, wie sich Vertreter des Anteilseigners - ein Anteilseigner ist das Land Schleswig-Holstein - selbst in der Öffentlichkeit äußern. Das tun wir im Landtag. Darauf bezogen sich meine Hinweise.

Es ist mitnichten so, dass die Auseinandersetzung in der Debatte um die Frage geht, ob der eine rosarot sieht und der andere nicht und der eine Vorsorge treffen will oder nicht, sondern mir geht es ausschließlich darum, wo man **wie über die Lage redet**. Ich habe überhaupt nicht den Eindruck, dass die Frau Finanzministerin in irgendeiner Weise sozusagen Dinge beschönigt oder nicht das tut, was ihre Aufgabe ist.

Nur wir als **Parlament** - völlig egal, ob wir in der Regierung oder Opposition sitzen - sind gefordert. Darauf weise ich hin. Das ist unser Ziel. Mir ist sehr daran gelegen, dass wir versuchen, das in **gemeinsamer Verantwortung** zu tun. Der Kollege Lars Winter hat vorhin bewusst zitiert, was wir gemeinschaftlich - das sage ich insbesondere den Kolleginnen und Kollegen der CDU - in schwieriger Zeit mit eigenem Rechtsgutachten, das wir gemacht haben, getan haben. Das war mit einer der schwierigsten Entscheidungen, die dieser Landtag je zu treffen hatte - bei dieser Größenordnung. Deshalb haben wir eine besondere Verantwortung.

Ich kann nur sagen: Mein Vertrauen, das Vertrauen meiner Fraktion gegenüber der Landesregierung, insbesondere der Finanzministerin, ist außerordentlich groß. Ich bin ganz sicher, dass sie mit Kompetenz und den notwendigen Maßnahmen, auch mit der notwendigen Informationspolitik in den dafür vorgesehenen Gremien, all das tut, was notwendig ist.

Wir haben übrigens gemeinschaftlich mit dem Anteilseigner Hamburg zu tun. Meine Bitte ist also, dass wir weniger versuchen, uns in parteipolitischen Tagesgewinnen auseinanderzusetzen, sondern eher versuchen

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Außer Lars Harms!)

- na ja, das eine oder andere Wort ergibt sich -, dieser Verantwortung miteinander gerecht zu werden. Wenn solche Dinge eintreten, wie sie beschworen werden, haben wir alle hier nichts zu lachen, und zwar weder die Regierung noch die Opposition.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist wohl wahr!)

Deswegen bitte ich sehr darum - ich war auch schon in der Opposition und verstehe, dass man manchmal verlockt ist, das zu tun -, dass wir unsere Verantwortung in dem Sinne wahrnehmen.

Noch einmal: Beschönigt wird nichts. Informiert werden soll über alles. Dafür haben wir Gremien. Unserer Verantwortung werden wir gerecht. Wir werden auch im Januar 2013, wenn wir den Haushalt hier verabschieden, auf der Basis der uns dann zur Verfügung stehenden Informationen das zu tun haben, was angemessen und richtig ist. Da wird sich die SPD-Fraktion, da werden sich die Koalitionsfraktionen nicht verweigern, und - da bin ich zuversichtlich - Sie von CDU und FDP auch nicht. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich das Wort - -

(Wortmeldung des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Herr Kollege, möchten Sie jetzt sprechen, bevor die Landesregierung spricht?

(Lars Harms [SSW]: Ja! Es dauert auch nicht lange!)

- Alles klar. Dann erteile ich zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag Lars Harms vom SSW das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe gerade eben versucht, deutlich zu machen, warum ein **Haushaltstitel**, wenn man ihn denn so nennen will, derzeit nicht eingerichtet werden kann. Ich gehe noch einmal auf das ein, was im Dringlichkeitsantrag der FDP steht. Dort fordert man unter dem ersten Spiegelstrich die **Abbildung** der erwarteten **Zahlungsverpflichtungen** für Schleswig-Holstein im Haushalt. Ich will deutlich machen, dass das derzeit technisch und inhaltlich nicht machbar und auch nicht zielführend ist.

Lieber Kollege Kubicki, dass wir uns darin einig sind, dass es vielleicht besser gewesen wäre, wenn wir die Bank oder unsere Anteile an der Bank frühzeitig hätten verkaufen können, sollen oder auch wollen, ist völlig klar. Ich möchte dabei allerdings auch sagen, dass die **Gewährträgerhaftung** dann trotzdem gegolten hätten. Wir wären also heute immer noch mit im Boot. Ich weise darauf hin, dass

(Lars Harms)

wir derzeit über 30 Milliarden € Gewährträgerhaftung haben. Also, so ganz raus wären wir selbst dann nicht gewesen.

Es ging mir aber um etwas anderes. Sie haben gerade eben noch einmal einen **Kompromissweg** deutlich gemacht. Das will ich gern aufgreifen. Sie haben gesagt: Leute, reizt die **Schuldenbremse** nicht aus! Das haben Sie so gesagt. - Richtig, das wollen wir auch nicht. Bei der Vorstellung der Haushaltseckwerte hat die Finanzministerin deutlich gemacht, dass wir nur die Landesmethode anwenden. Das bedeutet automatisch, zu dem, was eigentlich mit dem Bund vereinbart worden ist, besteht ein großes Gap. Das bezieht sich auf mehrere Jahre, insofern werden damit auch Ihre Forderungen erfüllt.

Nach meiner Auffassung bleibt nur noch übrig zu sagen, dass die beste Vorsorge für unsere Bank, neben dem, was wir ohnehin schon tun, ist, dass wir die Bank nicht schlechtreden, sondern jetzt versuchen, die Bank so gut wie möglich zu unterstützen, in dem Neustrukturierungskonzept beziehungsweise in den Aufgaben, die sie hat. Ansonsten tun wir als Land Schleswig-Holstein schon alles, was wir können. Ich habe ebenso wie mein Vorredner Ralf Stegner großes Vertrauen zur Landesregierung, dass wir auch diese Krise meistern werden. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun hat die Landesregierung das Wort. Es spricht die Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Land ist gegenüber der Bank Aktionär, Gewährträger, Garantiegeber und Kapitalgeber. Als Aktionär der Bank haftet das Land mit seiner Einlage. Als einer der Gewährträger stehen wir gesamtschuldnerisch für Verbindlichkeiten ein, die die Bank bis 2005 eingegangen ist. Aktuell sind es noch 35 Milliarden €, bis Ende 2015 sinkt die Gewährträgerhaftung auf 3 Milliarden €.

Garantiegeber sind wir aufgrund der sogenannten Sunrise-Garantie, die beide Länder der Bank 2009 als Stabilisierungsmaßnahme gegeben haben. Schleswig-Holstein und Hamburg haften zu je 50 % für Zweitverluste der Bank aus einem fest definierten Teil ihres Portfolios. Für die Garantie in Höhe von noch 7 Milliarden € und für eine Kapitalzufuhr

in Höhe von 3 Milliarden € hat das Land 2009 zusammen mit Hamburg eine Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet, die **FinFo**. Wenn diese Anstalt irgendwann ihren Zweck als Garantieverwalterin erfüllt hat und aufgelöst wird, gehen ihr Vermögen, aber vor allem ihre Verbindlichkeiten zu gleichen Teilen auf die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein über. So viel zur Faktenlage.

Meine Damen und Herren, viele von Ihnen wissen, dass ich **2009** zu den Kritikern der Rettungskonstruktion für die HSH Nordbank gehört habe. Ich hatte Zweifel am **Geschäftsmodell** und daran, dass Schleswig-Holstein die Rettung der Bank ohne **Hilfe des Bundes** schultern kann. Heute aber ist diese damals beschlossene Rettungsmaßnahme Fakt. Schleswig-Holstein muss und wird der damals gemeinsam mit Hamburg übernommenen Verantwortung gerecht werden.

Dazu gehört auch die Frage, ob, wann und in welcher Höhe **Vorsorge** im Haushalt 2013 beziehungsweise in der Finanzplanung getroffen werden muss. In den letzten Jahren wurde diese Vorsorge nicht getroffen, obwohl die Ziehungswahrscheinlichkeit schon beim Abschluss des Rettungspaketes, im Jahr 2009, bei 39,6 % lag.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Sie wurde nicht getroffen, weil sie nicht getroffen werden durfte. Denn die **Landeshaushaltsordnung** schreibt vor, dass der Haushaltsplan alle voraussichtlich zu leistenden Ausgaben enthalten muss. Demnach dürfen Haushaltsmittel nur veranschlagt werden, wenn zu erwarten ist, dass die Mittel in dem betreffenden Haushaltsjahr tatsächlich in Anspruch genommen, sprich benötigt, werden - so die Landeshaushaltsordnung. Und auch in die **mittelfristige Finanzplanung** kann nur aufgenommen werden, was sich nachvollziehbar als künftige Zahlungsverpflichtung des Landes kalkulieren lässt. Das aber kann heute keiner von uns seriös beantworten.

Ob überhaupt, wann und wenn ja in welcher Höhe Risikovorsorge notwendig ist, wird sich erst in Zukunft zeigen. Bisher sind sich nur CDU und FDP sicher, dass bereits für 2013 eine Risikovorsorge fällig ist. Ich bin gespannt, in welcher Höhe und mit welcher rechtlichen Begründung Sie dementsprechende Haushaltsanträge stellen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Ministerin Monika Heinold)

Herr Abgeordneter Koch, eines ehrt Sie. Sie haben 2009 dem Rettungspaket zugestimmt. Und Sie sind heute bereit, dafür Verantwortung zu übernehmen, indem Sie eine Risikovorsorge für den Haushalt fordern und mit Sicherheit per Haushaltsantrag dokumentieren werden. Hut ab vor dieser Verantwortung.

Meine Damen und Herren, in der Öffentlichkeit wird das **Risiko** der gestiegenen **Ziehungswahrscheinlichkeit** diskutiert. Seit 2009 ist sie von 39,6 % auf 41,4 % gestiegen, und es gibt die Sorge, dass sie auf über 50 % steigen wird. Was aber würde dann passieren? Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Garantie der Länder real in Anspruch genommen wird - und sei es nur mit einem Euro?

Um dieses einschätzen zu können, muss man sich die **Zahlen** anschauen. Die ersten Verluste auf das abgeschirmte Portfolio trägt die Bank selbst, die sogenannte Erstverlusttranche von 3,2 Milliarden €. Davon sind inzwischen 2 Milliarden € bilanziell ausgenutzt. Dies bedeutet: keine Zahlung. Wichtig ist: Die tatsächlichen Zahlungsausfälle betragen bisher erst 233 Millionen €.

(Wortmeldung Abgeordneter Tobias Koch [CDU])

- Ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Erst wenn die 3,2 Milliarden € Selbstbehalt der Bank ausgeschöpft sind, wenn also der Puffer aufgebraucht ist, und dann weitere Verluste abgerechnet werden, erst dann können überhaupt Zahlungen aus der Garantie anfallen. Und dazu gibt es auch eine **Reihenfolge**: erst die FinFo - also unsere Anstalt -, und wenn diese nicht mehr zahlen kann, erst dann würden Zahlungen aus dem Landeshaushalt erfolgen müssen. Das kann heute noch niemand seriös vorhersehen.

Meine Damen und Herren, sowohl die Landesregierung als auch die Bank haben ein extrem hohes Interesse daran, dass dieses Szenario nicht eintritt. Ich habe mich vorhin ein bisschen gewundert, an welchen Stellen geklatscht wurde.

Ja, wir wissen, dass die übernommene Verantwortung für die Bank gravierende Risiken für das Landesvermögen beinhaltet. Glauben Sie mir, eine rosarote Brille ist mir fremd. Aber diese Erkenntnis des Risikos ist nicht neu. Und Risiken lösen sich nicht in Luft auf, indem wir sie als Haushaltsrisiko in den Landeshaushalt einpreisen. Es gibt zurzeit keine **seriöse Grundlage**, um im Sinne von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit eine **Risiko-**

vorsorge in den **Haushalt 2013** aufzunehmen. Die Landesregierung macht keine Haushaltspolitik mit Schätzeisen und Glaskugel.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie macht gar keine Haushaltspolitik!)

Meine Damen und Herren, nicht die Debatte um mögliche Haushaltsvorsorge macht mir Sorge, sondern die **reale Situation der Bank**. Die Bank ist mitten in einem schwierigen Umstrukturierungsprozess. Ihr neues Geschäftsmodell muss sich erst noch am Markt etablieren und ist im ersten Halbjahr hinter den Planzahlen zurückgeblieben. Die Bank kämpft vor allem mit den Risiken aus ihrem Altgeschäft. Und sie ist zusätzlich mit den Herausforderungen der Schifffahrtskrise und dem starken US-Dollar konfrontiert. Die Kernkapitalquote hat zur Halbjahresbilanz 2012 nur noch mit Hilfe eines sogenannten Besserungsscheins aus der Ländergarantie die 10%-Marke erreicht. Die Bank selbst hat am 30. Juni 2012 öffentlich erklärt, sie könne nicht ausschließen, dass in der Zukunft tatsächliche Zahlungsausfälle anfallen, die den Selbstbehalt von 3,2 Milliarden € der Bank übersteigen und dazu führen könnten, dass sie die Zweitverlustgarantie in Anspruch nehmen müsse. Die Bank geht also sehr offen damit um, wie angespannt die Lage ist

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das muss sie als Aktiengesellschaft auch!)

- richtig, Herr Kubicki, das muss sie auch -, und sie prüft Möglichkeiten, um die Risikoaktiva zu entlasten und das Kapital zu stärken. Die Landesregierung steht mit der Bank und mit dem Hauptmitigentümer Hamburg in einem engen Dialog.

Wir haben und wir werden den **Beteiligungsausschuss** des Landtages regelmäßig **informieren** - das will ich ausdrücklich sagen - in guter Tradition auch zum letzten Jahr, wo Frau Dr. Zieschang auf Staatssekretärscherebene - das war völlig in Ordnung - sehr gut gezeigt hat, wie ein Beteiligungsausschuss gut informiert werden kann. Wenn der Finanzausschuss es wünscht, werden wir selbstverständlich auch im Finanzausschuss berichten und die Lage darstellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, sollte uns die Bank Vorschläge für Unterstützungsmaßnahmen machen, werden wir diese mit internem Sachverstand und mit externen Beratern prüfen.

Niemand kann für die Zukunft ausschließen, dass die HSH Nordbank um weitere staatliche Unterstüt-

(Ministerin Monika Heinold)

zung ersuchen wird. Und jeder weiß, dass dann eine neue beihilferechtliche Genehmigung der EU erforderlich wäre.

Meine Damen und Herren, das Land steht zu seiner **Verantwortung** für die **HSH Nordbank**. Dieses werden wir gegenüber der Bank und auch gegenüber den Ratingagenturen dokumentieren. Oberstes Ziel ist der Schutz unseres Landesvermögens, des Vermögens der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Wir beschönigen die Lage nicht, aber wir beschwören die Risiken auch nicht herauf, indem wir die Bank schlechtreden.

Die **finanzielle Zukunft des Landes** ist eng an den Erfolg der Bank gekoppelt. Dementsprechend sensibel wird die Landesregierung vorgehen. Sollte es zukünftig notwendig werden, Verluste der Bank in den Landeshaushalt zu überführen, oder Vorsorge zu treffen, werden wir selbstverständlich auch dieses tun. Wünschen oder gar heraufbeschwören sollten wir diese Situation aber nicht.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um gut 4 Minuten überzogen. Diese Zeit stünde nun allen Fraktionen ebenfalls zur Verfügung. - Ich sehe aber, dass das offensichtlich nicht gewünscht wird. Deshalb komme ich zur Abstimmung.

Es ist beantragt worden, die Drucksache 18/223 dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist dieses einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, begrüßen Sie mit mir eine weitere Gruppe der Gemeinschaftsschule Probstei, Schönberg, oben auf der Tribüne. - Herzlichen willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 43 auf:

Zusätzliche Stelleneinsparungen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/204 (neu)

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieses einstimmig so beschlossen. Ich erteile das Wort für die Landesregierung der Frau Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Regierungskoalition hat die Stärkung der **Bildung** zu ihrem zentralen **Schwerpunkt** gemacht. Das, was wir mehr in den Bereich Bildung hineingeben, müssen wir an anderer Stelle wieder einsparen. Wir alle, meine Ministerkolleginnen und -kollegen und ich, sind dazu bereit.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU, die Landesregierung fragen, was Solidarität bedeutet, so gebe ich Ihnen unsere Antwort. Solidarität heißt für uns, ein gemeinsames Ziel zu haben, zu dem jede und jeder einen Beitrag leistet.

Wenn Bildung und Finanzen zusammentreffen, reden wir häufig von der **demografischen Rendite**. Das bedeutet: Weil weniger Kinder in die Schule gehen, brauchen wir weniger Lehrer und Lehrerinnen. Also können wir Geld sparen.

Die alte Landesregierung wollte diese demografische Rendite bei den Schulen voll abschöpfen. Die neue Regierung hält das für falsch. Wir wollen die Hälfte der Rendite im Bildungssystem belassen, teils durch Stellen, teils durch Geld statt Stellen, um damit die Bildungsqualität zu verbessern. In einem ersten Schritt geben wir den Schulen zum nächsten Schulhalbjahr 300 **Lehrerstellen** zurück, die Schwarz-Gelb gestrichen hatte. Außerdem nehmen wir die von CDU und FDP zusätzlich geplante Kürzung von insgesamt 72 weiteren Stellen zurück. Das ergibt rein rechnerisch 372 Stellen, die wir in den anderen Ressorts einsparen müssen.

Nun fällt nach aktuellen statistischen Daten die demografische Rendite deutlich höher aus als bisher eingeplant. Deshalb müssen wir keine 372 Stellen über die Ressorts hinweg einsparen, sondern können die Einsparvorgaben auf 191 Stellen abfedern. 191 Stellen sind die eine Hälfte der Summe, die von den Ressorts zusätzlich solidarisch eingespart werden müssen. Die zweite Hälfte ist eine schwarzgelbe Altlast.

Die alte Landesregierung hat dem **Stabilitätsrat** den **Abbau** von 10 % des gesamten **Personals** ge-

(Ministerin Monika Heinold)

meldet; real eingeplant hat sie aber nur 9,6 %, also 197 Stellen, die CDU und FDP nach Berlin gemeldet hatten. Hier in Kiel hatte sie aber nicht die Traute, diesen Stellenabbau konkret darzustellen, 197 Stellen, die jetzt zusätzlich verteilt werden müssen, um das 10-%-Ziel beim Abbaupfad einzuhalten.

Meine Damen und Herren, das ist viel Arbeit für die Landesregierung und gleichzeitig eine große Herausforderung für die Opposition; denn ich erwarte, dass sich CDU und FDP mit konkreten und konstruktiven Vorschlägen am **Stellenabbau** beteiligen. Es ist Ihre Altlast, meine Damen und Herren von CDU und FDP, für bisher 197 gemeldete, aber nicht aufgelöste Stellen eine Lösung zu finden. Da das Ziel der Landesregierung, 300 neue Stellen in den Schulen zu schaffen, inzwischen doch auch von Ihnen geteilt wird - so zumindest Ihr Abstimmungsverhalten zum Nachtragshaushalt in der letzten Landtagstagung -, stehen Sie auch hier mit in der Pflicht, gemeinsam mit uns eine Kompensation an anderer Stelle zu suchen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Gerne.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Koch, Sie haben das Wort.

Tobias Koch [CDU]: Frau Ministerin, Sie haben gerade trotz meiner wiederholten Hinweise Ihre Interpretation unseres Abstimmungsverhaltens bei der letzten Landtagstagung wiederholt. Würden Sie denn das Abstimmungsverhalten der Regierungsfractionen zum Antrag der FDP zum Nachtragshaushalt auch so interpretieren, dass die Regierungsfractionen die 300 Lehrerstellen abgelehnt haben?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Es gab zwei Möglichkeiten, die diskutiert worden sind. Die eine Möglichkeit bestand darin, per Nachtragshaushalt 300 Stellen zu schaffen, die andere Möglichkeit war, mit dem Haushalt ohne Nachtrag 300 Stellen zu schaffen. Diese Seite hat sich für die zweite Variante entschieden, und Sie haben für die erste Variante gestimmt. Wenn man für eine Vari-

ante stimmt, muss man immer davon ausgehen, dass es auch einmal die Mehrheit dafür geben könnte. Dann hätte man die 300 Stellen gehabt. Dass Sie die Verantwortung dafür jetzt nicht tragen wollen, weil jetzt der zweite, unangenehme Teil folgt, das kann ich gut nachvollziehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, mit dem **Eckwertbeschluss** zum Haushalt 2013 zur mittelfristigen Finanzplanung habe ich dem Kabinett einen Vorschlag gemacht, wie zumindest die erste Hälfte der zusätzlich einzusparenden Stellen auf die einzelnen Ministerien verteilt werden könnte. Die Zahlen für alle Ressorts sind aus den Medieninformationen zu entnehmen. Da Sie in Ihrem Bericht nach Justiz und Innen noch einmal explizit gefragt haben, sage ich: Ich habe vorgeschlagen, dass das Innenministerium 75 Stellen erbringt und das Justizministerium 47. Das Kabinett hat dieses als Planungsstand zur Kenntnis genommen.

Jetzt ist die Staatskanzlei mit ihrem zentralen Personalmanagement am Zug, anhand von Aufgabenkritik und Schwerpunktsetzung in den nächsten Monaten einen Vorschlag für den gesamten Stellenabbaupfad bis 2020 zu erarbeiten.

Relevant sind die neuen Zahlen aber erst ab 2014, denn 2013 wird es noch keine Umlage auf andere Ressorts geben. Hier gelten die ursprünglich geplanten Pfade. Das haben wir im Sinne der Planungssicherheit für die Ressorts so entschieden.

Meine Damen und Herren, der zehnpromzentige Stellenabbau ist keine Wohlfühlveranstaltung, sondern erfordert den mühsamen Prozess, praktikable und umsetzbare Vorschläge zu erarbeiten, um Aufgabenabbau und Stellenabbaupfad in Übereinstimmung zu bringen.

Herr Koch, Sie wollten einen Bericht haben. Und, was habe ich gesagt?

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich wiederhole: Der zehnpromzentige **Stellenabbau** - dieser Satz scheint mir wichtig zu sein - ist keine Wohlfühlveranstaltung, sondern er erfordert den mühsamen Prozess, praktikable und umsetzbare Vorschläge zu erarbeiten, um Aufgabenabbau und Stellenabbaupfad in Übereinstimmung zu bringen. Dafür nimmt sich diese Landesregierung Zeit - selbstbewusst und zielorientiert. Jeder, der aktiv und konstruktiv mitarbeiten möchte, ist herzlich willkommen.

(Ministerin Monika Heinold)

Das Konzept der Landesregierung ist noch nicht fertig. Das wird Sie nicht zufriedenstellen. Aber gerade bei einer solch sensiblen Frage wie dem Personalabbau gilt für die Landesregierung Gründlichkeit statt Schnellschuss. Seien Sie sich sicher: Die Auflösung folgt; denn wir stehen zum Konsolidierungskurs, und der beinhaltet den zehnpromzentigen Abbau aller Stellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank für den Bericht, auch wenn er uns noch nicht viel schlauer gemacht hat als bisher. Weitere 190 Stellen sollen solidarisch von allen Ministerien abgebaut werden, um damit die zusätzlichen **Lehrerstellen** auszugleichen. Das klingt auf den ersten Blick finanzpolitisch solide.

Die eigentliche Meldung an dieser Aussage ist jedoch eine andere: Entgegen allen vollmundigen Ankündigungen von 700 und mehr Lehrerstellen - so nachzulesen in der Pressemitteilung der Bildungsministerin Waldtraud Wende zum Frühjahrauftakt - rückt die Landesregierung von diesem selbsterklärten Ziel ab. Statt 3.916 Lehrerstellen sollen jetzt bis zum Jahr 2020 3.706 Lehrerstellen abgebaut werden und damit nur 190 Stellen weniger als bislang vorgesehen. 190 ist jetzt Ihre Marke.

Wenn Sie im kommenden Jahr zunächst 300 Lehrerstellen zusätzlich schaffen, am Ende jedoch nur 190 Stellen 2020 übrig bleiben, dann bedeutet das nach Adam Riese nichts anderes, als dass Sie ab 2014 sogar mehr Lehrerstellen abbauen werden als von CDU und FDP vorgesehen.

Aber nicht nur bei den Lehrerstellen klafft zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine große Lücke bei Ihnen, sondern die Augenwischerei geht auch bei den **solidarischen Stelleneinsparungen** aller Ministerien weiter. Da werden dem Innenministerium einfach einmal 75 Stellen für Betreuung aufgebürdet, dem Justizministerium 47 und dem Finanzministerium 41. Wie leicht lassen sich solche Zahlen in einer Excel-Tabelle hin- und herschieben! Aber bislang fehlt - das haben Sie gerade einge-

räumt - auch nur der Ansatz von einem **Konzept**, wie das tatsächlich umgesetzt werden soll.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nach drei Monaten!)

- Ja, ich komme noch dazu, Herr Kollege Andresen. Auf genau diesen Punkt gehe ich noch ein.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da freue ich mich!)

Das einzig Neue, was wir bislang von Ihnen gehört haben, ist, dass die **Schließung der JVA Flensburg** und die damit verbundenen Personaleinsparungen von der Dänen-Ampel nicht weiterverfolgt werden. Man kann gespannt sein, wie Ministerin Spoorendonk die Stelleneinsparungen ihres Hauses an anderer Stelle vollziehen will, wenn jetzt sogar noch einmal 47 Stellen dazukommen.

(Beifall CDU und FDP)

Schon die Vorgaben der alten Landesregierung waren äußerst ambitioniert, und gerade in den sensiblen Bereichen von Polizei, Justiz und Steuerverwaltung waren sie schwer genug in der Umsetzung.

(Beifall CDU und FDP)

Jetzt wird einfach noch einmal obendrauf gesattelt und man hat nicht den geringsten Schimmer davon, wie das gelingen soll.

Das war vermutlich auch der Grund dafür, weshalb diese **geänderte Personalabbauplanung** vom Kabinett gar nicht beschlossen, sondern lediglich zur Kenntnis genommen worden ist. Das hatten Sie sich sicherlich anders vorgestellt, Frau Ministerin. Da scheint es mit der Solidarität doch nicht ganz so weit her zu sein. Ich fürchte, es stehen Ihnen noch ganz harte **Nachverhandlungen** mit den einzelnen Häusern ins Haus.

Im Grunde zeichnen sich jetzt zwei Möglichkeiten ab, die allerdings gleichermaßen schlecht sind. Entweder sind diese zusätzlichen Stellenstreichungen bei Polizei, Justiz und Steuerverwaltung reine Luftbuchungen, die die jetzt vorgesehenen zusätzlichen Lehrerstellen optisch erst einmal ausgleichen sollen. Dann wird die Landesregierung in ein paar Jahren kleinlaut einräumen müssen, dass es leider nicht gelungen ist, die Stelleneinsparungen an anderer Stelle zu realisieren. Das wäre dann allerdings katastrophal für den Landeshaushalt. Denn damit wäre der Konsolidierungspfad nicht eingehalten und die Schuldenbremse verletzt.

Die andere Möglichkeit besteht darin, dass die Finanzministerin die Personalbudgets der Ministerien

(Tobias Koch)

einfach entsprechend kürzt, um den Personalabbau auf diesem Weg durchzusetzen. In diesem Fall ist jedoch zu befürchten, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die eigentlich Leidtragenden sind, zum Beispiel, indem frei werdende Stellen nach einem längeren Zeitraum nicht nachbesetzt werden und die vorhandenen Mitarbeiter das in Form von Mehrarbeit ausbaden müssen oder indem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Beförderungen verzichten müssen, weil auch dafür dann kein Platz mehr in den gekürzten Personalbudgets ist.

Schon jetzt ist zu hören, dass die Landesregierung ernsthaft überlegt hat, den turnusgemäßen Beförderungstermin bei der Polizei zum 1. Januar 2013 ausfallen zu lassen. Hört, hört!

Meine Damen und Herren, das sind genau die Befürchtungen und Sorgen, die bereits jetzt von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und von den Gewerkschaften getragen werden. Mit ihrer Ankündigung hat die Landesregierung für erhebliche Verunsicherung bei Polizei, Justiz und Steuerverwaltung gesorgt.

Jetzt zu Ihnen, Herr Andresen, und zu dem kurzen Zeitraum, den Sie zur Verfügung haben.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Bevor Sie zusätzliche Lehrerstellen schaffen und damit den Landeshaushalt für die nächsten Jahrzehnte strukturell belasten, hätten Sie zunächst einmal Ihre eigenen Hausaufgaben machen und ermitteln sollen, auf welchem Weg und wie Sie **zusätzliche Stelleneinsparungen** erreichen können. Sie machen den zweiten vor dem ersten Schritt. Sie geben erst das Geld für zusätzliche Stellen aus und schauen hinterher, wie die Rechnung irgendwie aufgeht. Mit Ihrer Politik stellen Sie einen weiteren ungedeckten Scheck für die Zukunft aus.

(Beifall CDU und FDP)

Und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Steuerverwaltung werden die Leidtragenden dieser Politik sein. Deswegen sage ich an dieser Stelle: Gutes Regieren sieht anders aus!

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Winter das Wort.

Lars Winter [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ging ich davon aus, dass die Kollegin Frau Nicolaisen sprechen würde, weil sie den Antrag gestellt hat. Trotz alledem verblüfft mich ein weiterer Antrag im Sinne - ich zitiere - „Die Koalition“.

Selbstverständlich haben neue **Schwerpunktsetzungen Auswirkungen**. Sonst wäre sie auch keine. Ebenso selbstverständlich gibt es nur wenige Stellschrauben, mit denen strukturelle Ausgaben angepasst werden können. Eine dieser Stellschrauben, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist das Stellentableau. Das ist ein sensibles Thema, weil es dabei um konkrete Menschen geht, die konkrete Tätigkeiten ausüben, die wir, das Parlament, für so wichtig erachten, dass wir diese Stellen eingerichtet und finanziert haben.

Das Budget 1 „Personal und Verwaltung“ umfasst rund 4 Milliarden €. Dieses Budget wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen, obwohl die Ausgaben für die aktiven Beschäftigten aufgrund des Personalabbaus in den nächsten zehn Jahren sinken werden. Jedoch werden die Kosten für **Versorgungsbezüge** erheblich anziehen, weil einfach mehr Menschen aus dem aktiven Dienst ausscheiden und - hoffentlich - ihre Pensionszeit lange und gesund erleben. Von daher bedeutet eine entfallende Stelle keineswegs, dass damit alle Kosten entfallen.

Ich möchte hinzufügen, wir können froh und stolz sein, in einem Land zu leben, in dem Menschen, die ihr Leben lang für die öffentliche Hand gearbeitet haben, ihr Pensions- und Rentenalter aktiv und finanziell abgesichert gestalten können.

(Beifall SPD)

Das geht in Deutschland nicht allen Menschen so, ganz zu schweigen von anderen Regionen Europas.

Sehr geehrte Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich nochmals betonen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes haben erheblich dazu beigetragen, dass die Steigerungen nicht noch viel höher ausfallen. Ich nenne hier nur die Verlängerung der Wochenarbeitszeit und die Kürzung beziehungsweise Streichung beim Weihnachtsgeld.

Wir alle wissen, dass der geplante Stellenabbau unabhängig davon, welche Partei die Regierung stellt, für die Beschäftigten hart ist. Wir werden zwar keine Entlassungen vornehmen, aber wir werden in vielen Bereichen umstrukturieren müssen. Ein Grund dafür ist, dass die Stellen, die durch Pensio-

(Lars Winter)

nierung frei werden, nicht unbedingt da frei werden, wo etwas verändert werden kann.

Für uns gilt nach wie vor, dass **Personalabbau** nicht ohne **Abgabenaufbau** erfolgen kann. Das Jahr 2013 muss genutzt werden, um gerade bei den Landesaufgaben schmerzhaft Einschnitte vorzunehmen. Das wird machbar sein, auch wenn schon jetzt vorhersehbar ist, dass die Opposition diesen Abbau an Aufgaben und den damit einhergehenden Leistungen mit Krokodilstränen flankieren wird.

Unsere Regierung hat ziemlich klargemacht, wo unsere Prioritäten liegen. Auch wir Fraktionen, die die Regierung tragen, haben dank Ihrer Anträge Sitzung für Sitzung die Möglichkeit, unsere Politik zu erklären. Das ist auch gut so, denn sie unterscheidet sich erheblich von der plumpen Rasenmähermethode, die zu Regierungszeiten der jetzigen Opposition an der Tagesordnung war.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was ist denn hier nicht Rasenmähermethode?)

- Das werden wir im Rahmen der Haushaltsberatungen besprechen.

Bei uns heißt es - das hat die Ministerin schon ausgeführt -: Bildung, Bildung, Bildung! 300 Stellen aus der **demografischen Rendite** werden im laufenden Schuljahr direkt in die Schulen zurückgegeben. Das bedeutet, von den rund 820 Stellen, die aufgrund der sinkenden Schülerzahlen entfallen können - noch nicht eingerechnet, was die Frau Ministerin gerade gesagt hat -, kommen 300 Stellen direkt zurück und werden dazu beitragen, den Unterricht zu verbessern und die Schulen zu entlasten.

Dies und alles Weitere wird der Landtag in den Haushaltsberatungen beschließen. Denn der Beschluss über den Haushalt - das Königsrecht des Parlaments - umfasst auch den Beschluss über die Stellenpläne. Ein Blick in diese Stellenpläne und in den Haushalt wird Ihnen, sehr geehrter Kollege Koch, dann auch helfen, Ihre Fragen selbst zu beantworten. - Ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die weiteren Beratungen im Finanzausschuss.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung erarbeitet ein umfassendes Personaleinsparkonzept. Grundlage für den Personalabbau ist die beabsichtigte signifikante Reduzierung von Aufgaben und Doppelstrukturen. Die Landesregierung beabsichtigt, ausgehend von 2010 bis 2020 einen **Stellenabbau** von 10 % vorzunehmen beziehungsweise das **Personalbudget** entsprechend zu reduzieren.

Diese Sätze stehen, für alle nachlesbar, im Koalitionsvertrag. Es ist schon etwas schlechter Populismus der CDU-Fraktion, Herr Koch, diesen Berichtsantrag zu den Stelleneinsparungen kompromisslos zu stellen, auch wenn Sie genau wissen, wann die letzte Landtagswahl war und wie lange die Regierung erst im Amt ist und seit wann wir hier im Haus die Mehrheit stellen. Wir fragen uns also ernsthaft, wie ernst dieser Antrag wirklich von Ihnen gemeint ist.

Auf Bitten der Landesregierung haben Sie beispielsweise verweigert, dass ein schriftlicher Bericht, der eine gute Grundlage zur Beratung in einer der nächsten Tagungen hätte sein können, vorgelegt wird. Wir glauben deshalb, dass Ihr Antrag zu diesem Zeitpunkt und in dieser Art und Weise vielleicht der Profilierung dienen soll, ihm aber sicherlich nicht der Wunsch nach einem ernsthaften Personaleinsparungskonzept zugrunde liegt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Koch, Sie haben das Wort.

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Andresen, ich möchte Sie gerne fragen, für wie ernsthaft Sie das von der Landesregierung vorgelegte Stelleneinsparkonzept 2011 bis 2020 halten, wenn es dort heißt: Im Einzelplan 03 wird eine Stelle abgebaut, im Einzelplan 06 werden drei Stellen eingespart, im Einzelplan 13 werden zwölf Stellen abgebaut? Hier werden - bis auf die einzelne Stelle heruntergebrochen - die Zahlen genannt,

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

und Sie sagen, Sie haben noch gar nichts.
Wie ernsthaft ist diese Vorlage?

(Beifall FDP und CDU)

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe nicht gesagt, dass wir gar nichts haben, ich habe nur gesagt, dass ein umfassendes **Personaleinsparungskonzept**, das auch andere Bereiche betrifft, das in den unterschiedlichen Häusern in Erarbeitung ist, und dass das - wie sollte es anders sein - nach den ersten - -

(Zuruf Abgeordneter Tobias Koch [CDU])

- Ja, es gibt Zahlen zu den Häusern. Da können Sie noch mehr mit Ihren Zetteln wedeln, das ändert auch nichts an diesem Sachverhalt.

Wir müssen uns auch mit der Frage beschäftigen, wie wir mit den Bereichen Justiz, Polizei und Bildung umgehen. Dazu werde ich in meiner Rede noch kommen. Das sind alles Dinge, die noch im Prozess und längst nicht abgeschlossen sind. Deswegen wird noch mehr Zeit vonnöten sein. Übrigens bin ich auch nicht der Erste, der das heute an dieser Stelle erwähnt.

Personalpolitik war in der Vergangenheit in Schleswig-Holstein, Herr Koch, vor allem meist Ankündigungsrhetorik. Ich nehme auch da wieder keine Regierung aus. Bevor hier jetzt wieder noch mehr Erregung in den Reihen der Opposition entsteht, sage ich auch ausdrücklich, dass dies für alle Regierungen gilt, auch für die mit grüner Beteiligung. Meistens ist immer mehr angekündigt worden, als später umgesetzt wurde.

Prominentes Beispiel dafür ist der jetzige Landtagspräsident und ehemalige Entbürokratisierungsauftragte der Großen Koalition, Klaus Schlie. Damals hat man mit einem Ziel von 5.000 Stellen angefangen und ist schließlich bei 400 gelandet.

(Beifall Abgeordnete Eka von Kalben
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Selbst Rot-Grün war mit durchschnittlich 225 Stellen in den letzten Jahren ihrer Regierungslaufbahn erfolgreicher. Auch die schwarz-gelbe Koalition, das hat die Ministerin eben erwähnt, hat uns eine Lücke von 200 Stellen hinterlassen, die wir jetzt spätestens im Rahmen der Haushaltsberatungen schließen müssen und auch schließen werden.

Es kann also zu diesem Zeitpunkt - mit anderen Worten -, wenn man mehr will, als nur Ankündigungspolitik zu betreiben, und weiterhin diese

Form von Debatten führen möchte, nur darum gehen, **Leitlinien** für die Debatte zu formulieren. Es geht zum Beispiel darum, **Personalpolitik** so zu gestalten, dass wir mit Gewerkschaften und anderen Verbänden diese Debatten führen, sie ernst nehmen und eben nicht von oben herab Personaleinsparungskonzepte den Menschen, die dieses betrifft, überstülpen.

Diese Debatte wird die eigentlich schmerzhaften werden, und sie wird in den nächsten Jahren von uns allen viel abverlangen. Es wird wieder isoliert durch Einsparungen in den Einzelbereichen, also Polizei, Justiz, Landesverwaltung oder in den Bildungsbereich gehen. Für uns Grüne ist es natürlich auch an all den Stellen, die wir neu geschaffen haben, ein schmerzhafter Kompromiss, dass wir auch im Bildungsbereich nicht um Personaleinsparungen herumkommen.

Wir haben auch nicht viel Zeit, das ist bereits von vielen gesagt worden. Wir sind nicht nur im Rahmen der Haushaltsberatungen, sondern auch im Rahmen des grundsätzlichen Personaleinsparungskonzeptes soweit, dass wir sagen, 2013 wird da etwas vorliegen. Wir werden das natürlich auch im Rahmen des Finanzausschusses und sicherlich auch hier im Plenum noch sehr, sehr oft begleiten.

Es geht, und davon sind wir Grüne ganz, ganz deutlich überzeugt, bei den Personalkonzepten nicht nur um Personaleinsparungen - das ist zwar die Hauptaufgabe, die wir zu erfüllen haben -, es geht aber auch darum, wie die **Altersstruktur im öffentlichen Dienst** künftig ausschauen soll. Es kann nicht angehen, dass trotz Personaleinsparungen Stellen einfach nicht wieder neu besetzt werden. Das könnte man ja aufgrund des demografischen Wandels probieren zu tun, dann werden wir aber eine Schiefelage in der Altersstruktur bekommen. Ich sage hierzu ganz deutlich: Wir haben als Land auch eine Verantwortung auszubilden. Wir sind im großen Maße Ausbilder, und das muss der öffentliche Dienst auch bleiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Weg bis 2020 wird - mit anderen Worten - steinig und schwer. Es ist deshalb umso wichtiger, dass wir jetzt endlich anfangen, ihn konzeptionell zu beschreiten.

Ich habe gerade eben gesagt, dass wir nach drei Monaten noch nicht so weit sein können, ein abschließendes Konzept vorzulegen. Sie können aber alle sicher sein, dass sowohl die regierungstragenden Fraktionen wie aber auch die Landesregierung, das hat die Finanzministerin ja auch bestätigt, die-

(Rasmus Andresen)

sen Weg gehen werden, wohlüberlegt und unter Einbeziehung der betroffenen Gruppen.

Auch das wäre übrigens eine Neuigkeit zu dem, was die Vorgängerregierungen bisher getan haben.
- Schönen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Teil ist es erschütternd, was hier von den regierungstragenden Fraktionen erzählt wird. Da wird zuerst gefragt: Was soll der **Antrag** der CDU? - Meine Damen und Herren, der Antrag der CDU - -

(Zuruf)

- Herr Kollege Winter, es ist völlig egal, wer von der CDU-Fraktion dazu spricht, es ist ein Antrag der Fraktion und nicht eines einzelnen Abgeordneten.

Das ist ein Warnschuss, ein letzter **Warnschuss** vor den Haushaltsberatungen. Was die Frau Finanzministerin da eigentlich vorhat mit ihrer Excel-Tabellen-Politik - als etwas anderes kann man das nun wirklich nicht bezeichnen, was Sie hier vorgelegt haben - -

(Lachen Abgeordnete Birgit Herdejürgen [SPD])

Da wird so getan, Herr Kollege Andresen: „Wir haben noch kein so richtiges Konzept, wir sind ja erst drei Monate im Amt“, und als ob man das alles nicht so ernst nehmen müsste.

(Zuruf Abgeordnete Birgit Herdejürgen [SPD])

- Ja, ich weiß, dass es einen Haushaltsentwurf gibt, und es wäre vielleicht ganz clever, sich vorher damit zu beschäftigen und die Menschen vorher zu fragen: Soll es Stellenabbau im Bereich der Polizei geben oder soll es ihn im Bereich der Polizei nicht geben?

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Sie wissen, dass die Polizei bereits heute einen Berg von 315.000 Überstunden vor sich herschiebt. Allein im letzten Jahr sind 22.000 Überstunden hinzugekommen. Da wäre es vielleicht ganz interes-

sant, wie die 75 Stellen zusätzlich zu den wirklich ambitionierten und harten Personalabbauplänen von Schwarz-Gelb erwirtschaftet werden sollen, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und CDU)

Das wäre ja eine Ansage wert.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Nein, Kollege Andresen, ich lasse dieses Mal keine Zwischenfrage zu, weil ich nämlich gerne fortfahren möchte.

Frau Finanzministerin, Herr Kollege Koch ist auf die vermeintlich großen Posten eingegangen, wo zusätzlich zum schwarz-gelben **Personalabbaupfad** Stellen abgebaut werden sollen. Ich möchte einmal den Blick auf die lenken, auf die man vielleicht nicht sofort kommt, die aber zum Teil zu verheerenden Auswirkungen in der Verwaltung und zu dramatischen Konsequenzen für das Land führen können.

Ich will einmal den **Einzelplan 10** unter die Lupe nehmen. Da planen Sie, weitere sechs Stellen zusätzlich abzubauen, Frau Finanzministerin. Ich frage Sie: Haben Sie mit der Kollegin Sozialministerin besprochen, ob diese Stellen beispielsweise bei der Arzneimittelüberwachung oder bei der Medizinprodukteüberwachung gestrichen werden sollen, oder plant die neue Landesregierung möglicherweise eine Zentralisierung des Landesamtes für soziale Dienste? Stellen Sie sich doch hierher und sagen - -

(Zuruf Abgeordneter Thomas Rother [SPD])

- Ich möchte Sie gesehen haben, wenn wir in der letzten Legislaturperiode die Zentralisierung des LASD beschlossen und die Außenstelle Lübeck dicht gemacht hätten, Herr Kollege Rother.

(Beifall FDP)

Das hätte ich sehen wollen, den Protest von Ihnen hätte ich hören wollen. Sie wissen ganz genau, dass beispielsweise die Schnelligkeit der Bearbeitung von Anträgen bei der Arzneimittelüberwachung davon abhängt, ob sich ein arzneimittelfabrizierendes Unternehmen in Schleswig-Holstein niederlässt. Wollen Sie da weiter herangehen? - Ich glaube, das können Sie nicht ernsthaft verantworten wollen.

Deswegen haben die Menschen ein Recht, noch vor der Vorlage eines entsprechenden Haushaltsentwur-

(Dr. Heiner Garg)

fes ganz klar zu erfahren, in welchen **Bereichen** Sie diese zusätzlichen **Stellen** abbauen wollen oder nicht. Was Sie hier machen, Frau Heinold, ist doch nichts anderes als zu versuchen, mit einem Zahlenwirrwarr zu vertuschen, dass Sie schon wieder ein Wahlversprechen nicht halten! Sie werden natürlich keine zusätzlichen 700 Lehrerstellen im System belassen, sondern es sind deutlich weniger. Ich finde, an dieser Stelle ist nun wirklich Schluss mit lustig oder Schluss mit dem Vorwurf, hier würden Schaulustanträge gestellt.

Der Antrag kommt genau zur richtigen Zeit. Ich erwarte mehr als diese mit Überheblichkeit vorgetragenen warmen Worte, wie sie gerade gegenüber dem Kollegen Koch vorgetragen worden sind. Ich erwarte ganz konkret, dass Sie die gestellten Fragen beantworten.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dudda von der Fraktion der PIRATEN.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit den **Stelleneinsparungen** müssen wir auch einen anderen Aspekt berücksichtigen, einen Aspekt, den wir vorgestern hier dankenswerterweise bedient haben, nämlich den Sinn und Geist des Tariftreue- und Sozialstandardgesetzes.

Ich muss das übertragen, weil es ansonsten so wäre, dass ich draußen Wasser predigen würde, während am eigenen Partyresen die Sektkorken knallen. Wenn ich das übertrage, muss ich das im öffentlichen Dienst, dem ich Stelleneinsparungen zumute, auch anwenden, und zwar lückenlos.

Wenn ich höre, dass 75 Stellen beim Innenministerium eingespart werden sollen, und wenn unklar ist und man nicht weiß, ob auch die Polizei davon betroffen ist, dann muss ich klar der Polizei das Wort reden. Die Zahl 75 passt zufälligerweise ganz genau zusammen mit dem Personalfehl, das sich für die Bereiche Kiel und Neumünster ergibt. In Kiel und Neumünster fehlen zusammen 77 Polizeibeamte, um nur den Notdienst, quasi den auf dem Zahnfleisch kriechenden Polizeidienst zu erhalten.

Ich bitte Sie ausdrücklich, beim Sparen die Finger von den Bereichen zu lassen, die ohnehin schon so stark belastet sind wie kaum ein anderer Bereich. Dies sind die Bereiche **Justiz** und **Polizei**.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Ich bitte Sie außerdem, das, was wir sinnvollerweise vor ein paar Tagen beschlossen haben, auf den öffentlichen Dienst zu übertragen, trotz aller Einsparmaßnahmen, die Sie jetzt vorhaben und die wir auch gerne mittragen wollen, weil sie notwendig und nicht zu vermeiden sind. Die **Sozialstandards** und die **Tariftreue**, die wir beschlossen haben, müssen sinngemäß auch für die eigenen Mitarbeiter gelten, und zwar ausnahmslos. Ich bitte Sie ausdrücklich, dies bei Ihren künftigen Sparmaßnahmen zu berücksichtigen. Lassen Sie außerdem die Finger von Sparplänen bei der Polizei. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen nun zum Beitrag des Herrn Abgeordneten Lars Harms für die Abgeordneten des SSW.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Finanzministerin hat Personaleinsparzahlen vorgelegt. Diese sind uns von den Oppositionsfraktionen vor die Nase gehalten worden. Das ist auch in Ordnung so. Die Ministerin hat vorhin auch gesagt, aufgrund der demografischen Entwicklungen würden noch weitere Umschichtungen notwendig werden. Das ist zunächst einmal der Stand der Dinge.

Wir haben gesagt, dass wir neue Schwerpunkte setzen wollen. Einer dieser Schwerpunkte ist die Bildung. Insofern werden selbstverständlich zusätzliche **Lehrerstellen**, möglicherweise aber auch andere Stellen im Bildungsbereich entstehen können.

Für uns ist es wichtig, nun zu schauen, wie wir einen Ausgleich hinbekommen können. In der Vergangenheit hatten wir einen Plan. Dieser muss jetzt weiter ausgearbeitet werden. Da man das nicht immer vollständig auf die Häuser herunterbrechen kann, haben wir gesagt, dass wir ein **zentrales Personalmanagement** brauchen, mit dem wir dann arbeiten. Das macht die **Staatskanzlei**. Ich glaube, es ist ein kluger Weg, von übergeordneter Stelle aus über die gesamte Landesregierung hinweg zu schauen, ob und wie Stellen abgebaut und umgeschichtet werden können.

Wir haben uns für den Weg entschieden, ab 2014, wenn neue Einsparungen notwendig sein werden - das bezieht sich also gar nicht so sehr auf den nächsten Haushalt -, weitere Maßnahmen zu erarbeiten. Dabei gibt es keine Vorfestlegungen, weder in Be-

(Lars Harms)

zug auf die Justiz noch in Bezug auf die Polizei, sondern wir müssen das durcharbeiten. Das ist eine inhaltliche Arbeit, die wir in den nächsten Monaten zu erbringen haben.

Die einzig wirklich feste Konstante ist der **Stellenabbau** um 10 %; denn das ist mit dem Bund vereinbart. Dabei fehlen uns noch 200 Stellen gegenüber dem, was uns die vorherige Landesregierung bisher hat zusagen können. Auch das müssen wir erarbeiten, damit wir die Kriterien erfüllen können.

Meine Damen und Herren, damit ist eigentlich alles gesagt. Wir müssen jetzt mit den einzelnen Häusern diskutieren. Wir müssen ausloten, welche Aufgaben möglicherweise wegfallen können. Wir müssen also eine **Aufgabenkritik** machen. Bestimmte Bereiche müssen wir möglicherweise neu strukturieren und dabei Synergieeffekte heben. Diese Aufgabe wird federführend die Staatskanzlei in Zusammenarbeit mit den einzelnen Häusern angehen.

Was am Ende dabei herauskommt, wissen wir heute leider noch nicht. Das würden wir zwar gerne wissen. Ich bin mir aber ziemlich sicher, dass die nächsten Monate sehr viel mehr Klarheit bringen werden. Dann werden wir einen solchen Antrag, den wir heute leider nicht so konkret beantworten können, wesentlich konkreter beantworten können. Dann, wenn entschieden ist, wie es laufen soll, stellen wir uns auch gern einer inhaltlichen Diskussion. Vorher können wir das leider nicht.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Als Erster hat der Herr Abgeordnete Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte bestärkt mich in meinen Befürchtungen. Sie haben argumentiert, heute, drei Monate nach der Regierungsbildung, seien Sie nicht in der Lage, ein Konzept vorzulegen. Die Kollegin Herdejürgen hat uns auf den bevorstehenden **Haushalt 2013** verwiesen, in dem wir das alles nachlesen könnten. Der Kollege Harms sagte gerade, es werde noch ein paar Monate dauern, bis Sie Auskunft darüber geben könnten, was heute leider noch nicht möglich sei.

Ich ging bisher davon aus, dass das Kabinett in zwei Wochen den Haushaltsentwurf beschließen

will. Es bleibt Ihnen also nicht mehr viel Zeit, um monatelang darüber zu diskutieren.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Wenn Sie uns im Oktober den Haushaltsentwurf zuleiten, werden wir sehr genau schauen, ob wir darin nachlesen können, zu welchen Zeitpunkten und an welchen Stellen Sie Ihre zusätzlichen Einsparungen erbringen wollen und ob ein Teil davon schon im Jahr 2013 wirksam wird oder ob Sie das alles auf die lange Bank schieben. Im Augenblick kann ich nur vernehmen, dass Sie zusätzliche Stellen schaffen. Sie haben aber kein Konzept, wie das wieder ausgeglichen werden soll.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Das nennen Sie dann gutes Regieren und solides Handwerk. Machen Sie Ihre Hausaufgaben vorher! Verhandeln Sie jetzt mit den Ministerien, Frau Ministerin! Werden Sie sich einig, und belassen Sie es nicht bei Solidaritätsbekundungen; denn das hilft uns allen nicht weiter. Bloße Absichtserklärungen helfen nicht weiter, sondern Sie brauchen verbindliche Vereinbarungen, so wie es die Vorgängerregierung mit allen Ministerien gemacht hat.

(Zuruf Abgeordnete Birgit Herdejürgen [SPD])

- Nein, das Ergebnis war eine verbindliche Vereinbarung mit den Ministerien, zu welchem Zeitpunkt wie viele Stellen abgebaut werden sollen. Genau das fehlt bei Ihnen. Das ist eine Excel-Tabelle.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Sie haben sich sicher lange Zeit gelassen!)

Der Punkt ist doch, dass Sie den zweiten Schritt vor dem ersten Schritt machen. Sie schaffen zunächst einmal **Lehrerstellen** und nehmen beschlossene Kürzungen bei der JVA Flensburg zurück. Sie wissen aber noch nicht, wie Sie das ausgleichen sollen.

Ich gebe Ihnen ja alle Zeit der Welt. Ich kann Ihr Problem nachvollziehen. Ich kann nachvollziehen, dass das in drei Monaten nicht so einfach zu bewerkstelligen ist. Dann legen Sie sich aber doch nicht mit Mehrausgaben strukturell für die nächsten Jahrzehnte fest. Das ist doch der Punkt.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Wenn Sie uns in einem Jahr nachweisen können, dass es Ihnen gelungen ist, wie es der Herr Ministerpräsident gesagt hat, 25 % der Aufgaben abzubauen, dann ist es ein Leichtes zu sagen, dass Sie so und so viele **Stellen einsparen** können. Dann können Sie am bisherigen Konzept der Vorgängerre-

(Tobias Koch)

gierung Veränderungen vornehmen, weil Sie selbst bewiesen haben, dass das funktioniert. À la bonheur.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Was war denn Ihr Vorschlag im Zusammenhang mit dem Nachtrag?)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Tobias Koch. Bitte benutzen Sie die Saalmikrofone.

Tobias Koch [CDU]:

Das ist aber auch eine lebendige Debatte.

Ich habe es vorhin schon ausgeführt. Wenn Sie Ihre eigenen Versprechen einhalten wollen, dann sollten Sie diesen Weg gehen. Das war ein Verfahrenshinweis, um Ihnen zu helfen, Ihre Versprechen einzuhalten.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Danke!)

- Bitte schön. - Den Weg sind Sie aber nicht gegangen. Deswegen haben Sie jetzt auch die Probleme. Jetzt müssen Sie versuchen, beide Enden zusammenzubekommen. Das wird aber noch sehr viel schwere Arbeit sein. Das werden Sie auch nicht bis zum Ende wegreden können. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich es schon sehr beeindruckend finde, wie Vertreter der Oppositionsfraktionen hier auftreten, nur kurze Zeit nachdem sie selbst Regierungsverantwortung getragen haben.

Herr Koch, wenn mich nicht alles täuscht, sind Sie seit sieben Jahren Abgeordneter in diesem Haus. In den meisten Jahren waren Sie Mitglied einer regierungstragenden Fraktion, und das hat sich erst vor Kurzem geändert.

Wenn wir uns darüber einig sind, dann können wir doch auch feststellen - zu diesem Aspekt, den die Finanzministerin gerade vorgetragen hat, haben Sie sich aber nicht geäußert -, dass Sie in den vergange-

nen Haushaltsjahren 200 Stellen nicht aufgelöst haben. Das müssen wir jetzt machen. Das heißt, man sollte sich zunächst immer an die eigene Nase fassen. Alle **Stelleneinsparungen**, die Sie virtuell aufgeschrieben haben, waren konkret nicht unterfüttert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau da liegt der Grund, warum wir jetzt Zeit brauchen, um ein ordentliches Konzept zu erstellen.

Herr Garg, ein anderes Stichwort ist Transparenz. Es ist gut, dass Sie sich gerade zu Wort gemeldet haben. Auch hier bin ich erschüttert. Sie waren Mitglied der letzten Landesregierung, und Sie waren stellvertretender Ministerpräsident. Sie wissen ganz genau, wie der **Doppelhaushalt** für die Jahre 2011 und 2012 zustande gekommen ist. Von Transparenz konnte keine Rede sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Sie haben gesagt, und Herr Koch hat auch gesagt: Die Mitarbeiter melden sich bei uns, die Gewerkschaften melden sich bei uns. Es ist sehr interessant, dass die sich jetzt bei Ihnen melden. Es kann jedoch nicht daran liegen, dass Sie in den letzten Jahren im Dialog mit ihnen Politik gestaltet hätten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich erinnere an die Debatte zum Mitbestimmungsgesetz vor zwei Tagen. Eines kann man der letzten Landesregierung nicht vorwerfen, nämlich dass sie Dialogfähigkeit besaß.

Dem Kollegen Dudda möchte ich sagen: Ich kann das Interesse an der **Polizei** verstehen. Auch ich habe mich oft im Wahlkreis mit Vertretern der Polizei getroffen. Neulich gab es auf Landesebene ein Treffen im Verband. Das ist nicht der Punkt. Ich habe auch für einen Bereich, für den ich immer kämpfe, nämlich den Bildungsbereich, gesagt, dass es schwierig sein wird, jedes berechnete Einzelinteresse unterzubringen. Es stimmt, dass die Polizeiarbeit, die Bildungsarbeit und der Justizbereich wichtig sind. Wir werden so aber nicht weiterkommen.

Es gibt in jedem Einzelbereich berechnete Interessen, aber die ungelöste Frage ist, wie wir das im Dialog mit den Betroffenen aufklären. Ich weiß, hier gibt es in allen Bereichen eine große Solidarität, aber man kann nicht immer für einzelne Bereiche kämpfen, denn alles ist in einer Form wichtig. Das ist keine Frage. Herr Garg, ich finde es etwas

(Rasmus Andresen)

doppeldeutig, wenn Sie zu Themen im Bereich der Polizei klatschen und wenn Sie Anträge zu Lehrstellen stellen, die Sie in eigener Regierungsverantwortung nicht durchbekommen haben.

Herr Koch, ein Hinweis zu den Lehrstellen: Das mag Ihnen nicht gefallen, aber - -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende, aber Sie können noch eine Frage beantworten, wenn Sie das möchten.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dudda, Sie haben das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Stimmen Sie mir zu, dass es keinen Bereich im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein gibt, bei dem so viele Überstunden entstanden sind und bei dem Sozialstandards so schlecht gepflegt werden wie bei der Polizei, und dass sich aufgrund dessen ein Stellenabbau allein aus sozialstaatlichen Gründen verbieten würde?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich stimme Ihnen zu, dass die Polizei sehr hart getroffen ist. Ich habe die Zahlen im Einzelnen nicht, daher kann ich Ihnen nicht vollständig zustimmen. Ich stimme Ihnen aber zu, dass der Bereich stark betroffen ist und dass wir im Dialog mit der Polizei eine Lösung finden müssen. Das gilt natürlich auch für andere Bereiche. Ich sage aber auch, dass das eine harte Debatte sein wird und dass wir hier vor riesigen Problemen stehen werden. Wir können nicht allen alles versprechen. Das war bei keiner Regierung so, und das wird bei dieser auch nicht so sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort für einen Dreiminutenbeitrag hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg von der FDP-Fraktion.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Andresen, Sie haben hier zwei Behauptungen aufgestellt, die ich ungern so im Raum stehen lassen möchte. Ich möchte Folgendes festhalten: Erstens. Sie haben vorgeworfen, der **Personalabbau** unter der letzten Landesregierung - also das Personalabbaukonzept - sei auch nicht hinterlegt. Ich weiß nicht, was Sie mit „auch“ meinen. Meinen Sie, dass das, was möglicherweise kommen wird, auch nicht hinterlegt sein wird? - Sie haben es erwähnt, ich habe diesen schmerzhaften Prozess in der Tat mitverantworten müssen, und zwar auch gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Mitverantwortung zu tragen ist etwas anderes, als sich hinzustellen und große Reden zu halten. Dieses Personalabbaukonzept ist auf alle Ressorts einzeln heruntergebrochen, inklusive der nachgeordneten Landesbehörden. Es ist zeitlich bis 2020 Jahr für Jahr exakt vorgegeben gewesen. Lieber Kollege Andresen, das heißt, es kann mitnichten die Rede davon sein, dass der Personalabbau, den Sie zu Ihren Oppositionszeiten kritisiert haben, nicht real hinterlegt worden sei.

(Beifall FDP und CDU)

Ein zweiter Punkt fällt mir langsam ziemlich auf den Wecker. Herr Präsident, ich glaube, dieser Ausdruck ist noch parlamentarisch zulässig.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Völlig zulässig!

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Das ist die ewige Behauptung, die Haushaltsaufstellung der vergangenen Jahre sei nicht transparent gewesen. Mein Gott! - Herr Kollege Koch, ich weiß es nicht. Sind wir von der Landesregierung eingeladen worden, um gemeinsam im Kabinett eine Haushaltsaufstellung vorzubereiten? - Liebe Kollegin Herdejürgen, wir beide sind als Frischlinge mit der Schultüte im Jahr 2000 in diesen Landtag eingezogen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Ich hatte keine!)

- Aber ich. Wir beide sind im Jahr 2000 in diesen Landtag eingezogen. Der Alterspräsident ist im Moment nicht da. Wenn wir ehrlich sind, dann wissen wir doch alle, Lars Harms: Das, was die Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode angepackt hat, hat noch keine andere Landesregierung zuvor angepackt. Ich bin weit davon entfernt, irgendwelche Schuldzuweisungen zu machen. Die

(Dr. Heiner Garg)

Situation war noch nie so ernst. Es ist logisch, sich mit neuen Instrumenten zu überlegen, wie wir den **Landeshaushalt** auf einen Konsolidierungspfad kriegen. Das hat mit Intransparenz herzlich wenig zu tun. Kollege Andresen, da mögen Sie sich noch so ärgern, aber das hat mit Intransparenz herzlich wenig zu tun. Ihnen ist - ich betone - rechtzeitig ein Haushalt zur Beratung zugegangen.

(Beifall CDU)

Den haben wir in zwei Lesungen behandelt. Sie hatten in den Fachausschüssen ausreichend Gelegenheit, zu fragen und mitzuwirken. Hören Sie auf damit! Sie haben es überhaupt nicht nötig, sich mit solchen falschen Behauptungen hier vorn hinzustellen. Sie mögen das inhaltlich nicht alles gut gefunden haben, aber es kann mitnichten die Rede davon sein. Das, was Sie im Moment hier an Haushaltspolitik abliefern - -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Andresen?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Wenn Sie mir gestatten, diesen Satz zu beenden, dann gestatte ich dem Kollegen Andresen herzlich gern eine Zwischenfrage.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gut.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Das, was Sie im Moment haushaltspolitisch hier abliefern, ist mitnichten etwas, worauf Sie stolz sein sollten.

(Beifall FDP und CDU)

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Garg, vielen Dank. - Können Sie sich daran erinnern, dass es im Vorfeld der Haushaltsberatungen eine im Geheimen tagende Haushaltsstrukturkommission gab, die von der schwarz-gelben Landesregierung eingesetzt wurde?

- Ich kann mich daran erinnern, dass es eine **Haushaltsstrukturkommission** gab, die getagt hat. Dass sie geheim getagt hat, ist mir nicht bekannt, aber möglicherweise tagt das Kabinett auch jede Woche geheim und berät über den Haushalt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 18/204 (neu) durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist kein Antrag gestellt worden, der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 6 und 27 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (SchulG) vom 24. Januar 2007

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 18/159

b) Entschließungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (SchulG) vom 24. Januar 2007

- Finanzierung sichern - Kommunen besserstellen - Verwaltung einsparen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/164

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht. Ich eröffne die Grundsatzdebatte und erteile Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes möchten wir für die **Kommunen** einen finanziellen Ausgleich für die Beschulung von Schülerinnen und Schülern die aus Hamburg auf schleswig-holsteinische Schulen im sogenannten **Hamburger Rand** gehen, erreichen.

Sie wissen, dass mit Abschluss des neuen Gastschulabkommens mit der Hansestadt Hamburg **Ausgleichszahlungen** von Schleswig-Holstein an Hamburg für die beschulten Schleswig-Holsteiner verbunden sind. Wir haben daraufhin beschlossen, die Kommunen in Schleswig-Holstein an diesen Kosten zu beteiligen. Für Schülerinnen und Schüler, die öffentliche Schulen in Hamburg besuchen, müssen die Kommunen zwar jetzt an das Land zahlen, im umgekehrten Fall aber, wenn Hamburger

(Dr. Heiner Garg)

schleswig-holsteinische Schulen besuchen, gibt es aktuell im Gegenzug keine Erstattung an die Kommunen, obwohl Kosten bei den Kommunen anfallen. Es handelt sich - zugegeben - um einen zahlenmäßig eher kleineren Teil, um etwas mehr als 325 Schülerinnen und Schüler, der aber für die Kommunen unserer Ansicht nach ausgeglichen werden sollte.

Wir haben dieses Thema bereits in der letzten Legislaturperiode ausführlich diskutiert. Dabei stellte sich sowohl bei der ersten Lesung im November als auch bei der zweiten Lesung im Februar heraus, dass grundsätzlich über dieses Thema im Haus kein Dissens herrscht. Wir waren uns weitgehend einig, dass es logisch und gerecht ist, dass die Kommunen, wenn sie dafür bezahlen müssen, dass ihre Schüler auf Hamburger Schulen gehen, auch Zahlungen erhalten sollen, wenn sie umgekehrt Schülerinnen und Schüler aus Hamburg aufnehmen.

Es passt zur gerade abgeschlossenen Debatte, dass durch diese Änderung zusätzliche Zahlungen an die betroffenen Kommunen in Höhe von rund 360.000 € notwendig werden. Aus unserer Sicht darf der Bildungsetat dadurch nicht stärker belastet werden; das Geld muss woanders herkommen. Kollege Andresen, es ist mir eine ganz besondere Freude, als konstruktive Opposition entsprechende Deckungsvorschläge zu unterbreiten.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Grundsätzlich ist das zu begrüßen!)

- „Grundsätzlich“ diskutieren wir noch. - Wir sind der Auffassung, dass zur Gegenfinanzierung die Einsparung des zusätzlichen Staatssekretärs im **Wirtschaftsministerium** beitragen soll. Ein zusätzlicher **Staatssekretär** analog B 9 - wobei „analog“ nicht mehr lange dauert; wir haben ja in der öffentlichen Finanzausschusssitzung gehört, dass zum nächsten Haushalt eine zusätzliche B-9-Stelle geschaffen und der Herr Staatssekretär verbeamtet werden soll - verursacht Kosten von 565.000 € für die Legislaturperiode. Bevor die Stelle im Stellenplan im Haushalt geschaffen werden soll, raten wir Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den regierungstragenden Fraktionen: Setzen sie hier ein Zeichen, und schaffen Sie diese zusätzliche Stelle nicht!

Ich will daran erinnern, welchen Popanz die heute regierungstragenden Fraktionen bei der Diskussion um den Mittelstands- und Integrationsbeauftragten veranstaltet haben. Was haben wir hier für Diskussionen erlebt!

(Beifall FDP und Abgeordneter Tobias Koch [CDU])

Am Ende wollten Grüne und SPD im Zuge der Haushaltsaufstellung für den Haushalt 2011/2012 die beiden Stellen, die mit jeweils 11.800 € veranschlagt waren - in diesem Fall reden wir über mehr als 113.000 € jährlich -, streichen. Kollege Andresen, darüber hinaus haben die Grünen, deren Landtagsfraktion Sie schon damals angehört haben, beantragt, einen weiteren Staatssekretär zu streichen. Jetzt streichen Sie keinen weiteren Staatssekretär, sondern haben noch zusätzlich einen eingestellt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gute Logik!)

Wie das zusammenpasst, müssen Sie erklären, Kollege Andresen. Ich erinnere immer gern daran, dass wir heute einen Ministerpräsident haben, der im Landtagswahlkampf noch von sich reden gemacht hat, indem er gesagt hat: Weniger Verwaltung ist oft mehr. Wir lernen also: Die Schaffung eines zusätzlichen B-9-besoldeten Staatssekretärs ist weniger Verwaltung. Das Mehr bezog sich dann offensichtlich auf das Einkommen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Zum Thema, Herr Kollege!)

- Liebe Kollegin Midyatli, ich rede zum Thema. Das ist einer unserer Deckungsvorschläge, damit dieser Vorschlag umgesetzt werden kann. Das ist ein seriöser Gegenfinanzierungsvorschlag. Ich rate Ihnen dringend: Sehen Sie davon ab! Herr Kollege Andresen, wenn Sie ehrlich sind und die Linie aus der letzten Legislaturperiode fortsetzen - -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ich komme zum Schluss. - Verhindern Sie mit Ihrer Macht und Ihrem Einfluss, dass wir im nächsten Haushalt die zusätzliche mit B 9 besoldete Staatssekretärsstelle haben! Sie können Ihre starke Politik sicherlich auch anders durchsetzen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie Sie das in der Koalition gemacht haben! - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf den ersten Blick könnte man meinen, der Gesetzentwurf der FDP diene vorrangig der eigenen Profilierung, um damit wieder einmal den Regierungsfractionen zuvorzukommen oder um sich gegebenenfalls sogar vom ehemaligen Koalitionspartner abzusetzen. - Tatsächlich liegt der Sachverhalt hier ganz anders. Denn schon in der letzten Legislaturperiode waren sich in diesem Haus alle Fraktionen über den Inhalt des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfs einig.

Wenn die Gemeinden im **Hamburger Umland Schulkostenbeiträge** für Schüler zahlen, die in Hamburg zur Schule gehen, dann ist es absolut plausibel, fair und gerecht, wenn die schleswig-holsteinischen Schulträger umgekehrt auch Schulkosten für Hamburger Schüler erhalten, die bei uns zur Schule gehen. Der umgekehrte Fall ist bei der Änderung des Schulgesetzes Ende 2010 unberücksichtigt geblieben. Das hat auch die damalige Opposition nicht beanstandet. Insofern ist das kein Anlass für gegenseitige Schuldzuweisungen.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Nachdem das Problem erkannt worden war, waren wir uns bei den Beratungen im Frühjahr dieses Jahres auch darin einig, dass die Fehlerbehebung erst zusammen mit dem Haushalt 2013 erfolgen kann. Den Anspruch der Schulträger auf Kostenerstattung ins Schulgesetz hineinzuschreiben, ist nämlich nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite sind dafür die erforderlichen Mittel im Haushalt bereitzustellen.

Mein Kollege Peter Sönnichsen hat deshalb schon in seiner Rede in der ersten Lesung des damaligen wortgleichen grünen Gesetzentwurfs ausgeführt: CDU und FDP werden dies gern im kommenden Doppelhaushalt umsetzen.

Die Grünen hatten das Datum des Inkrafttretens ihres damaligen Gesetzentwurfs vor diesem Hintergrund auf den 1. Januar 2013 verschoben. Die Einführung einer Kostenerstattung für Hamburger Schüler an schleswig-holsteinischen Schulen ist damit unabhängig von der politischen Konstellation. Sie wäre so oder so im kommenden Jahr eingeführt worden.

Meine Damen und Herren, was allerdings die FDP-Initiative positiv vom damaligen grünen Gesetzentwurf und auch von den jetzigen Regierungsplänen unterscheidet, ist die Gegenfinanzierung. Bei den

Grünen hieß es damals Fehlanzeige, und auch bei den jetzigen Haushaltsplänen der Landesregierung sieht es nicht anders aus. Entgegen allen Beteuerungen soll auch diese Maßnahme nach dem Willen der Regierungsmehrheit auf Pump finanziert werden. Anders ist es nicht zu erklären, dass trotz zusätzlicher Einnahmen und trotz sinkender Zinsausgaben die **Neuverschuldung** im kommenden Jahr gegenüber dem letzten Stand der Finanzplanung um 70 Millionen € erhöht werden soll. Eine solide Finanzierung für die zahlreichen Wahlversprechen der Regierungsfractionen ist damit bis jetzt nicht vorhanden. So werden die heutigen Schülerinnen und Schüler für diese unsolide Politik mit Zins und Zinseszins die Zeche zahlen müssen.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Dass es auch anders geht, macht die FDP mit ihrem aufgezeigten Gegenfinanzierungsvorschlag in Form von ganz konkreten Kürzungsvorschlägen deutlich. Die erforderliche Einsparung von 360.000 € ist sogar noch einfacher darstellbar als vom Kollegen Dr. Garg gerade eben ausgeführt. Denn mittlerweile wissen wir, dass sich die Kosten des zusätzlichen **SPD-Staatssekretärs** nicht nur auf das Grundgehalt von 113.000 € belaufen, sondern zusammen mit Dienstwagen, Telefon und Vorzimmer auf 228.000 €. Der Familienzuschlag und die Altersversorgung kommen noch hinzu.

(Beifall Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP])

Mit anderen Worten: Allein mit der Streichung Ihres zusätzlichen überflüssigen SPD-Staatssekretärs könnten Sie diese Maßnahme komplett gegenfinanzieren.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, deshalb werden wir es Ihnen nicht durchgehen lassen, dass Sie allein dem FDP-Gesetzentwurf zustimmen, den Entschließungsantrag zur Gegenfinanzierung aber ablehnen. Beides gehört zusammen. Entweder stimmen Sie der Änderung des Schulgesetzes und dem Entschließungsantrag zu, oder Sie legen endlich eigene Vorschläge zur Gegenfinanzierung auf den Tisch. Wie sagte der Kollege Andresen letzte Woche noch so schön: Jede Mehrausgabe wird seriös gegenfinanziert. - Machen Sie an dieser Stelle keinen schlanken Fuß! Gutes Regieren sieht anders aus. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Lars Winter das Wort.

(Unruhe)

- Ich bitte um Korrektur: Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Mit der Problematik des Gesetzentwurfs der FDP befasst sich der Landtag nicht zum ersten Mal. Das haben bereits alle meine Vorredner dargestellt. Die FDP recycelt einen Gesetzentwurf der Grünen aus der letzten Legislaturperiode. Es ist in der Tat nicht nachvollziehbar, dass Schulträger einen **Kostenausgleich** ans Land zahlen sollen, wenn Schülerinnen und Schüler, die auf ihrem Gebiet wohnen, eine Schule in Hamburg besuchen, sie aber keinen Ausgleich bekommen, wenn sie an ihren Schulen **Hamburger Schüler** aufnehmen.

Schwer nachvollziehbar ist aber auch, dass wir uns heute immer noch mit solchen Problemen herum-schlagen müssen, die ganz klar zu den negativsten Auswüchsen des Föderalismus gehören.

Die damalige Ausschussmehrheit hat am 2. Februar dieses Jahres gegen den Gesetzentwurf der Grünen gestimmt, und wir haben uns enthalten, denn mein Vorgänger als schulpolitischer Sprecher, Dr. Henning Höppner, hatte angeregt, nicht einfach einen Erstattungsanspruch, sondern ein Verrechnungsverfahren zu verabreden, das die wechselseitigen Ansprüche durch Schülerströme in beide Richtungen aufrechnet. Ein solches Verfahren dürfte verwaltungstechnisch das einfachere und kostengünstigere sein.

Es ist wieder einmal Zeit zu sagen: Es war ja nicht alles schlecht; denn laut Ausschussprotokoll machte Ihre damalige Parlamentarische Geschäftsführerin, Frau Loedige, darauf aufmerksam, dass das in der Sache nachvollziehbare Anliegen des Gesetzentwurfs im Kontext der nächsten **Haushaltsberatungen** behandelt werden müsse. Genau da gehört es hin. Daher kann ich nicht nachvollziehen, dass Sie Ihren Gesetzentwurf nicht im Zusammenhang mit den Beratungen des Haushalts 2013 eingebracht haben. Das Kurzzeitgedächtnis lässt eben immer mehr nach.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie wissen wahrscheinlich gar nicht, wie Parlamentarismus funktioniert!

Wir machen alles bei den Haushaltsberatungen! - Weitere Zurufe)

Aber es geht Ihnen in Wirklichkeit gar nicht darum, etwas für die Kommunen zu tun. Ihr Gesetzentwurf ist nur der Aufhänger für Ihren schlichtweg albernen Antrag, den Sie, wenn es Ihnen ernst wäre, ebenfalls in Form von ganz normalen Haushaltsanträgen hätten einbringen können.

(Zuruf Abgeordneter Volker Dornquast [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat nach wie vor der Herr Abgeordnete Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Das gilt umso mehr, als Sie Ihre fünf Vorschläge mit dem Zufallsgenerator willkürlich aus den Einzelplänen des Landtags, des Wirtschafts- und des Landwirtschaftsministeriums sowie ressortübergreifend herausgegriffen haben.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP])

Da ich nicht bienenpolitischer Sprecher meiner Fraktion bin, werde ich mich nicht auf eine Diskussion über Tierproduktion, die sie angeregt haben, unter besonderer Berücksichtigung der Apis mellifera einlassen.

(Beifall Abgeordnete Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber nachdem Sie Ihre Regierungszeit dazu genutzt haben, Abteilungsleiterstellen zu schaffen und zu besetzen, fällt mir zu Ihrem neuen Dauerbrenner des zweiten und dringend erforderlichen **Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium** auch nur ein,

(Lachen FDP)

dass Ihr Gedächtnis seit der Landtagswahl Schaden genommen hat.

Über manches kann man sicher reden. Es müsste ausgewertet werden, wie viele Bürgerinnen und Bürger auf die Printausgabe der Landtagszeitschrift angewiesen sind, um sich über unsere Arbeit eingehender auf dem Laufenden zu halten, als sie es bereits aus den Tageszeitungen entnehmen können, und ob nicht auch eine reine Online-Version ihren Zweck erfüllen könnte. Das kann man nicht schnell entscheiden und anschließend wieder Sonntagsreden über Barrierefreiheit halten.

(Kai Vogel)

Dass ein Herumkürzen mit dem Rasenmäher an Expertenkosten nichts bringt, wissen Sie genau. Das sind Kosten, die schwer planbar sind. Manchmal werden die vorgesehenen Mittel gar nicht abgerufen, manchmal braucht man mehr.

Was die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit angeht, versichere ich Ihnen: Diese Koalition nimmt den Dialog mit den Menschen sehr ernst. Sie wissen aus eigener Erfahrung, dass es bei der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung nicht um den Versand von Autogrammkarten der Ministerinnen und Minister geht, sondern um Bereitstellung von Informationen, und das geht nicht zum Nulltarif.

Ich bitte darum, beide Vorlagen in den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss zu überweisen und sie im Zusammenhang mit der Beratungen des Landeshaushalts 2013 zu beraten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der FDP entspricht einem grünen Gesetzentwurf aus der vergangenen Legislaturperiode. Er soll einen Fehler im von der alten Landesregierung unter der federführenden Leitung von Herrn Klug verhandelten **Gastschulabkommen** mit Hamburg heilen, nämlich die Erstattung von Schulkostenbeiträgen an Hamburg-Rand-Kommunen für Schülerinnen und Schüler aus Hamburg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abgeordnete Serpil Midyatli [SPD] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Hören Sie doch mal mit dem Mist auf! - Zuruf Abgeordneter Martin Habersaat [SPD] - Weitere Zurufe)

Die betroffenen **Kommunen** müssen seit 2011 teilweise deutlich höhere **Schulkostenbeiträge** an das Land zahlen, sie bekommen aber für die Hamburger Schülerinnen und Schüler an ihren Schulen keinen Cent.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Die schleswig-holsteinischen Kommunen müssen seit der Schulgesetzänderung von CDU und FDP Schulkostenbeiträge für ihre Schülerinnen und

Schüler an das Land zahlen, die private und neuerdings auch öffentliche Schulen in Hamburg besuchen. Aber Ihnen fehlt der Ausgleich. Die fehlenden Einnahmen reißen zum Teil große Löcher in die Haushalte. Ein paar Beispiele: Reinbek 20.000 €, Norderstedt 43.000 €, Wedel 10.000 €, Pinneberg 14.000 €, Halstenbek 40.000 €, Schenefeld 39.000 € und Rellingen 15.000 €.

Diese Ungerechtigkeit wollten wir im vergangenen Jahr beseitigen, aber CDU und FDP lehnten ab. Nun die wundersame Wendung der FDP, die ihr Herz für Gerechtigkeit und für die Hamburg-Rand-Kommunen entdeckt hat. Das Ziel, liebe FDP, unterstützen wir, brauchen dabei aber Ihre Nachhilfe gar nicht. In unserem Koalitionsvertrag haben wir vereinbart:

„Ab 2013 wird die Landesregierung an die betroffenen Kommunen im Hamburger Rand einen Ausgleich der Schulkostenbeiträge für Hamburger Schülerinnen und Schüler zahlen.“

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Das werden wir umsetzen. Der Staatssekretär hat dies bei einem Besuch in Halstenbek bereits angekündigt. Die regierungstragenden Fraktionen werden das Geld im Haushalt zur Verfügung stellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abgeordnete Serpil Midyatli [SPD])

Das Ministerium wird die Schulkostenbeiträge der Kommunen für die Schülerinnen und Schüler, die nach Hamburg gehen, und die, die aus Hamburg kommen, verrechnen, wobei diese Lösung nur ein Zwischenschritt für uns sein kann. Wir wollen eine gemeinsame **Schulplanung mit Hamburg**, und diese wollen wir bis 2015 auf den Weg bringen, um ein Gastschulabkommen überflüssig zu machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Da es sich bei Drucksache 18/159 um einen Gesetzentwurf handelt und er zudem finanzrelevant ist, beantrage ich die Überweisung in den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss. Bei dem anderen Antrag geben wir uns damit zufrieden, dass er im Ausschuss weiter beraten wird, obwohl er aus unserer Sicht abstrus ist. Ich habe auch den Eindruck, dass die FDP ihren Antrag nur gestellt hat, um ihn als Vehikel zu benutzen, um die Personalpolitik der Landesregierung zu thematisieren. Das ist in unseren Augen durchsichtig und nicht seriös.

(Ines Strehlau)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Seit wann legt ihr denn darauf Wert? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wollte ich gerade sagen: Bei euren Anträgen habt ihr doch nie Wert darauf gelegt, dass sie seriös sind! Ich kann mich daran erinnern, dass die Grünen gefordert haben, wir sollten 30 Millionen an Hamburg für die Gastschüler zahlen! - Zuruf Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich halte diesmal auch eine Rede, und ich werde auch die gleichen Argumente viermal wiederholen. Wenn mir das die ständigen Zwischenrufe erspart, dass wir dazu keine Meinung hätten, dann wiederhole ich das Gleiche noch einmal.

(Beifall PIRATEN, CDU, FDP, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Machen Sie das doch!)

Der **Schullastenausgleich** für Schülerinnen und Schüler, die in Hamburg wohnen und in Schleswig-Holstein zur Schule gehen, ist nach wie vor ungerecht. Ich bin im Grunde nicht dafür, unendlich lange zu diskutieren, wer in der Vergangenheit wofür die Schuld trägt. Ich bin stattdessen dafür zu sehen, was wir in der Zukunft besser machen können.

(Beifall Abgeordnete Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In diesem Fall allerdings lohnt ein Blick in die Geschichte, weil seinerzeit alles bereits diskutiert wurde, was uns heute wieder begegnet. Die FDP-Fraktion hat zu dem genannten Thema einen Gesetzentwurf vorgelegt, wie wir heute schon mehrfach gehört haben, über dessen Inhalt bereits in der letzten Legislaturperiode eingehend im Plenum und in den beteiligten Ausschüssen gesprochen wurde.

Der Unterschied zu heute liegt lediglich darin, dass der Gesetzentwurf seinerzeit von den Grünen eingebracht wurde und die FDP, die damals noch in der Regierungsverantwortung war, den Gesetzentwurf schon deshalb nicht gut fand.

(Beifall PIRATEN, Abgeordnete Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW] - Zuruf Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP])

In der Diskussion war damals wie heute trotzdem erkennbar, dass es in der Sache bereits einen fraktionsübergreifenden Konsens gab; denn das **Gastschulabkommen** aus dem Jahr 2010 regelt die Beiträge der Städte und Gemeinden, wenn ihre Kinder eine Schule in Hamburg besuchen. Für den umgekehrten Fall gab es aber noch keine Regelungsgrundlagen. Dass Schülerinnen und Schüler aus Hamburg grundsätzlich zwar im Gastschulabkommen gegengerechnet werden, hat die schwarz-gelbe Landesregierung bisher aber ausschließlich dem Landeshaushalt zugutekommen lassen, und die betroffenen Gemeinden stehen ohne Ausgleich da. Das ist ungerecht und muss geändert werden. Das wurde auch im letzten Jahr schon so erkannt.

(Beifall PIRATEN, SSW, Abgeordnete Kai Vogel [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das einzige Problem dabei ist, bisher wurde einfach nicht gehandelt. Für die CDU drohte eine teure Tasse Tee. Die FDP beurteilte die Verhandlungen des Ministers schon damals als ausreichend und gut für das Land. Fest stand am Ende dennoch, dass es einen Handlungsbedarf gab.

Nun mag man dem damaligen Bildungsminister vorwerfen, im Vorfeld der Debatte, als es um den Schullastenausgleich ging, nicht sorgfältig oder schnell genug gearbeitet zu haben. Als das Problem festgestellt wurde, hatte er aber einen sinnvollen Vorschlag gemacht. Er sagte: Ich habe im November erklärt, dass ich es für sinnvoll halte, diese Problematik im Rahmen der Haushaltsaufstellung und Haushaltsgesetzgebung für den Haushalt 2013/2014 zu lösen. Vor dem Hintergrund dieses sinnhaften Vorschlags verwundert die FDP mit der Vorlage eines wortgleichen Gesetzentwurfs wie Drucksache 17/1964. Copy und Paste in Reinkultur!

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist gar nicht immer falsch. Das können Sie sich gern von uns abgucken. Wir haben gar nichts dagegen. Das Rad muss nämlich nicht jedes Mal neu erfunden werden.

Auch dass die FDP-Fraktion das Thema vorziehen und losgelöst von den **Haushaltsberatungen** regeln will, ist aus populistischen Gründen durchaus nachvollziehbar. Sie wollen eine Regierung vorfüh-

(Sven Krumbeck)

ren, die erst wenige Monate im Amt ist, in einer Sache, die Sie selbst in der Regierungsverantwortung verbaselt haben.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieses Land braucht keine populistischen Showanträge. Wir brauchen eine große, fraktionsübergreifende, ja gesamtgesellschaftliche Koalition für **Bildung**. Wir erreichen für die Bildung in Schleswig-Holstein nichts, wenn wir uns sogar in den Fragen, in denen eigentlich Konsens herrscht, auseinanderbewegen.

(Beifall PIRATEN, SPD und SSW)

Ja, das Problem ist zu regeln, ja, die Lösung sollte sehr zeitnah erfolgen, und ja, das Ergebnis muss finanziell belastbar sein. Darum legt die FDP auch noch einen Entschließungsantrag zur Finanzierung vor. Aber heute sehe ich überhaupt keinen Grund dafür, haushaltsrelevante Entscheidungen den anstehenden Haushaltsberatungen vorzuziehen.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Verehrte Kollegen, wir haben die betroffenen Gemeinden im Hamburger Umland schon viel zu lange alleingelassen. Zumindest das sollte uns allen klar sein.

Wir alle wissen - der Kollege Habersaat hat das bereits lautstark angekündigt -, dass die Bildungsministerin den Faden aufnehmen und einen Abschluss über die Verhandlungen herbeiführen will. Frau Ministerin Wende hat uns dies in einem persönlichen Gespräch in der PIRATEN-Fraktion ebenfalls in Aussicht gestellt. Ich gehe davon aus, dass sie die Mittel für diese Maßnahme in den Haushaltsentwurf eingestellt hat.

(Beifall PIRATEN, SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie schon mehrfach gesagt: In dieser Sache gibt es eigentlich gar keinen politischen Dissens. Wir haben es nicht nötig, uns rein zur Selbstdarstellung zu inszenieren. Schön wäre es, wenn von diesem Landtag das Signal ausginge, dass wir alle die Entlastung der **Gemeinden** wollen und dass wir die Landesregierung dabei unterstützen, einen **Ausgleich** herbeizuführen.

Ich kann für die PIRATEN sagen, dass wir in dieser Frage einen gerechten Ausgleich wollen. Eigentlich wollen wir noch mehr, nämlich eine gemeinsame **Schulentwicklungsplanung**, die eine wirklich freie Schulwahl ermöglicht.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Über die finanziellen Modalitäten können wir im Zuge der Haushaltsberatungen gut und sachlich diskutieren. Ich folge gern dem Vorschlag von Herrn Klug aus dem letzten Jahr. Er war nämlich gar nicht dumm.

Den Gesetzentwurf der FDP können wir gern in den Ausschuss überweisen. Den Entschließungsantrag lehne ich aus den oben genannten Gründen ab. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank meinem Vorredner. Ich habe auch gedacht, die FDP diskutiert in einer Haushaltsdebatte und nicht über eine Initiative zum Schulgesetz.

Wir stehen zu unserer Aussage im Koalitionsvertrag und werden dafür sorgen, dass die Gemeinden im Hamburger Umland ab dem kommenden Jahr einen Ausgleich für Schüler aus Hamburg bekommen. Die bisherige Situation dieser Gemeinden ist ohne Zweifel untragbar und muss schleunigst geändert werden. Wir wollen im Rahmen der **Haushaltsgesetzgebung** dafür sorgen, dass die **Kommunen am Hamburger Rand** vom Land bekommen, was ihnen zusteht. Sollte es der FDP also wirklich um das Wohl der Gemeinden um Hamburg gehen, kann sie ganz beruhigt sein.

Zwar ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler, für deren Schulkosten wir eine Regelung finden müssen, seit 2010 nahezu unverändert, doch die im Gesetzentwurf der FDP genannte Summe von 360.000 € entspricht nicht den tatsächlichen Erstattungsbeiträgen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sondern?)

die durch Schleswig-Holstein zu tragen sind. Denn wir alle wissen, dass ab dem 1. Januar 2012 neue Bestimmungen zum Schullastenausgleich gelten. Die Abrechnung erfolgt seither auf der Grundlage der tatsächlichen Ausgaben des jeweiligen Schulträgers und nicht länger auf der Basis statistisch ermittelter Richtwerte.

(Jette Waldinger-Thiering)

Eines ist damit klar: Ausschlaggebend für verlässliche Berechnungen ist die jährliche Schulstatistik. Erst mit ihr können die betroffenen Gemeinden ihre einzelnen **Schulkostenbeiträge** für die Hamburger Schülerinnen und Schüler ermitteln. Eine steigende Tendenz durch die angewandte Vollkostenrechnung gegenüber bisherigen Richtwerten ist nicht auszuschließen. Doch auch hier kann ich die Damen und Herren von der FDP beruhigen: Wir sind uns dieser Unsicherheit bewusst. Wir werden die Finanzierung hinbekommen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Ja.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Kollegin, weil Sie den Betrag von 360.000 € bestritten haben - können Sie mir sagen, über wie viele Schüler wir im laufenden Jahr reden?

- Das ist genau der Knackpunkt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: 327!)

Der Ausgangspunkt ist, dass es sich um eine Vollkostenrechnung und nicht um eine Zuschussrechnung handelt. Dadurch ergibt sich sicherlich auch ein etwas höherer Betrag.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fahre fort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist grausam!)

- Grausam ist etwas anderes, Herr Kubicki. - Aus Sicht des SSW darf bei diesem Thema nicht vergessen werden, dass es in erster Linie um die Schülerinnen und Schüler in der betroffenen Region geht. Mitunter entsteht der Eindruck, dass es sich hier nur um Geld dreht. Im Sinne der Kinder wollen wir eine gemeinsame **Bildungsplanung mit Hamburg** erarbeiten, um die wirklich freie Schulwahl entlang dieser Ländergrenze möglich zu machen. Dies gilt sowohl für öffentliche und freie allgemeinbildende Schulen wie auch für berufliche Schulen. Wir arbeiten hier an einer Lösung, die ausdrücklich nicht zu einem höheren Verwaltungsaufwand für Land und Kommunen führen darf. Auch dieser Hinweis ist in diesem Zusammenhang wichtig.

Doch zurück zu den vorliegenden Initiativen der FDP: Sieht man einmal von den albernem Gegenfi-

nanzierungsvorschlägen ab, brauchen wir natürlich eine Lösung des genannten Problems. Aus diesem Grund sollten die Vorlagen in den Bildungs- und den Finanzausschuss überwiesen und im Rahmen der Haushaltsberatung diskutiert werden. Allerdings scheint uns ein **Verrechnungsverfahren** - im Vergleich zum Weg über eine Erstattungspflicht - weniger kosten- und zeitaufwendig. Ich bin mir jedenfalls sehr sicher: Am Ende wird eine Lösung stehen, mit der die Hamburger Umlandgemeinden weit besser leben können als bisher. Damit tun wir wieder einmal mehr für die Menschen als die alte Regierung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Als Erste hat Frau Abgeordnete Heike Franzen von der CDU-Fraktion das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ein bisschen verwirrt über die Aussagen aus den regierungstragenden Fraktionen und würde gern wissen, was denn nun tatsächlich Sache ist. Wollen Sie einen Ausgleich aus dem Haushalt heraus zahlen, oder soll es einen Vollkostenausgleich geben? Ich erinnere an die Diskussion, die wir in der letzten Legislaturperiode über das **Gastschulabkommen** mit Hamburg hatten. Hamburg hat sehr hohe Anforderungen an uns gestellt, und zwar im Rahmen von 30 Millionen €, die wir ausgleichen sollten. Wenn das zulasten der **Kommunen** um den **Hamburger Rand** gehen soll, wünsche ich viel Vergnügen bei der Diskussion.

Ich würde gern wissen: Was wollen Sie tatsächlich? Wollen Sie den Vollkostenausgleich? Sollen die Kommunen tatsächlich den vollen Schülerkostensatz, den Hamburg erhebt, nach Hamburg zahlen, der übrigens erheblich teurer ist als der Schülerkostensatz, der in Schleswig-Holstein erhoben wird, oder wollen Sie einen Ausgleich aus dem Haushalt an die Kommunen zahlen, so wie die FDP-Fraktion es beantragt hat? Darauf hätte ich gern eine Antwort.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Martin Habersaat das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich ist das Thema eines, das man in großer Gelassenheit diskutieren könnte, weil es sich im Prinzip um Verwaltungsvorgänge handelt und, was die Beiträge angeht, um solche, die weder die Finanzkraft des Landes Schleswig-Holstein in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich tangieren noch die Finanzkraft der einzelnen Kommunen, über die wir gerade reden.

Ich komme aus dem **Hamburg Rand**, aber rate trotzdem zu Gelassenheit. Die Gemeinden, um die es geht, haben vorher jahrzehntelang davon profitiert, Schülerinnen und Schüler nach Hamburg schicken zu können, und haben dafür nichts bezahlt. Jetzt gab es einmal zwei Jahre, in denen sie ein bisschen benachteiligt waren, aber sogar ich als Mensch aus dem Hamburger Rand sage: Ruhig Blut, das lösen wir, alles wird gut.

- Deshalb übersehe ich jetzt auch, dass mir da der Vogel gezeigt wurde, Herr Kubicki, vielleicht galt das auch nicht mir, sondern so allgemein dem Saal. Dann wäre das sowieso ein Grund für große Ruhe.

Die große Aufregung kommt nur deshalb in die Diskussion, weil Sie diesen eigentlichen Verwaltungsteil mit einem Entschließungsantrag verbinden, der Ihnen die Gelegenheit gibt, noch einmal insgesamt mit der Regierung abzurechnen. Das können wir machen. Dann kann ich hier auch noch einmal in den Raum werfen, dass wir damals unter anderem deshalb empört waren, weil Sie als Mittelstandsbeauftragten ausgerechnet den CDU-Schatzmeister gewählt hatten, der dann mit einem Dienstwagen von Unternehmen zu Unternehmen gefahren wurde. Aber das sind alles Diskussionen, die wir uns heute sparen können.

Der Staatssekretär war im Kreis Pinneberg und hat da mitgeteilt, dass die Kommunen künftig die Schülerinnen und Schüler gegenrechnen können, Frau Franzen. Ich denke, das wird die Lösung sein, über die wir am Ende sprechen. Das heißt, wenn aus Pinneberg 50 Schüler nach Hamburg gehen und aus Hamburg 40 Schüler nach Pinneberg, dann zahlt Pinneberg für zehn Schüler. Das ist die Lösung, so wie ich sie verstanden habe. Das können wir im Rahmen der **Haushaltsberatungen** noch

einmal diskutieren. Wenn Sie einen besseren Vorschlag haben, können wir den auch gern aufnehmen.

Ansonsten: Ruhig Blut, die wichtigen Themen kommen später bestimmt noch. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki von der FDP-Fraktion.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin immer hoch erfreut, wenn aus der Fraktion der reichen Windmüller und Solarerben Vorschläge kommen, wie man das parlamentarische Verfahren gestalten könnte.

Ich kann den PIRATEN nur empfehlen, auch zukünftig weiter solche Redebeiträge in Debatten zu halten. Sie sind sehr unterhaltsam, aber bedauerlicherweise wenig von Sachkenntnis geprägt. Denn wir treffen uns nicht nur einmal im Jahr, um Haushaltsberatungen durchzuführen und sozusagen im Zusammenhang damit dann alle Gesetze zu verabschieden, sondern Sie brauchen für die Verabschiedung von Mitteln eine gesetzliche Grundlage. Und wenn Sie zum 1. Januar 2013 anfangen wollen, die Gemeinden zu entlasten - das war ja der gemeinsame Wunsch aller hier im Haus -, dann müssten Sie dazu rechtzeitig eine gesetzliche Grundlage schaffen.

Selbstverständlich steht immer die Bitte der regierungstragenden Fraktionen im Raum - das akzeptiere ich auch, Herr Habersaat -, wenn man einen Vorschlag unterbreitet, für Gegenfinanzierungsvorschläge zu sorgen. Sie können sagen, die halten Sie nicht für sinnvoll, und andere machen, aber zu sagen, dass die Gegenfinanzierungsvorschläge unsinnig seien oder unseriös, finde ich ziemlich vermessen. Auf der anderen Seite erwarten wir dann auch von Ihnen, nicht einfach zu sagen, wir geben Geld aus, ohne zu erklären, wo es herkommen soll. Das ist auch ein bisschen wenig an politischer Substanz hier im Haus.

Ich möchte nur darauf hinweisen: CDU und FDP haben zweieinhalb Jahre zusammen regiert. Alles, was davor war, liegt nicht in unserer Verantwortung. Die Sozialdemokraten waren für die Bildungspolitik und den finanziellen Austausch mit

(Wolfgang Kubicki)

Hamburg 20 Jahre lang verantwortlich. Ich möchte an diesem Punkt daran erinnern, dass die Grünen

(Abgeordnete Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Abgeordneter Wolfgang Baasch [SPD] unterhalten sich)

- Frau Erdmann, vielleicht hören Sie einmal zu! - dem Land Schleswig-Holstein, uns, empfohlen haben, auf die doch sehr weitreichende Forderung der grünen Bildungssenatorin aus Hamburg einzugehen, nämlich 30 Millionen € **Schullastenausgleich** zu zahlen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wenn wir Ihnen schon damals gefolgt wären, um den Haushalt in Hamburg zu sanieren statt den in Schleswig-Holstein, dann sähe es in Schleswig-Holstein bitter aus.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Deshalb kommen Sie einmal eine Stufe runter, und tun Sie nicht so, als sei alles das, was in den letzten zweieinhalb Jahren gewesen ist, schlecht gewesen. Wir tun auch nicht so, als sei all das, was die letzten 20 Jahre lang gewesen ist, schlecht gewesen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Nicht?)

- Wir gucken uns einmal in Ruhe an, Frau Midyatli, wo Sie in einem halben Jahr stehen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Gern!)

Noch einmal: Die Regierungskoalition wird auf Dauer nicht damit bestehen können, sich nur von dem abzugrenzen, was vorher war. Sie wird irgendwann auch einmal dokumentieren müssen, was sie selbst will, und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern auch darüber, was sie tatsächlich und faktisch umsetzt.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich sage Ihnen angesichts der Debatten, die wir heute Morgen geführt haben - Frau Erdmann, gehen Sie einmal davon aus, davon verstehe ich ein bisschen -: Ihnen wird am Ende des Jahres noch schwindelig werden mit unserer HSH Nordbank und unserer Beteiligung daran. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Dreiminutenbeiträge sehe ich nicht. Für die Landesregierung spricht deshalb jetzt die Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Professor Dr. Waltraud Wende.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion habe ich nicht ohne Vergnügen gelesen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch schön!)

Er ist wortgleich - wie wir heute mehrfach gehört haben - aus dem Gesetzentwurf der grünen Abgeordneten Ines Strehlau aus der vergangenen Legislaturperiode abgeschrieben. Im Gegensatz zu Schule und Universität ist Abschreiben im Landtag erlaubt.

(Beifall PIRATEN und Abgeordnete Serpil Midyatli [SPD])

Unbemerkt aber ist das Abschreiben nicht geblieben, das haben wir heute wiederholt gehört.

Ich habe zum wiederholten Mal den Eindruck, dass uns die FDP bei der Umsetzung des Koalitionsvertrags helfen will. Das freut mich, und das ist gut so.

In der vergangenen Landtagstagung ging es um die Kosten der Schülerbeförderung, heute geht es um den **Ausgleich** der **Kommunen**, die Schüler aus Hamburg aufnehmen. Der Alterspräsident des Landtags hat unseren Regierungsstil bereits vor einigen Wochen als smart, sprich clever, bezeichnet.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo war das denn? - Martin Habersaat [SPD]: Wie konnte das passieren? - Heiterkeit)

- Sie haben uns als Dienstwagen den Smart zugeteilt - in der Zeitung nachzulesen -, Sie meinten, unserer Leistung entspreche dem Smart. Smart, Sie können sicherlich auch rudimentär Englisch, heißt clever. Deshalb fand ich das ein tolles Kompliment.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist ein Kleinwagen!)

Allerdings müssen Sie sich auch bemühen, wenn Sie an unserer Seite stehen wollen.

(Heike Franzen [CDU]: Nun sagen Sie doch einmal etwas zum Gastschulabkommen!)

Sie sollten nicht einfach kopflos abschreiben, sondern mitdenken. Aber vielleicht war das Abschreiben gar nicht so kopflos wie von mir unterstellt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein, Frau Lehrerin!)

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

Ines Strehlau wollte damals zur Lösung eines tiefgreifenden Konflikts zwischen **Land** und **Schulträgern** im **Hamburger Umland** beitragen. Sie verfolgten damit offensichtlich ein ganz anderes Ziel.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Woher wissen Sie das denn?)

Dem heute von Ihnen eingebrachten Gesetzentwurf haben Sie selbst, als Sie noch in der Regierungsverantwortung waren und als er von Frau Strehlau eingebracht wurde, nicht zugestimmt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja, weil kein Finanzierungsvorschlag vorlag!)

Warum nur, könnte Mann oder Frau sich da fragen. Lag es nur an der Gegenfinanzierung?

(Zurufe CDU und FDP: Ja!)

Und ist Ihr Vorschlag, Ihr humoristisch gemeinter Vorschlag für eine Gegenfinanzierung seriös gemeint?

(Christopher Vogt [FDP]: Was ist daran humoristisch?)

Vielleicht sind Sie mittlerweile auch klüger als zu Regierungszeiten. Ich wage da keine Antwort.

Aber möglicherweise ist die Erklärung für Ihr wenig stringentes Verhalten ja ganz einfach.

(Heike Franzen [CDU]: Kommen Sie doch einmal zum Thema!)

Ihre Strategie besteht darin, dass Sie einen durch Ihr eigenes Regierungshandeln verursachten Konflikt mit Kommunen und Gemeinden im Hamburger Umland auf die neue Landesregierung übertragen wollen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was ist los?)

Allerdings wird Ihnen das nicht gelingen. Wir sind smart, wir sind clever - das wissen Sie doch.

(Vereinzelt Lachen CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dass Sie clever sind, das glauben auch nur Sie!)

Wir haben uns entschieden, Ihren Gesetzentwurf zu verwerfen, weil er erstens zu hohen Verwaltungsgebühren und Verwaltungskosten führt.

(Lachen CDU und FDP)

Zweitens sind die zugrunde gelegten Kostensätze wenig durchdacht und nicht aufeinander abgestimmt.

(Zurufe CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Ministerin, habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass der von uns abgeschriebene und von den Grünen eingebrachte Entwurf nach Ihrer Einschätzung völliger Unsinn ist, weil er zu hohen Verwaltungsgebühren und zu hohem Verwaltungsaufwand führt? Habe ich das gerade richtig so verstanden, dass die Grünen in der letzten Legislaturperiode einen hundsmissablen Gesetzentwurf eingebracht haben?

- Ja, und das Schlimme daran ist, dass Sie ihn abgeschrieben haben. Mitdenken ist gefragt.

(Lachen CDU und FDP - Vereinzelter Beifall SPD)

Aber lieber Kollege Kubicki, das kann passieren, wenn man kopflos abschreibt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sensationell!)

Unsere Lösung für das Problem sieht anders aus. Wir schreiben nicht ab, sondern versuchen, den Schulträgern und den Kommunen im Land konstruktive Lösungen anzubieten. Bis zum Abschluss des neuen **Gastschulabkommens** mit Hamburg im Jahr 2015 werden wir vorübergehend folgendes Verfahren praktizieren. Dieses Verfahren ist mit den Kommunen auch bereits abgestimmt. Der Staatssekretär hat einen Konsens erreicht. Ab 1. Januar 2013 dürfen Schulträger, die von Schleswig-Holstein nach Hamburg abgegebenen Schüler und Schülerinnen mit den von Hamburg in Schleswig-Holstein aufgenommenen Schülern und Schülerinnen verrechnen.

Das Ganze belastet den Landeshaushalt mit 300.000 bis 500.000 €; das ist ein Betrag, den wir in den neuen Haushalt einstellen werden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Franzen?

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Gerne.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Heike Franzen [CDU]: Frau Ministerin, können Sie mir sagen, wer hier über Anträge entscheidet, die Landeregierung oder das Parlament?

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Das Parlament.

(Heike Franzen [CDU]: Sehr gut!)

- Aber ich habe bereits mit der Koalition gesprochen.

(Große Heiterkeit)

Noch haben wir eine Mehrheit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich wiederhole, damit Sie wieder in den Film kommen. Das Ganze belastet den Landeshaushalt mit 300.000 bis 500.000 €. Der Schulfriede ist uns dies wert.

Eine endgültige Regelung wird es dann mit dem neu auszuhandelnden **Gastschulabkommen 2015** geben.

Meine Damen und Herren, Dank für Ihre zumindest partielle Aufmerksamkeit! Es war mir ein Vergnügen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Uns auch! - Beifall)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/159 sowie den Antrag Drucksache 18/164 dem Bildungsausschuss federführend und dem Finanzausschuss mitberatend zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das bei einer Gegenstimme des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/200

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Herrn Abgeordneten Martin Habersaat von der SPD-Fraktion das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Stell dir vor, es gibt eine Regierung, die hört dir zu!“ - Das war in den 80er-Jahren ein sehr erfolgreicher Wahlkampfslogan. Der Erfolg war ein bisschen durch die Mithilfe der Gegenseite begründet, aber er lag sicher auch daran, dass die Idee gut ist, dass man eine Regierung hat, die zuhört.

Schleswig-Holstein ist 38 Jahre lang dadurch aufgefallen, dass es sehr konstant war, was die Wahlen und die Regierung angeht. In den letzten Jahren ist das Land eher sprunghaft.

(Zuruf Abgeordnete Anita Klahn [FDP])

- Damit, Frau Klahn, meine ich gar nicht irgendwelche Parteien, sondern damit stelle ich fest, dass die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner in den letzten vier Legislaturperioden so gewählt haben, dass vier verschiedene Regierungskonstellationen dabei herausgekommen sind. Mit Ausnahme der PIRATEN haben wir alle in irgendeiner Form einmal drin gegessen.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir sind doch hier nicht im Gefängnis!)

Das verträgt sich nicht unbedingt mit dem **Wunsch nach Konstanz**, der besonders an den **Schulen** herrscht, wo man zumindest in den letzten Jahren den Eindruck hatte, dass es von oben verordnet immer wieder neue Reformen gab und immer wieder neuen Druck, etwas ändern zu müssen.

2007 hat dieser Landtag ein neues **Schulgesetz** beschlossen, das eigentlich ein großer Wurf war; das hatte er mit einer sehr breiten Basis beschlossen. Das hätte man zum Grund nehmen können, um wieder Konstanz in die Bildungspolitik in Schleswig-Holstein einkehren zu lassen. Stattdessen haben sich die Kolleginnen und Kollegen der CDU dafür entschieden, der FDP zweieinhalb Jahre lang das Feld zu überlassen und sich zweieinhalb Jahre im bildungspolitischen Bereich austoben zu lassen.

Nun haben wir eine Regierung, die zuhört. Frau Ministerin Wende hat eine **Bildungskonferenz** mit weit über 100 Teilnehmern organisiert, die von ei-

(Martin Habersaat)

nem sehr konstruktiven Klima geprägt war. Mit Ausnahme von zwei Vertreterinnen der Opposition habe ich da eigentlich niemanden den ganzen Tag über schlecht gelaunt herumlaufen sehen. Alle waren um Dialog bemüht, und alle waren in einem konstruktiven Prozess.

(Anita Klahn [FDP]: Wir auch!)

Bewusst war das so angelegt, dass nicht die Bildungspolitiker redeten, sondern vor allem alle diejenigen, die täglich in der Schule mit Bildung befasst sind, und die Rolle der Bildungspolitik und auch des Ministeriums war in erster Linie eine zuhörende. Stell dir vor, du hast eine Regierung, die hört zu.

Der weitere **Dialog** wird derzeit vorbereitet. Das Ministerium ist damit befasst, die Bildungskonferenz auszuwerten, wird Vorschläge zur weiteren Entwicklungen, zu weiteren Konferenzen, Arbeitsgruppen und Dialogveranstaltungen unterbreiten. Wir, meine Damen und Herren, gehen nicht ohne Standpunkt in diesen Dialog; das haben wir hier schon oft vorgetragen. Ich muss nicht ein weiteres Mal begründen, warum wir längeres gemeinsames Lernen für eine gute Idee halten und warum es für uns nicht hinnehmbar ist, wenn in einem Bildungssystem die soziale Herkunft vor allem für Bildungschancen verantwortlich ist.

(Beifall SSW)

Der weitere Dialog steht auch überhaupt nicht im Gegensatz zu dem von uns heute vorgelegten **Vorschaltgesetz**. Im Gegenteil: Das Vorschaltgesetz ermöglicht den Dialog erst.

(Lachen FDP)

Ich dachte mir bereits, dass ich das den Kolleginnen und Kollegen der FDP erst noch erklären muss. Ich habe dafür ein einfaches Bild gewählt. Stellen wir uns ein Schachturnier vor, das am Abend aus Zeitgründen unterbrochen werden muss. Dann ist es ja nur fair, wenn am nächsten Morgen die Figuren noch genauso dastehen, wie man das Brett am Abend verlassen hat, statt dass irgendjemand nachts hereinschleicht und alles neu sortiert und gruppiert. Deswegen möchten wir, dass während dieses Dialogs keine weiteren Gemeinschaftsschulen abschlussbezogene Klassen einrichten, und deswegen möchten wir, dass sich an der Frage G 8, G 9, G Y in der Zwischenzeit nichts ändert.

(Beifall SPD)

Um das hier noch einmal deutlich zu sagen: An keiner einzigen Schule im Lande muss sich durch die-

ses Vorschaltgesetz irgendetwas ändern. Alles bleibt so, wie es ist. Wir führen den Dialog, wir sprechen mit den Betroffenen, wir hören zu, und wir lassen das alles in ein neues **Schulgesetz 2014/2015** einfließen.

Das genau ist der Unterschied, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP. Wir hören erst zu und entscheiden dann.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Im Juni dieses Jahres hat der Herr Ministerpräsident in diesem Hohen Hause in seiner Regierungserklärung Folgendes gesagt:

„Wir gehen mit klaren Vorschlägen in die Bildungskonferenz ...“

So steht es auch im Koalitionsvertrag. Zudem verspricht der Vertrag eine Eröffnungsbilanz, auf deren Grundlage die **Bildungskonferenz** bis Oktober 2012 Vorschläge für die Veränderung des Schulgesetzes machen sollte.

Die Bildungsministerin hatte zu einer solchen Konferenz eingeladen. Vorschläge der Koalition standen dort nicht zur Debatte. Eine Eröffnungsbilanz lag auch nicht vor. Dafür kündigte die Ministerin aber an, die **Schulgesetzänderung** auf das Schuljahr **2014/2015** verlegen zu wollen, um genügend Zeit für den Bildungsdialog zu haben. Das hatte für mich eine gewisse Logik, da sich die Ministerin an der Bildungskonferenz nicht aktiv beteiligt hat, sondern erst einmal nur die Konferenzteilnehmer in einen Dialog traten und die Ministerin, ihre Staatssekretäre sowie rund 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums und des IQSH dieser Diskussion nur lauschten.

Drei Tage später legten die die Regierung tragenden Fraktionen eine Änderung des Schulgesetzes vor. Unsere **Schulen** sollen in wesentlichen Bereichen in ihrer **pädagogischen Entscheidungsfreiheit** eingeschränkt werden. In der letzten Bildungsausschusssitzung machte die Ministerin deutlich, dass lediglich darüber diskutiert werden soll, wie der Koalitionsvertrag umgesetzt wird. Darüber hin-

(Heike Franzen)

aus erklärte die Ministerin, sie sei überrascht gewesen, dass die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SSW so schnell eine Schulgesetzänderung eingebracht hätten. Sie hätte allerdings vermutet, dass eine solche Änderung eingebracht werden würde.

Frau Ministerin, diese Vermutung war durchaus begründet. Denn in den Anhängen zum Koalitionsvertrag kann man folgende Passage lesen: Sie wollen prüfen, wie bis zum Inkrafttreten eines überarbeiteten Schulgesetzes zum Schuljahr **2013/14** sichergestellt werden kann, dass keine neuen G-9-Gymnasien, keine neuen Regionalschulen, keine neuen Gemeinschaftsschulen mit abschlussbezogenen Klassen genehmigt werden. Dass das nicht ohne Gesetzesänderung geht, ist klar.

Sie haben also trotz Ihrer Vermutung, dass die regierungstragenden Fraktionen bereits zum nächsten Schuljahr eine Schulgesetzänderung wollen, noch am 8. September auf der Bildungskonferenz die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Ihrer Ankündigung, dass die Schulgesetzänderung auf Ihren ausdrücklichen Wunsch hin auf das Schuljahr 2014/15 verschoben wird, wissentlich hinters Licht geführt.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich finde es schade, dass der Herr Ministerpräsident nicht da ist. Ich würde den Herrn Ministerpräsidenten heute fragen: Können sich die Menschen in diesem Land auf sein Wort verlassen? Ist er bereit, das zu tun, was er den Menschen in seiner Regierungserklärung versprochen hat?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein!)

- Wenn das so ist, dann stellen Sie die Vorschläge der Koalitionsfraktion im Bildungsdialog zur Diskussion. Sorgen Sie dafür, dass die versprochene **Eröffnungsbilanz** endlich erstellt wird und setzen Sie sich, Herr Ministerpräsident, als SPD-Abgeordneter dafür ein, dass dieser **Gesetzentwurf** zurückgezogen wird, damit der von Ihnen versprochene Bildungsdialog uneingeschränkt stattfinden kann.

(Beifall CDU und FDP)

Sie haben eine Einstimmenmehrheit, und die Stimme des Ministerpräsidenten zählt. Darüber hinaus, meine Damen und Herren, ist Ihr Vorstoß völlig überflüssig. Welches Gymnasium hat bisher eine Veränderung seines Angebots überhaupt beantragt? Wie viele Gemeinschaftsschulen wollen denn in diesem Schuljahr tatsächlich weitere abschlussbezogene Klassen einführen?

Das Einzige, was Sie mit Ihrem Antrag unseren Schulen im Land signalisieren, ist Ihr Misstrauen in deren Entscheidungsfähigkeit, in deren Entscheidungsfähigkeit vor Ort.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Sie wollen mit allen Mitteln und auf jeden Fall verhindern, dass sich die Schulen für Modelle entscheiden, die sie aus ideologischen Gründen ablehnen. Es sind nicht die Ergebnisse der Bildungskonferenz, die Sie zur Grundlage des heutigen Antrags auf Änderung des Schulgesetzes machen, sondern es sind Ihre eigenen bildungspolitischen Vorstellungen.

Ich appelliere noch einmal an den Ministerpräsidenten. In seiner Regierungserklärung hat er den Schulen zugesagt:

„Der Grundsatz soll sein, dass alles, was besser vor Ort geregelt wird, auch vor Ort geregelt werden soll.“

Lassen Sie uns also bitte darüber diskutieren, ob pädagogische Entscheidungen wie die Struktur und die Organisation von Unterricht nicht besser vor Ort in unseren Schulen von den direkt Beteiligten und nicht von uns hier in Kiel geregelt werden sollten.

(Beifall CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und auch Herr Ministerpräsident, tun Sie sich selbst einen Gefallen und ziehen Sie diesen Antrag zurück!

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kernfrage - das hat Frau Franzen gerade deutlich gemacht - ist heute: Steht diese **Übergangsregelung** mit dem großen Bildungsdialog im Widerspruch?

Und ich als eine, die den **Dialog** immer besonders eingefordert hat, auch schon zu Zeiten, als wir in der Opposition waren, sage Ihnen: Nein, meines Erachtens ist es kein Widerspruch.

Ich möchte Ihnen das auch begründen. Klar haben wir als Koalition eine Position, und es wäre auch

(Anke Erdmann)

gaga, hätte wir sie nicht. Das wäre ein Skandal. Aber eine eigene Position zu haben und trotzdem in den Dialog zu treten, ist kein Widerspruch, sondern ein Spannungsverhältnis. Ich glaube, wir sind hier wirklich in einem Bereich, in dem man sich das ein bisschen gelassen anschauen kann.

Wir gehen in den Dialog und fragen: Liegen wir insgesamt richtig? Was haben wir übersehen? Was muss bei der Umsetzung beachtet werden? - Wenn man solche Fragen nicht stellt, kommt ein solcher Psychoerlass wie bei Minister Klug heraus. Das war ein Webfehler im Gesetz und nicht ein von Ministerialbeamten verursachter Fehler. Das muss man sich einmal klarmachen. Das wollten wir auch im Sinne der Schulen vermeiden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das **Themenspektrum** in der Bildungslandschaft ist total breit, und das hat diese **Bildungskonferenz** gezeigt. Auch der Strauß an Gesetzesänderungen, Frau Franzen, der daraus folgt, das was in den Arbeitsgruppen besprochen worden ist, ist breit. Ich habe leider noch keine Dokumentation gesehen. Aber ich erinnere ganz bestimmte Punkte: Versorgung vom Übergang in die Oberstufe, Grundschulversorgung in der Fläche, Umwandlung von Regional- in Gemeinschaftsschulen, die Abschulung. Auch die kommunale Familie hat gesagt, sie sieht Änderungsbedarf. Es gibt also eine Menge Themen, die möglicherweise in einer Schulgesetznovelle betrachtet werden sollen. - Sie nicken, Frau Franzen. Das sind alles nur die Punkte, die ich erinnere. Ich weiß, dass es weitere Punkte gab.

Was liegt mit diesem Antrag auf dem Tisch? - Wir wollen einmal die Kirche im Dorf lassen. Hier steht: Keine neuen Gemeinschaftsschulen mit haupt- und realschulbezogenen Klassen und keine weiteren Y- und G-9-Gymnasien, beides befristet bis Juli 2014. Es geht also um einen kleinen Teilausschnitt des ganzen Straußes, der aufgeführt ist.

(Zuruf Abgeordneter Tobias Koch [CDU])

- Genau, Herr Koch, jetzt kommt die Passage für Sie. Wer genau liest, merkt: Keine **Schule** muss ihr **Konzept** ändern - keine einzige. Und eine gesetzliche Keule, die den Dialog erschlägt, sieht wahrlich anders aus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Christopher Vogt [FDP]: Sie dürfen es auch nicht mehr!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Franzen?

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, natürlich.

Heike Franzen [CDU]: Frau Abgeordnete Erdmann, hat die Befristung, die Sie in Ihren Antrag hineingeschrieben haben, die Bedeutung, dass es nach 2014 auch wieder möglich sein kann, Y-/G-9-Gymnasien beziehungsweise abschlussbezogene Klassen an den Gemeinschaftsschulen einzurichten?

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Franzen, möglicherweise ist Ihnen das für den Dialog selbst fremd, denn in Ihrer Regierungszeit hat man Dialog noch nicht einmal buchstabiert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ministerin hat ein paar Mal deutlich gemacht, dass sie in diesen Punkten durchaus beratungsfähig ist. So ist der Dialog gemeint. - Vielen Dank, Sie können sich setzen; die Beantwortung der Frage ist zu Ende.

Aber es geht wunderbar flüssig über. Frau Franzen, erinnern Sie sich an die **Anhörungsergebnisse**? Sie haben uns gerade mit einer ziemlichen Strenge gefragt. Ich frage jetzt einmal mit der gleichen Strenge zurück: Frau Franzen, erinnern Sie sich an die Anhörungsergebnisse zu Ihrem Schulgesetz 2011, die genau zu diesen beiden Paragrafen war, § 43 Abs. 1 und § 44? Erinnern Sie auch, dass sich für diese Änderung der Paragrafen in dem einen Fall und in dem anderen Fall drei Verbände geäußert haben? - Die Zahl derjenigen, die sich dagegen geäußert haben, waren das eine Mal acht und das andere Mal 13 Verbände. Sie werfen uns einen Dialog vor. Wir haben uns diese Anhörungsergebnisse von 2011 sehr genau angeschaut.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Gerade das „Gemurkse“ am Gemeinschaftsschulparagrafen war schon die Krönung. Man hat auch gesehen, von 138 Gemeinschaftsschulen haben drei Schulen diesen Weg gewählt. Das war bei den Gymnasien anders. Das konstatieren wir auch, und man sieht auch im Koalitionsvertrag, dass wir da einen Unterschied machen.

(Anke Erdmann)

Aber einen Vorwurf von Ihnen, Frau Franzen, nehme ich ernst - den Schuh müssen wir uns anziehen -: Ist es möglicherweise eine Änderung, die keine Auswirkungen in der Praxis hat? Aber mit dem Vorwurf kann ich leben.

Ich knüpfe jetzt einmal bei Herrn Habersaat an: Stell dir vor, ein Gesetz wird verändert, und keiner merkt es. Das ist sozusagen das, was man uns vorwerfen kann, indem man sagt: Unser Vorgehen ist vielleicht nicht elegant, aber es ist pragmatisch. Es ist deshalb pragmatisch, weil wir bis 2014 eine vernünftige **Genehmigungspraxis** haben. Wenn Sie sich anschauen, welche Ergebnisse es aus den Anhörungsverfahren mit den vielen Verbänden gibt, erkennen Sie: da gibt es schon eine Tendenz, in welche Richtung das mit dem Schulgesetz möglicherweise laufen wird, und die bilden wir hier auch ab.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

All das zeigt mir: Diese Übergangsregelung steht dem Bildungsdialog so sehr im Weg wie ein Hase einem Elefanten. Ich glaube, man kann das, wenn man Ihrer Argumentation folgt, nachvollziehen.

Ich habe noch einen Wunsch zum Schluss. Aus Ihren Reihen wird gern von der Einheitsschule geredet. Wenn Sie in dieser Kampfrhetorik steckenbleiben, wie muss ich die anderen Schulen Ihrer Meinung nach bezeichnen? Sind das dann die Separationsschulen?

Ich bitte Sie, kommen Sie raus aus diesen alten rhetorischen Gräben. Gräben sind wunderbar für Schlachten, aber für den Dialog sind sie komplett ungeeignet. Man wird erstens nicht gesehen, und zweitens bekommt man nichts mit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es wäre total super, wenn wir im Parlament da ankommen würden, wo die Schulen und auch die Bildungslandschaft inzwischen längst sind, nämlich jenseits der Grabenkämpfe. Ich würde mich freuen.
- Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der Debatte zu diesem Thema könnte man glauben, dass man in dem Film „Zurück in die Zukunft“ ist. Vor 20 Tagen verkündete Ministerin Wende in der **Bildungskonferenz** mit starken Worten, dass die von der Regierungskoalition geplante **Schulgesetzänderung** um ein Jahr verschoben werde. Sie begründet dieses mit dem notwendigen Zeitbedarf für den Dialog. Chapeau, Frau Ministerin! Demnach müssten wir uns heute im September 2013 wähen, denn uns liegt ein Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes vor. Aber keine Sorgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind immer noch im Jahr 2012 und nicht über Nacht gealtert.

(Zuruf SPD)

Was ist also geschehen? - Nach einer beeindruckenden Halbwertzeit von nicht einmal drei Tagen kassieren die **regierungstragenden Fraktionen** die vollmundigen Ankündigungen ihrer Ministerin wieder ein, um die eigenen **schulpolitischen Vorstellungen** durchzuboxen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Was sagt die Ministerin dazu? - Sie sei überrascht, wie schnell das Gesetz gekommen sei, und ergänzt noch, dass die Betonung auf „schnell“ liege. Denn vermutet habe sie dieses ja. Meine Damen und Herren, nach der Dänen-Ampel sollte Dialog Trumpf sein. Die Realität ist eine ganz andere. Die Mitglieder der Dänen-Ampel reden nicht einmal miteinander. Die Bildungsministerin hat im Bildungsausschuss ganz unumwunden zugegeben, dass sie in die Entscheidungen der Koalitionsfraktionen, dieses Gesetz vorzulegen, nicht eingebunden war.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Martin Habersaat?

Anita Klahn [FDP]:

Ja.

Martin Habersaat [SPD]: Frau Kollegin, ich habe zwei Fragen. Erstens. Werden Sie eigentlich dafür bezahlt, dass Sie möglichst oft das Wort Dänen-Ampel in Ihrer Rede unterbringen?

(Beifall SPD - Heiterkeit Abgeordnete Anita Klahn [FDP])

(Anita Klahn)

Zweitens. Waren Sie eigentlich im August dabei, als ich sagte, wir werden einen Dialogprozess starten und wir werden uns darüber zu unterhalten haben, wie wir während des Dialoges Schritte in die falsche Richtung verhindern?

- Die Frage 1 beantworte ich mit Nein, und die Frage 2 mit Ja. Aber ich vermisse diesen Dialog.

Darf ich fortführen? - Danke.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich denke, dass die Koalitionsfraktionen genauso überrascht von den Ankündigungen ihrer Ministerin auf der Bildungskonferenz gewesen sind, die Schulgesetzänderung vernünftigerweise aus unserer Sicht um mindestens ein Jahr zu verschieben. Aber, wie gesagt, es wird nicht miteinander geredet. Keiner weiß, was der andere tut.

Meine Damen und Herren, das ist ein Affront allererster Güte. Sie haben Ihre Bildungsministerin damit desavouiert. Die **Bildungsministerin** erfährt aus der **Presse**, welche **Schulpolitik** gemacht werden soll. Vor diesem Hintergrund wird die Bildungskonferenz für mich zur Farce.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Frage der Frau Abgeordneten Anke Erdmann?

Anita Klahn [FDP]:

Gerne.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich bedanke mich ganz herzlich. - Mögen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass die Regierungsfractionen vorher von dem Vorhaben der Ministerin informiert worden sind, die Schulgesetzreform zu verschieben?

- Ich werde das gerne zur Kenntnis nehmen, aber ich denke mir meinen Teil, in welchem Zeitverlauf Sie das erfahren haben.

(Lachen SPD)

Meine Damen und Herren, mit der geplanten Änderung knüpfen Sie nicht nur inhaltlich an die verfehlte sozialdemokratische Bildungspolitik an, an der unser Land von 1988 bis 2009 kontinuierlich leiden musste, sondern Sie stellen auch klar, dass es Ihnen wirklich nur um Ideologie geht. Keine Einbindung, kein Dialog, stattdessen mit Volldampf in Richtung Einheitsschule. - Da ist das Wort.

(Zurufe SPD: Aah! - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Schulgesetzänderung soll als Moratorium dienen,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

um den Dialog weiterzuführen. Wer soll Ihnen das glauben? - Sie haben doch bereits im Bildungsausschuss erklärt, dass die Änderungen nach Ende des Moratoriums eins zu eins übernommen werden sollen. Dieses Vorschaltgesetz ist nicht mehr als das letzte Feigenblatt, um den letzten Splitter Glaubwürdigkeit Ihrer Bildungsministerin zu erhalten.

(Beifall FDP)

Na, Frau Erdmann, eine weitere Frage?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Frage der Abgeordneten Anke Erdmann? - Bitte schön.

(Zurufe SPD)

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Über meine Erfahrungen können wir später noch einmal sprechen.

Vielen Dank, Frau Klahn. - Ich werde das Angebot gerne annehmen, auch wenn es an jemand anderes gerichtet war. Ich habe die Frage: Wie sah denn die Dialogkultur des FDP-geführten Bildungsministeriums in den letzten zweieinhalb Jahren aus? Denn Sie hatten ja gesagt, dass unter der SPD-Regierung nicht geredet worden sei. Wie sah es denn in den letzten beiden Jahren aus? Und eine Anschlussfrage: Wie sah es bei den Anhörungsergebnissen zur großen Schulgesetzreform in 2011 aus?

- Ich spreche hier in erster Linie darüber, wie Sie Dialog verstehen.

(Zurufe SPD: Ah! - Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und worin wir uns unterscheiden, ist, dass wir durchaus wahrnehmen, dass auch eine Anhörung zum Beispiel eine Form von Dialog ist. Ich denke, dass Sie jetzt nicht wirklich möchten, dass ich Ihnen dezidiert aufliste, mit wem wir wann gesprochen haben. - Oder war das der Sinn Ihrer Frage?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zusatzfrage?

Anita Klahn [FDP]:

Die verkrafte ich.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Klahn, ich würde mich dafür interessieren, wenn Sie sagen, der Dialog in der alten Regierung wäre die Anhörung gewesen: Wie verstehen Sie dann den Dialog, wenn Sie auf die Anhörungsergebnisse in den wesentlichen Fragen - das Gymnasium klammere ich jetzt einmal aus, da man geteilter Meinung sein kann, was die Anhörungsergebnisse dazu ergeben - ja nicht zurückgegriffen haben. Sie haben diese ja anscheinend auch nicht in die Schulgesetzänderung 2011 einfließen lassen. Wo war da der Dialog?

- Zum einen: Ich war in der letzten Legislaturperiode nicht im Bildungsausschuss. Ich kenne die detaillierten einzelnen Diskussionen, auf die Sie jetzt wahrscheinlich hinauswollen, nicht. Ich möchte aber doch einmal klarstellen, es muss doch möglich sein - -

(Zurufe SPD)

- Wollten Sie eine Antwort haben, Herr Winter?

(Lars Winter [SPD]: Ich nicht!)

- Okay, dann lassen Sie mich doch bitte einmal antworten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Klahn. - Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

(Zuruf SPD: Das war früher eigentlich alternativlos!)

Anita Klahn [FDP]:

Ich wollte eigentlich nur warten, bis sich alle wieder beruhigt haben, wenn das gestattet ist. - Danke.

Ich würde mich freuen, wenn auch Sie anerkennen, dass man am Ende eines Dialoges, den man geführt hat, abwägt, welche Argumente man bekommen hat und dann Entscheidungen trifft.

(Beifall Abgeordnete Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben vorhin selber darauf verwiesen, dass wir eine Anhörung gemacht haben. Deshalb finde ich Ihren Vorwurf, dass wir keinen Dialog geführt haben, sehr fragwürdig und eigentlich nicht haltbar.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Na gut. Ich denke, wir verlieren uns hier jetzt in Wortklauberei.

Meine Damen und Herren, ich möchte gerne an dieser Stelle fortfahren damit zu sagen, dass Sie in der letzten Wahlperiode ständig Schulfrieden gefordert haben.

Unsere **Schulgesetznovellierung** war ein **Kompromiss**. Ich finde, es war auch ein fairer Kompromiss, um einen Ausgleich zu erhalten. Diesen Schulfrieden wollen Sie jetzt bereitwillig gefährden.

Die Schulreform der Großen Koalition war eine Katastrophe, ein fauler politischer Kompromiss, der in keiner Weise eine Fortentwicklung unseres Schulwesens dargestellt hat.

Die Zerschlagung von Haupt- und Realschulen entsprach mit Sicherheit nicht unserer Vorstellung. Aber wir haben es akzeptiert, wir sind kompromissfähig, auch wenn Sie uns gerne unterstellen, dass wir es nicht seien. Denn wir haben davon abgesehen, hier alles wieder zurückzudrehen. Stattdessen haben wir versucht, dieses System weiterzuentwickeln, und zwar behutsam.

Außerdem haben wir die Wahlfreiheit, die Eigenverantwortlichkeit an den Schulen gestärkt, denn wir haben zu diesen Vertrauen. Und, was ganz wichtig ist, wir haben den Eltern- und den Schülerwillen respektiert.

Sie gehen jetzt wieder ihren typischen Weg und machen zentrale Vorgaben, nehmen den Schulen die Freiheit und wollen den Schulen wieder hineinregieren. Das ist nicht unsere Vorstellung von Politik, und da mögen wir sicherlich auseinander sein.

(Beifall Abgeordneter Oliver Kumbartzky [FDP])

Ich weiß nicht, wo Sie in den letzten Jahren gewesen sind, aber die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes wollen **G 9** an den **Gymnasien**.

(Zurufe SPD)

Feuerwehr, Landesjugendring, Kinderschutzbund und viele weitere Vereine und Verbände fordern dies. Bildungsfachleute beschreiben eindrucksvoll die Überforderungssituation unserer Kinder. Auch andere Länder, die unterschiedlich regiert sind, folgen uns auf diesem Weg. Ich verstehe daher einfach nicht, warum Sie den Gymnasien -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Anita Klahn [FDP]:

- die Wahlmöglichkeiten zwischen G 8 und G 9 verbauen, die Umkehr zu G 8 aber ermöglichen. Ich verstehe nicht, warum Sie abschlussbezogene Klassen dort erlauben wollen, wo Sie es wünschen. Meiner Meinung nach ist die Antwort: Ideologie.

Wir müssen den Schulen die Verlässlichkeit und die Ruhe geben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Kollegin, bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz.

Anita Klahn [FDP]:

Ich appelliere an Sie: Es ist nie zu spät, sich von einem verfehlten Gesetzentwurf zu verabschieden und ihn in der Versenkung verschwinden zu lassen. Denn da gehört er hin.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wollen Sie zum Abschluss der Redezeit noch eine Frage beantworten?

Anita Klahn [FDP]:

Nein.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gut. - Dann hat jetzt für die PIRATEN-Fraktion der Herr Abgeordnete Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Der Kollege Kubicki ist nicht da. Dann kann ich ja dieses Mal das Herumhacken auf der Vergangenheit lassen.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

Dafür versuche ich es etwas langsamer, weil ich gerade auf Twitter gelesen habe, ich sei der Einzige, der eine Fünfminutenrede in zwei Minuten schafft.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorgelegte Gesetzentwurf der Koalition hat - so der Eindruck aus dem Bildungsausschuss der vergangenen Woche - in weiten Teilen der Opposition Erstaunen hervorgeufen. Was die politische Grundhaltung der Mehrheitsfraktionen angeht, finde ich den Gesetzentwurf

konsequent, auch wenn ich ihm inhaltlich ebenso konsequent nicht folgen kann.

Die Koalitionsfraktionen wollen ein **Moratorium**, um Neues in Sachen G 8 oder G 9 bis zur endgültigen **Novelle des Schulgesetzes** zu verhindern. Es gibt, was das Y-Modell angeht, in der Tat Diskussionsbedarf.

Wir PIRATEN haben vor der Wahl aber gesagt, dass wir eine echte **Wahlfreiheit** vor Ort wollen. Schon deshalb können wir dem vorgelegten Gesetzentwurf an dieser Stelle nicht zustimmen. Es gibt für uns keinen Grund, jetzt Mechanismen einzubauen, die Dinge verhindern oder auf Eis legen, solange gemeinsam mit den Beteiligten keine endgültigen Entscheidungen getroffen wurden.

(Beifall PIRATEN)

Die Novelle des Schulgesetzes wurde verschoben, weil wir uns vielleicht einmal alle zusammen als ganz große Koalition die Zeit genau für die Entscheidung nehmen sollten.

Was das zweite Ziel angeht, keine abschlussbezogenen **Klassenverbände** an Gemeinschaftsschulen mehr einzurichten, scheint mir das angesichts der politischen Entscheidung, dass die Gemeinschaftsschule ihre einst zugestandenen, dann gekürzten und nun wieder zurückgegebenen Differenzierungsstunden nutzen könnten, grundsätzlich nachvollziehbar. Die Gemeinschaftsschulen sind vom Grunde her so angelegt, dass sie, wenn sie die **Differenzierungsstunden** erteilen können, auf das Instrument der äußeren Differenzierung verzichten können. Sollten diese das freiwillig wollen, brauchen wir den Gesetzentwurf nicht. Sofern man aber mit dem Gesetz die anderen zwingen will, auch auf das Instrument der äußeren Differenzierung zu verzichten, müssen wir den Gesetzentwurf auch an dieser Stelle kritisch sehen.

Allerdings stehen wir PIRATEN hinter dem **Modell des gemeinsamen Lernens**. Das möchte ich hier noch einmal ausdrücklich klarstellen. Es muss aber auf der Basis von **Akzeptanz und Mitbestimmung** eingeführt werden, nicht von oben herab diktiert, aber auch nicht von oben herab verhindert.

(Beifall PIRATEN)

Sehr geehrte Kollegen, wir PIRATEN wollen daran mitarbeiten, ein Bildungskonzept für die Zukunft zu entwerfen, das Bestand haben kann, auch wenn die Mehrheit im Landtag wechselt. Wir wollen mitwirken an einem Prozess, an dessen Ende ein Schulgesetz steht, das länger als eine Legislaturperiode durchhält. Wir wollen das tun, was die Menschen

(Sven Krumbeck)

draußen erwarten, nämlich endlich Schulstrukturdebatten überwinden und uns um Inhalte kümmern. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit unserem **Moratorium** zum Schulgesetz haben wir bekanntlich für viel Unruhe im oppositionellen Lager gesorgt. Dies hat in den vergangenen Wochen zu einer ganzen Reihe von Vorwürfen durch die bildungspolitischen Sprecher geführt. Hierbei handelt es sich um Vorwürfe, die ich nicht ganz nachvollziehen kann und die teilweise auch völlig haltlos sind.

So hieß es, wir würden den von uns angekündigten und begonnenen breiten Dialog nicht ernst nehmen. Entsprechend wurde an der **Bildungskonferenz**, die vom überwiegenden Teil der Anwesenden als sehr offen und konstruktiv empfunden wurde, kein gutes Haar gelassen. So konnten wir zum Beispiel einer Pressemitteilung der CDU vom 8. September 2012 entnehmen, dass Frau Professor Dr. Wendes Vorlesung unsere Schulen nicht einen Deut besser mache.

Fragt man die unmittelbar Beteiligten, ergibt sich dann doch ein etwas anderes Bild. Sie sehen einen Lichtblick an dem sonst so trüben Bildungshimmel, an dem die von Schwarz-Gelb geschaffenen Bildungsangebote zu einem wilden Durcheinander geführt haben. Schülerinnen, Schüler, Lehrkräfte, Eltern und nicht zuletzt die Schulträger haben diese chaotischen Verhältnisse satt. Genau aus diesem Grund haben viele die Bildungskonferenz genutzt, um endlich wieder über Inhalte anstatt über Strukturen zu reden.

(Beifall SSW)

Wir lernen daraus vor allem eines: Der für die **Novellierung des Schulgesetzes** von uns vereinbarte Zeitraum kann und muss durch ein Moratorium verlängert werden. Wir brauchen diese Zeit, um ausführlich mit allen Beteiligten zu sprechen. Die Bildungskonferenz war nur der Auftakt. Gerade weil wir den hier begonnenen konstruktiven Dialog mit den Akteuren und ihre Bedürfnisse ernst nehmen, brauchen wir dieses Moratorium. Es ist nur konsequent, wenn wir jetzt den Pausenknopf drücken, um

das Bildungschaos gründlich zu durchleuchten und Schritte in die falsche Richtung zu vermeiden.

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf nehmen wir ganz gezielt Einfluss auf zwei Dinge, die ungebremst zu weiteren Unsicherheiten und Problemen führen würden. Zum einen soll die Möglichkeit, weitere **abschlussbezogene Klassenverbände an Gemeinschaftsschulen** einzurichten, verhindert werden. Denn abschlussbezogene Klassen entsprechen gerade nicht der Idee des gemeinsamen Lernens und haben mit dem Kern der Gemeinschaftsschule rein gar nichts zu tun. Jeder hier weiß, dass sie nur zum Ziel hatten, das gemeinsame Lernen zu schwächen und die Hauptschule durch die Hintertür wieder einzuführen.

Genau dieser Ansatz in dieser Schulreform wird aber von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern ausdrücklich gewünscht. Indem wir abschlussbezogene Klassenverbände verhindern und die von Schwarz-Gelb kassierten **Differenzierungsstunden** zurückgeben, können Gemeinschaftsschulen also wieder ihrer Kernaufgabe nachgehen. Offensichtlich ist diese deutliche Stärkung des gemeinsamen Lernens von der Opposition nicht gewollt. In den Augen dieser Koalition sind wir damit aber auf dem richtigen bildungspolitischen Weg.

Wir stehen zum **Zwei-Säulen-Modell** aus Gemeinschaftsschulen und Gymnasien. Mit dem zweiten Punkt unseres Entwurfs wollen wir auch im Gymnasialbereich zusätzliche Unsicherheiten vermeiden. Deshalb sollen bestehende G-8-Gymnasien keinen neunjährigen Bildungsgang einführen und G-9-Gymnasien nicht zu Y-Modellen wechseln dürfen; denn nicht nur der Blick auf die Gemeinschaftsschule, sondern auch für die Gymnasien wurden in der Vergangenheit zu viele Sonderwege ermöglicht. Dies hat letztlich dazu geführt, dass Gemeinschaftsschule und Gymnasium von Ort zu Ort Verschiedenes bedeuten können.

Abschließend will ich noch auf eines hinweisen. Bis 2014 besteht für keine einzige Schule hier im Land der Zwang, die Struktur zu ändern. Es ist im Gegenteil sogar so, dass nicht nur für existierende G-9- und Y-Gymnasien, sondern auch die abschlussbezogenen Klassen an den Gemeinschaftsschulen Bestandsschutz gewährt wird. Gemeinschaftsschule und Gymnasium sind und bleiben die zwei Säulen, auf die wir bauen. Auf dieser Grundlage werden wir gemeinsam mit allen Akteuren, die dazu bereit sind, an Inhalten arbeiten, um dann zum Schuljahr 2014/2015 ein gutes Schulgesetz im Dialog mit den Betroffenen zu beschließen.

(Jette Waldinger-Thiering)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Den ersten Dreiminutenbeitrag hält Abgeordneter Daniel Günther von der CDU-Fraktion.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu den Inhalten komme, möchte ich an dieser Stelle zunächst Frau Professor Wende ansprechen.

(Ministerpräsident Torsten Albig und Ministerin Dr. Waltraud Wende unterhalten sich)

- Frau Professor Wende, vielleicht könnten Sie mir Ihr Gehör schenken! Vielleicht nutzt der Herr Ministerpräsident aber auch die Gelegenheit, um mit ihr das Gleiche zu besprechen, was ich Ihnen eigentlich gern sagen möchte.

Sie befinden sich hier in einem Parlament, im Schleswig-Holsteinischen Landtag. So, wie Sie sich auf der Regierungsbank aufführen - - Sie mögen über das, was Frau Klahn vorhin gesagt hat, denken, was Sie wollen. Mit Ihren Grimassen aber in Richtung SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - - Sie haben teilweise mit beiden Händen den Scheibenwischer gezeigt, während Abgeordnete hier im Parlament gesprochen haben.

Herr Ministerpräsident Albig, Sie sollten Frau Wende vielleicht einmal zur Seite nehmen und ihr erklären, wie man sich im Schleswig-Holsteinischen Landtag benimmt.

(Beifall CDU)

Die regierungstragenden Fraktionen haben eben die Gelegenheit genutzt, den Gesetzentwurf kleinzureden und so zu tun, als würde sich überhaupt nichts ändern. Alles sei unbedeutend und nichts würde an dieser Stelle passieren.

Dann stelle ich mir die Frage: Wenn das alles hier so unwichtig ist, warum bringen Sie dann überhaupt diesen Gesetzentwurf ein? Die Wahrheit ist doch, dass sich durch diesen Gesetzentwurf ganz schön viel ändert.

Herr Kollege Habersaat als Schachspieler hat vorhin ein besonders gelungenes Beispiel genannt. Er hat gesagt, wenn man Schach spiele und abends auseinander gehe und sich morgens wieder treffe, dann dürften die Figuren nicht verändert worden

sein. Stimmt. Es wäre aber auch fair, wenn über Nacht nicht die Regeln des Schachspiels geändert werden. Dann wäre es wirklich fair, und man könnte am nächsten Tag vernünftig weiterspielen. Genau das machen Sie aber. Sie ändern doch die Regeln. Sie ändern das Gesetz. Sie schränken die **Handlungsmöglichkeiten der Schulen** ein, und das wissen Sie auch.

Auf dem Kongress hat die Frau Ministerin nur dafür Applaus geerntet, dass sie gesagt hat, dass die Novelle des Schulgesetzes auf 2014/2015 verschoben wird. Das hat sie auch nicht eingeschränkt. Frau Abgeordnete Erdmann, Sie sind doch auch da gewesen. Sie hätten sich den Dialog nicht nur anhören müssen, sondern Sie hätten auch etwas sagen können. Sie können mir doch nicht erzählen, dass Sie auf dem Kongress noch nicht gewusst haben, dass Sie das Gesetz ändern wollen.

Zwei Tage später haben Sie in den Fraktionen zusammengesessen. Die Frau Ministerin hat nicht einschränkend gesagt: Wir ändern ein paar Kleinigkeiten. Stattdessen hat sie gesagt: Wir meinen diesen Dialog ernst, wir wollen das anders machen als die vorherige Regierung. Deshalb verschieben wir das Schulgesetz auf 2014/2015.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn Sie in diesem Prozess einen Funken Glaubwürdigkeit behalten wollen und wenn Sie beim nächsten Mal in die Augen der 100 Personen gucken wollen, die dort teilgenommen haben, und wenn Sie sagen wollen, Sie haben Wort gehalten, dann ziehen Sie diesen angeblich so unwichtigen Gesetzentwurf, den Sie vorgelegt haben, hier und heute zurück, um diese Glaubwürdigkeit zu behalten. Dazu rufe ich Sie auf.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte ein paar Punkte klarstellen. In die Richtung von Frau Klahn möchte ich sagen: Sie haben bei den Paragrafen, die hier geändert werden, von Ideologie gesprochen. Ich möchte nachfragen, wie es um die Ideologie bestellt ist. Ich gehe auf § 43 Abs. 1 ein, den wir jetzt ändern. Weil Sie nicht dabei waren, erzähle ich noch etwas zu den **Anhö-**

(Anke Erdmann)

Ergebnissen. Gegen die Änderung Ihres Paragraphen waren 13 Expertinnen und Experten. Darunter waren - was man denken könnte - nicht nur die üblichen Verdächtigen wie Vertreter der GEW und der Gemeinschaftsschulen, sondern auch Vertreter des Städteverbands, des Landesrechnungshofs und des Grundschullehrerverbands. Sie sagen, wir seien ideologisch. Sie sind damals gerade im Zusammenhang mit diesem Gemeinschaftsschulparagraphen über ganz viele Voten hinweggegangen. Sie können sich jetzt nicht hier hinstellen und sagen, bei uns wäre alles ideologisch. Da ist kein Argument in dem, was Sie hier gebracht haben.

Eine Bemerkung in die Richtung des Abgeordneten Krumbeck: Ich bin ganz bei Ihnen. Man kann das gemeinsame Lernen nicht von oben par ordre du mufti verordnen. Das machen wir mit diesem Gesetz aber auch nicht, weil alle Schulen an ihren pädagogischen Konzepten, sofern sie welche haben, festhalten können. Keiner wird dazu bewegt, dass er sich ändern muss.

(Tobias Koch [CDU]: Die müssen dabei bleiben!)

- Sie müssen zum Teil dabei bleiben. Herr Koch, Sie haben sich die Anhörungsergebnisse überhaupt nicht angesehen. Sie haben damals einen feuchten Kehricht darauf gegeben, was Ihnen die Verbände ins Stammbuch geschrieben haben.

(Zuruf Abgeordneter Tobias Koch [CDU])

- Herr Koch, Sie quatschen immer dazwischen. Ich kann das ja verstehen. Gefühlt bin ich bei Ihnen.

Zu Herrn Günther: Sie sagen uns, das Ganze sei nicht unwichtig. Damit widersprechen Sie nicht in erster Linie uns, damit widersprechen Sie in erster Linie Ihrer Kollegin Franzen, weil sie gesagt hat, dieses Gesetz sei völlig unnötig. Man wisse von keinen Schulen, die sich in diesem Zusammenhang ändern würden. Sie müssen sich auch in der CDU-Fraktion einmal entscheiden, welche Linie Sie eigentlich verfolgen wollen. Ich würde den Punkt ja aufnehmen. Ich habe beschrieben, warum wir an dieser Stelle **Rechtssicherheit** schaffen wollen. Ich habe auch konstatiert, dass es nicht elegant, aber pragmatisch ist. Ansonsten möchte ich sagen: Wenn Sie über die Bildungskonferenz reden und darüber, was dort gesprochen wurde, dann wäre Ihre Anwesenheit nicht schlecht gewesen.

Frau Franzen, noch eine Sache: Ich erinnere die Bemerkung der Ministerin im Bildungsausschuss anders. Sie haben gesagt, die Bildungsministerin habe gesagt, es gehe um die Debatte darüber, wie die

Koalitionsbeschlüsse umgesetzt werden könnten. Sie hat gesagt, es geht um die **Verwirklichung des Zwei-Säulen-Modells**. Dass es hier vielfachen Diskussionsbedarf gibt, das haben damals sowohl die Vertreter von der CDU als auch von der FDP konstatiert. An dieser Stelle liegen wir überhaupt nicht auseinander. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Heike Franzen von der CDU-Fraktion das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Erdmann, ich bin sowohl bei der **Bildungskonferenz** als auch bei den Anhörungen im Bildungsausschuss dabei gewesen. Es ist richtig, es hat Kritik an den beiden Paragraphen für die Regional- und Gemeinschaftsschulen gegeben. Die Kritik war im Wesentlichen die große Sorge darüber, dass gerade die Gemeinschaftsschulen in der großen Breite und Fläche massenhaft ihre Schulkonzepte ändern. Sie haben heute selbst gesagt, dass es drei Gemeinschaftsschulen waren, die ihr Konzept geändert haben; drei von 138.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die breite Masse!)

- In der Tat, das war die breite Masse der Gemeinschaftsschulen, die es geändert hat, Herr Garg. Ich glaube, dass wir mit unserem Gesetzentwurf 2010 genau den richtigen Weg gegangen sind, indem wir davon weggegangen sind, zu sagen: Ihr Schulen, ihr müsst das so oder so machen. Wir haben das in die Verantwortung vor Ort gelegt. Herr Ministerpräsident, ich habe es vorhin in meiner Rede gesagt. Sie waren nicht da, das will ich Ihnen nicht vorwerfen. Sie haben aber in Ihrer Regierungserklärung gesagt: Das, was vor Ort entschieden werden kann, soll vor Ort auch entschieden werden können. Wir fordern von Ihnen genau diese **Diskussionsfreiheit** ein, dass wir im Rahmen des Bildungsdialogs darüber diskutieren, ob es nicht sinnvoller ist, dass pädagogische Entscheidungen über Unterricht in unseren Schulen vor Ort fallen. Das haben Sie zugesagt, und das fordere ich an dieser Stelle ein.

(Beifall CDU)

Frau Erdmann, Sie haben von Rechtssicherheit gesprochen. Wir haben Rechtssicherheit. Wir haben ein **gültiges Schulgesetz**. Ich kann nicht verstehen,

(Heike Franzen)

warum Sie nicht den Mumm haben zu sagen: Auf Grundlage der Gültigkeit des Schulgesetzes, das wir haben, gehen wir in den Bildungsdialog. Nein, Sie wollen die Dinge festzurren. Sie wollen auf jeden Fall verhindern, dass auch nur eine einzige Schule ihr Konzept verändert, dass es zusätzliche Y-Gymnasien und G-9-Gymnasien und dass es abschlussbezogene Klassen in den Gemeinschaftsschulen gibt.

(Zurufe)

Genau das schränkt den Bildungsdialog definitiv ein. Das ist doch nicht ehrlich. Das ist doch nicht das Ergebnis der Bildungskonferenz, wie Sie es durch das Land getragen haben. Das ist Ihre ideologische politische Vorstellung, und damit sind Sie den Leuten gegenüber unehrlich. Ich finde, das war auch gegenüber den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bildungskonferenz nicht ehrlich. Ich hätte fast ein anderes Wort benutzt.

(Beifall CDU)

Ich glaube, dass es wirklich sinnvoll, in Ihrem eigenen Sinne und auch im Rahmen der Glaubwürdigkeit gut wäre, diesen Antrag zurückzuziehen und über ein Jahr lang auch einen Dialog über das zuzulassen, was Ihnen vielleicht nicht genehm ist, nämlich darüber, wie Schulen ihren Unterricht organisieren und den Schulen das nicht aus Kiel vorzuschreiben. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen zu Dreiminutenbeiträgen liegen im Moment nicht vor. Für die Landesregierung hat jetzt die Frau Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Professor Dr. Waltraud Wende, das Wort.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Sie können glauben, phantasieren, spekulieren, unterstellen, vermuten oder auch alpträumen, wer mit wem über was spricht. Ich sage: Wir sprechen mit Eltern, mit Schülerinnen und Schülern und mit Lehrkräften. Wir sprechen mit denen, um die es geht. Das nenne ich Dialog.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Die Regierungskoalition ist sich einig: Wir werden die Reform des Schulgesetzes um ein Jahr verschieben.

(Beifall Abgeordneter Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Gründlichkeit geht uns vor Schnelligkeit. Sorgfältiger **Dialog und Bürgerbeteiligung** brauchen Zeit; Zeit, die wir durch das zeitlich befristete Vorschaltgesetz erhalten. Lesen hilft.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Herr Kubicki, manchmal hilft lesen, nicht nur abschreiben.

(Beifall SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie wäre es mit verstehen!)

Ich begrüße das zeitlich befristete Vorschaltgesetz, und ich bedanke mich ausdrücklich bei den Regierungsfraktionen für deren Initiative, denn das Vorschaltgesetz bringt die notwendige Ruhe in die Schullandschaft. Es verhindert hektischen Aktionismus und ermöglicht einen ausführlichen Dialog. Bis zum Schuljahr 2014/2015 gilt: Keine Schule muss sich ändern.

(Zuruf CDU: Darf sich ändern!)

Wichtig ist mir, dass das zeitlich befristete **Vorschaltgesetz** keinerlei Vorentscheidungen trifft und dass damit der Dialog, den wir führen wollen, offen ist, auch wenn Sie sich das nicht vorstellen können.

(Beifall FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei Ihnen schon gar nicht!)

Mit welcher Position gehen wir in den Dialog? Unsere Position haben wir bereits mehrfach ausführlich dargestellt: Wir wollen ein Zwei-Säulen-Modell mit starken Gemeinschaftsschulen und starken Gymnasien. Wie genau dieses Zwei-Säulen-Modell dann wirklich aussehen wird, darüber entscheidet der Dialog.

Unser Ziel eines Zwei-Säulen-Modells ist im Übrigen mit den Vorstellungen unserer Vorgängerregierung durchaus kompatibel. Bekanntlich wollte auch Minister Klug durch **Zusammenführung der Regional- und Gemeinschaftsschulen** ein Zwei-Säulen-Modell implementieren - nachzulesen in „Schule aktuell Frühjahr 2011“; ich bin gern bereit, Ihrem Gedächtnis auf die Sprünge zu helfen.

Ich vermute allerdings, Minister Klug hatte dabei wohl anderes im Sinn als wir.

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

(Heike Franzen [CDU]: Das ist wohl wahr! -
 Christopher Vogt [FDP]: Allerdings! -
 Dr. Heiner Garg [FDP]: Das könnte sein!)

Die von CDU und FDP verantwortete Schulgesetz-
 änderung des Jahres 2011 ist mit unseren Ideen einer **Schule der Zukunft** nicht vereinbar.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aha!)

Das Ziel, allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft eine faire Chance zu geben, ist auf der Prioritätenskala von CDU und FDP nicht wirklich weit oben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Haben Sie sich einmal die Ergebnisse des Berichts angeguckt? -
 Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben Sie etwas geraucht heute Morgen?)

Sonst hätten CDU und FDP mit der Schulgesetzänderung 2011 die Idee der Gemeinschaftsschule, die auf **individuelle Förderung und Stärkung der Schüler** und Schülerinnen setzt, hochgehalten und nicht konterkariert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die steht unter Drogen, die Frau!)

Die Ermöglichung von abschlussbezogenen Klassen und die Kürzung der Differenzierungsstunden, beides hatte allein ein Ziel, nämlich die Idee der auf **Chancengerechtigkeit** und individuelle Förderung zielenden Gemeinschaftsschulen ad absurdum zu führen.

Auch die Ermöglichung von G-9- und Y-Gymnasien sollte die Idee der Gemeinschaftsschule schwächen, deren G-9-Oberstufen bekanntlich als Alternative zum gymnasialen G 8 gedacht waren. Hinzu kommt aber leider auch noch, dass die Vorgängerregierung die Einrichtung von G-9- und Y-Gymnasien dem Zufallsprinzip überlassen hat.

(Starker Widerspruch FDP - Christopher Vogt [FDP]: Den Schulen! Den Schulkonferenzen! Das ist doch kein Zufallsprinzip!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort. - Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Konzeptionelle Weitsicht sieht anders aus.

Wenn wir nunmehr über unser Schulsystem neu nachdenken, dann heißt das auch, die von der Vor-

gängerregierung zu verantwortenden konzeptionellen Defizite zu korrigieren.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Immer wieder gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Frau Ministerin, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass Elternwille und Schulwille nicht gleich Zufallsprinzip sind?

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

- Das nehme ich gern zur Kenntnis. Allerdings muss dann auch eine Debatte an den jeweiligen Orten geführt werden.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das unterbinden Sie ja gerade! - Weitere Zurufe FDP)

- Debattieren können Sie weniger, Sie schreien lieber dazwischen. Das habe ich in den letzten Plenarsitzungen in diesem Raum gelernt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich habe eine Zwischenfrage gestellt!)

- Ja, Sie haben die letzten drei Tage reichlich dafür genutzt, immer wieder dazwischenzuschreien. Wenn wir über den Knigge im Landtag reden wollen, was ich mit Ihnen gern einmal täte - -

(Christopher Vogt [FDP]: Wir sind hier nicht in der Schule, sondern im Parlament!)

- Sie benehmen sich hier, wie es keinem Schüler und keiner Schülerin in einer Klasse erlaubt wäre.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir sind auch nicht in der Schule! Wir sind im Parlament! - Weitere Zurufe FDP)

Mit dem **Vorschaltgesetz** wird vermieden, dass unkoordinierte Regellosigkeit zu einer völlig inkontingenten Schulstruktur führt,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Einer solchen Frau höre ich nicht mehr zu! - Anita Klahn [FDP]: Arroganz! Dialog?)

einer Schulstruktur, in der unter den Begriffen Gemeinschaftsschule und Gymnasium von Ort zu Ort Verschiedenes verstanden wird. Noch ist das von

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

Ihnen verursachte Chaos überschaubar, noch haben wir lediglich drei Gemeinschaftsschulen mit abschlussbezogenen Klassen, elf G-9-Gymnasien und vier Y-Gymnasien. Dass es uns ernst ist mit der Ruhe und dem Frieden im Schulsystem, erkennen Sie auch daran, dass wir diese 18 Schulen nicht zwingen, sich zu ändern, sondern ihnen mit dem zeitlich befristeten Vorschaltgesetz zunächst Bestandschutz geben.

(Zurufe FDP: Zunächst!)

Meine Damen und Herren, ich bin sicher: Im Dialog mit den Betroffenen wird es uns gelingen, ein leistungsstarkes, von allen akzeptiertes **zweigliedriges Schulsystem** zu entwickeln, in dem es sowohl starke Gymnasien als auch starke Gemeinschaftsschulen gibt, ganz im Sinne der Schüler und Schülerinnen, um deren Wahlmöglichkeiten und deren individuelle Förderung es doch uns allen gehen sollte.

Im Übrigen eine Information für Frau Erdmann: Die Dokumentation der Bildungskonferenz wird Anfang nächster Woche verschickt. Das ist eine Information für Sie alle.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre zumindest partielle Aufmerksamkeit. Es war mir wie immer ein Vergnügen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, ich gehe davon aus, dass Sie mit Ihrem Anwurf nicht die Opposition in Gänze gemeint haben, sondern möglicherweise einzelne Personen, die Sie hier nicht näher benennen wollten.

(Anita Klahn [FDP]: Das steht ihr nicht zu!)

Es wäre nicht zulässig, wenn Sie das der Opposition oder einer Fraktion unterstellen würden.

(Ministerin Dr. Waltraud Wende: Ich habe das keiner Fraktion unterstellt!)

- Das ist mir klar, aber es muss deutlich werden, dass das, wenn das in solch einer Pauschalität pas-sierte, nicht akzeptabel wäre.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/200 dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? -

Enthaltungen? - Das ist bei zwei Gegenstimmen der PIRATEN so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein und Änderung der Kreisordnung für Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/201 \(neu\)](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 18/201 (neu) dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 A auf:

Gemeinsame Vorschlagsliste der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW für die Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/226](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren. Ich weise darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist. Wer dem Wahlvorschlag, Drucksache 18/226, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist der Wahlvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 B auf:

Bestellung der Mitglieder der G-10-Kommission gemäß § 26 Abs. 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein (Landesverfassungsschutzgesetz - LverfGG)

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/227 \(neu\)](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. - Widerspruch sehe ich nicht. Ich weise darauf hin, dass auch hier die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist. Wer für den Wahlvorschlag Drucksache 18/227 (neu), ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann sind die Mitglieder bei zwei Gegenstimmen aus der Fraktion der PIRATEN gewählt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 17 und 39 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Rechtssicherheit für Künstler und Veranstalter herstellen**

Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/87](#)

Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/130](#)

Demokratische Grundstrukturen bei Verwertungsgesellschaften

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/224](#)

b) GEMA-Reform muss einen Interessenausgleich zwischen Künstlern und Gewerbetreibenden finden

Antrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 18/189](#)

Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/231](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, alle vorliegenden Änderungsanträge zu selbstständigen Anträgen zu erklären und sämtliche Anträge federführend dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss und dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 20:

Aufteilung der GVFG-Mittel

Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/144](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Antrag Drucksache 18/144 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Er ist bei zwei Gegenstimmen der PIRATEN überwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Bestehendes Modell zum Erhalt der Beratungsstellen „Frau & Beruf“ umsetzen

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
[Drucksache 18/156 \(neu\)](#)

Erhalt und Entwicklung der Beratungsstellen „Frau & Beruf“

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/230](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Antrag Drucksache 18/156 (neu) sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/230 als selbstständigen Antrag dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies war einstimmig.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 23 und 32 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Drogenpolitik muss Präventionspolitik bleiben

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/157

Drogenpolitik braucht Prävention und Innovation

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/216 (neu)

b) Konsequente Anti-Drogenpolitik und Suchtprävention fortsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/179

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, die Anträge Drucksachen 18/157 und 18/179 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/216 (neu) als selbstständigen Antrag dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 24:

Feldversuch von Lang-Lkw in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU
Drucksache 18/160 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Antrag Drucksache 18/160 (neu) dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist bei zwei Gegenstimmen der PIRATEN so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 auf:

Bundratsinitiative zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG)

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/193

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Antrag Drucksache 18/193 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf:

Einrichtung eines Landesspendenkontos

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/194

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Antrag Drucksache 18/194 dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 52 auf:

Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/155

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Bericht Drucksache 18/155 dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist so einstimmig beschlossen.

Gibt es Wortmeldungen zum Punkt Verschiedenes? - Das ist nicht der Fall. Dann wünsche ich Ihnen allen ein angenehmes Wochenende. Wir sehen uns dann in der November-Tagung hier wieder. Kommen Sie gut nach Hause. Vielen Dank und auf Wiedersehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:07 Uhr